



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Die Sicherheitspolitik Russlands und anderer Akteure im Südkaukasus (2008-2019)

verfasst von / submitted by

Mag. Harald Mildner, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree
of

Master of Arts (MA)

Wien, 2020/ Vienna 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll

Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

Wien, Jänner 2020

Mag. Harald Mildner, BA

Gender-Klausel:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit gilt für den gesamten Text das generische Maskulinum. All jene, die sich nicht dem männlichen Geschlecht zuschreiben, sind freilich mitgemeint.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Relevanz des Themas.....	1
1.2	Stand der Forschung.....	3
1.3	Forschungsfrage und Hypothese	4
1.4	Aufbau der Arbeit	4
2	Theoretischer Analyserahmen und Klärung des Sicherheitsbegriffs	7
2.1	Der neorealistische Ansatz.....	8
2.2	Kooperative Sicherheit	12
2.3	Der Südkaukasus als geopolitischer Raum - die Regional Security Complex Theory.....	15
2.4	Security Sector Reform	18
3	Georgien als Konfliktzone und die russische Antwort	19
3.1	Der Kosovo als Rechtfertigung für Aggressionen und Sezessionen	19
3.2	Georgien - historische Prämissen bis 2008.....	24
3.3	Der Russisch-georgische Krieg aus militärstrategischer Sicht	32
3.4	Politische Entwicklung nach 2008	37
3.5	Georgien und die NATO	39
3.6	Militäretat, Rüstungsindustrie und Aussichten (Georgien).....	44
3.7	Georgien und Russland.....	47
3.8	Militärische Reformen 2016 und Aussichten (Georgien)	49
4	Die Transformation der russischen Streitkräfte und Änderung der Sicherheitspolitik	51
4.1	Analyse des Zustandes der russischen Streitkräfte nach dem Georgienkrieg (2008) und erste Reformen.....	51
4.2	Die russischen Militärdoktrinen 2010 und 2014.....	52
4.3	Die russische Sicherheitsstrategie von 2015.....	53
5	Militärdoktrinen und Sicherheitskonzepte im Südkaukasus	55
5.1	Die aserbajdschanische Militärdoktrin, Bündnisse und militärische Gliederung	55
5.2	Armenien: National Security Strategy und Military Doctrine	56
5.3	Sicherheitsprojekte im Südkaukasus.....	57
5.3.1	Defence Institution Building (DIB) als Chance für Stabilität im Südkaukasus?	57
5.4	Das ‚National Security Concept of Georgia‘	61
6	Armenien und Aserbajdschan	63
6.1	Der offene Konflikt um Berg-Karabach.....	64
6.2	Der zweite Karabach-Krieg 2016	64
6.3	Die Minsker Gruppe der OSZE	67

6.4	Armenien und Russland	70
6.5	Aserbajdschan und Russland.....	76
6.6	Aserbajdschan und die Türkei	77
7	Andere Akteure im südkaukasischen Raum.....	78
7.1	Die Rolle des Iran.....	78
7.2	Die EU im Südkaukasus.....	80
7.3	Die Strategie der Volksrepublik China im Südkaukasus	81
8	Russische Militärpräsenz im Südkaukasus	83
9	Vertrag über kollektive Sicherheit (OVKS).....	86
10	Schlussbeurteilung	88
11	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	94
11	Anhang	107
11.1	Zusammenfassung (deutsch).....	107
11.2	Abstract (english)	107
11.3	Curriculum vitae	108

Abkürzungsverzeichnis

BRI	Belt and Road Initiative
CIS	Commonwealth of Independent States
CSTO	Collective Security Treaty Organization (OVKS)
DCAF	Democratic Control of Armed Forces
DIB	Defence Institution Building
ECU	European currency unit
EAEU	East Asian Economic Cooperation
EAEU	Eurasian Economic Union
EAUW	Eurasische Wirtschaftsunion
EAPC	Euro-Atlantic Partnership Council
EEU	Eurasian Economic Union
ENP	European Neighbourhood Policy
EUMM	European Union Monitoring Mission
CSTO	Collective Security Treaty Organization
GMI	Globaler Militarisierungsindex
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GUUAM	Alliance of Georgia, Ukraine, Azerbaijan and Moldova
IR	International Relations
ISAF	International Security Assistance Force
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NRF	NATO Response Force
NSS	Neue Sicherheitsstrategie
OSCC	Organization of the Caspian Countries
ODKB	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit
OSCE	Organization for Security and Co-operation in Europe
OVKS	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit
PfP	Partnership for Peace
RSC	Regional Security Complex
RSCT	Regional Security Complex Theory
SNGP	Substantial Georgia Package
SSR	Security Sector Reform
VJTF	Very High Readiness Joint Task Force

Abbildungen

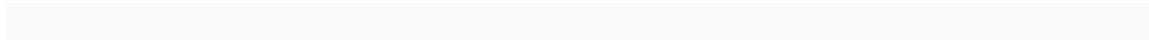
Abbildung 1: Der Südkaukasus als Konfliktregion

Abbildung 2: Von Armenien besetzte Gebiete aus der Sicht Aserbaidschans

Abbildung 3: Krisenregion Kaukasus im Jahre 2008

Abbildung 4: Truppenkonzentrationen im Kaukasuskonflikt 2008

Abbildung 5: Private Geldüberweisungen aus Russland nach Armenien



„Diplomatie ist ein Schachspiel, bei dem die Völker mattgesetzt werden.“

Karl Kraus

*„Unter gleich Starken gilt das Recht, unter ungleich Starken aber gilt das Recht
des Stärkeren.“*

Thukydides, Der Peloponnesische Krieg, V,89

1 Einleitung

1.1 Relevanz des Themas

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erklärten die drei südkaukasischen Republiken Armenien, Georgien und Aserbaidshan ihre Unabhängigkeit. Konflikte waren vorauszusehen, sodass 1992 von Armenien, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Russland, Tadschikistan und Usbekistan bei einer GUS¹-Sitzung ein Vertrag über die kollektive Sicherheit unterfertigt wurde (Okhrimenko 2017: 26). Aufgrund zahlreicher Konflikte in den 1990er Jahren wurde 1997 die Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung mit den Gründungsmitgliedern Georgien, Ukraine, Aserbaidshan und Moldau gegründet, wobei Russland aus dieser sicherheitspolitischen Struktur bewusst ausgeklammert wurde (ebd.: 26ff). Russland versuchte nach der Überwindung der ersten Chaoszeiten diese Republiken näher an sich zu binden, zumal es diesen geopolitischen Raum als ‚Nahes Ausland‘² nach wie vor als seinen Einflussbereich beanspruchte. Zudem ist es mit seinen nordkaukasischen Republiken eng mit diesem Raum verbunden. Die südkaukasischen Republiken, vor allem Georgien, suchten dagegen eine Annäherung an den Westen und eine Anbindung an die NATO, um einen militärischen Verbündeten bei der Wahrung ihrer staatlichen Integrität zu haben. Auch Armenien strebte eine Annäherung an die Europäische Union an. Ethnisch territoriale Konflikte führten schließlich zur Besetzung aserbaidshanischen Gebietes in der Region Berg-Karabach durch Armenien und zum Krieg Georgiens gegen die von Sezessionsbestrebungen geleiteten Gebiete Abchasien und Südossetien.

Letztlich ließ sich Georgien auf einen militärischen Konflikt ein, ohne die Reaktion Russlands³ richtig einzuschätzen (wobei die Rolle amerikanischer Militärberater bis heute ungeklärt ist) und erlitt eine vernichtende Niederlage durch das russische Militär. Der Krieg von 2008 veränderte die Sicherheitspolitik Russlands, führte zu einer neuen Militärdoktrin und zu neuen sicherheitspolitischen Konzepten, da auch

¹ GUS: Gemeinschaft unabhängiger Staaten (russ. Содружество Независимых Государств) Zusammenschluss ehemaliger Teilrepubliken der Sowjetunion mit dem Ziel einen gemeinsamen Wirtschafts- und Sicherheitsraum zu schaffen. 1991 gegründet. (Georgien erklärte am 14. August 2008 seinen Austritt, der am 18. August 2009 rechtsgültig wurde.)

² Der Ausdruck „near abroad“ wurde vom russischen Außenminister Andrej Kozyrev (1900-1996) zu Beginn der 90er Jahre konzeptualisiert.

³ Der Begriff „Russland“ steht in der Arbeit identisch für „Russische Föderation“.

Russland feststellte, dass es noch in den Strukturen des Warschauer Paktes gefangen war und für neue kurze regionale militärische Problemlösungen nicht vorbereitet war.



Abbildung 1: Der Südkaukasus als Konfliktregion
Quelle: CRP-infotec.de 24.2.2019.

Russland blieb der Waffenlieferant sowohl für Armenien als auch für Aserbaidschan. Georgien war auf westliche Unterstützung angewiesen. Neue ökonomische Verhältnisse (Rohstoffreichtum Aserbaidschans) und bescheidene wirtschaftliche Möglichkeiten Armeniens führten zu einer Aufrüstung Aserbaidschans mit modernsten russischen Waffensystemen, wogegen sich Armenien mit älteren Modellen russischer Provenienz zufriedengeben musste. Vor allem diese Entwicklung sehen Militärstrategen als große Gefahr für einen künftigen Konflikt, da Aserbaidschan den Gedanken einer Rückeroberung seines von Armenien teilweise besetzten Staatsgebietes nicht aufgeben wird. Eine weitere Gefahr birgt die politische Instabilität der noch jungen Republiken, die einen unterschiedlichen Demokratisierungsprozess durchmachten. Die Region bleibt nach wie vor eine Konfliktzone, wobei auch ökonomische Erwägungen (Energiekorridor) eine große Rolle spielen und zusätzliche

Akteure wie die Türkei, der Iran oder China als neue ‚player‘ in der Region auftreten. Die ungelösten (eingefrorenen) Konflikte in der Region, das unterschiedliche Tempo des Transformationsprozesses, ‚soviet legacy‘ und neue autokratische Strukturen und unterschiedliche militärische Zusammenarbeit lassen diesen Raum als instabil und anfällig für neue Konfrontationen erscheinen.

1.2 Stand der Forschung

Der Südkaukasus, seine ethnischen Konflikte und seine zentrale Rolle als Energieversorger sind ein breites Forschungsgebiet. Ein wesentliches Werk stellt die Arbeit von Franz Eder (2008)⁴ dar, die aber nur die Entwicklung bis 2007 analysiert.

Weitere Arbeiten befassten sich eingehend mit dem Russisch-georgischen Krieg, der auch Gegenstand einer Untersuchung der Europäischen Union war.

Syuzanna Galstyan (2017)⁵ untersucht in ihrer Arbeit, inwiefern Russland an einer Instabilität in der Region interessiert ist oder ob damit ein ‚Dominoeffekt‘ im Nordkaukasus droht. Sie kommt zu dem Schluss, dass eine ‚controlled instability‘ am ehesten Russlands Sicherheitspolitik in der Region entgegenkommt (ebd.: 70).

Samir Hasanov analysiert in seiner Dissertation machtpolitische Ambitionen Russlands im Südkaukasus zwischen 1992 und 2014.⁶

Wenig untersucht wurde bisher der militärische Aspekt der Möglichkeiten kooperativer Sicherheit im Zeitraum nach 2008 bzw. eine mögliche Änderung der Sicherheitspolitik Russlands im Südkaukasus nach 2008, die im Fokus dieser Arbeit steht. Dabei stellen sich vor allem für Neorealisten Fragen der militärischen Balance, des strategischen Gleichgewichts und der Verschiebung von Machtpotenzialen. Die meisten Arbeiten berücksichtigen kaum oder wenig die Sichtweise russischer Analysen und befassen sich nur mit westlichen Beurteilungen oder übernehmen die US-amerikanische Diktion, dass nur der Westen die Legitimität hat, Demokratieprozesse zu unterstützen und zu beschleunigen, wo immer solche nach westlicher

⁴ Eder, F. (2008) Sicherheitspolitik im Südkaukasus: zwischen balancing, Demokratisierung und zögerlicher Regimebildung. Nomos.

⁵ Galstyan, S. (2017) Russian Foreign Policy in the South Caucasus in the Context of Security Since the Collapse of the Soviet Union: Regional Conflicts and Russia’s Involvement in Them".

⁶ Hasanov, S. (2019) Imperiales Erbe? Machtpolitische Ambitionen Russlands im Südkaukasus zwischen 1992-2014. Springer Verlag, Wiesbaden.

Auffassung stattfinden. Strategische und militärische Aspekte spielen dabei eine nachgeordnete Rolle. Diese Lücke soll unter anderem durch diese Arbeit geschlossen werden. Ein wichtiges Werk dazu erschien 2018 vom ‚Center for Analysis of Strategies and Technologies‘ (CAST) in Moskau.⁷

1.3 Forschungsfrage und Hypothese

Gegenständliche Arbeit untersucht die russische Sicherheitspolitik im südkaukasischen Raum ab 2008. Der Russisch-georgische Krieg liegt besonders im Fokus der Untersuchung, wobei es zu untersuchen gilt, wie es zu diesem Krieg kam, wer die bekannten und nicht genannten Akteure waren. Sind Mechanismen kooperativer Sicherheit eingebunden gewesen oder nicht beachtet worden? Weiters wird untersucht, ob es in dieser Zeit zu einer Änderung der russischen Politik im südkaukasischen Raum gekommen ist. Eine entscheidende Wende internationaler Sicherheitspolitik war aber schon die NATO-Intervention im Kosovo (1999) als Folge des auf die Unabhängigkeitsbestrebungen der autonomen Republik erfolgten Einmarsches serbischer Truppen, die ohne Befassung internationaler Gremien erfolgte.

1999 war auch das Jahr des Beitritts von Polen, Ungarn und Tschechien (vormals Mitglieder des Warschauer Paktes) zur NATO mit vollen Rechten und Pflichten und vor allem der für diese Länder wichtigen Beistandsgarantie, die klar gegen Russland gerichtet war.

Die Forschungsfrage lautet: Hat Russland ab 2008 seine Sicherheitspolitik im Südkaukasus geändert?

Als Hypothese wird eine Erosion des Konzepts der Kooperativen Sicherheit und eine neorealistiche Wende der russischen Außenpolitik ab 2008 angenommen, die durch qualitative Dokumentenanalyse, Untersuchung der Sekundärliteratur, ergänzt durch quantitative Datenauswertung (Statistiken), bestätigt werden soll.

1.4 Aufbau der Arbeit

Auf die Einleitung, die die Relevanz des Themas betrachtet, folgt die Operationalisierung der Arbeit und der theoretische Teil. Dabei wird besonders auf den ‚Regional Security Complex‘ nach Buzan und Waever eingegangen und seine Relevanz

⁷ Makienko, K.W., (Hrsg.): V ozidanii buri: Juznyi Kavkaz (Waiting for a storm-south Caucasus), Moskau 2018.

für die gegenständliche Arbeit untersucht, sowie kooperative Sicherheit besprochen. Das Wesen des Neorealismus wird in der Folge dargelegt, da es zu untersuchen gilt, inwieweit sich die russische Sicherheitspolitik vom System kooperativer Sicherheit entfernt und eine neorealistische Wende vollzogen hat. Daneben werden ‚speech acts‘ politischer Leader (Putin, Medwedjew und andere) und ihr Einfluss auf die weitere politisch/militärische Entwicklung im Regional Security Complex ‚Südkaucasus‘ untersucht. In einem weiteren Kapitel werden die Möglichkeiten der ‚Defence Institution Building Initiatives‘ im Südkaukasus aufgezeigt und eine ‚Security Sector Reform‘ angedacht.

Ein besonders großer Raum wird dem Kapitel „Georgien“ eingeräumt, da der Russisch-georgische Krieg 2008 nach Meinung des Autors entscheidend die Beziehungen zwischen der NATO und Russland verändert und vor allem deren weitere Sicherheitspolitik insbesondere im Südkaukasus aber auch auf anderen Schauplätzen beeinflusst hat.

Für ein besseres Verständnis der gespannten Beziehungen zwischen Russland und Georgien ist auch ein weitergehender historischer Exkurs erforderlich, der für Armenien und Aserbaidschan nicht zwingend ist.

Russland hat nach dem georgischen Krieg (2008) die beiden von ihr nunmehr anerkannten unabhängigen Republiken Abchasien und Südossetien massiv militärisch ausgebaut und sogar russische Grenzschutzsoldaten an der Grenze zu Georgien eingesetzt. Auch der Roki-Tunnel, die einzige Straßenverbindung zwischen Nord- und Südossetien wurde in Breite und Höhe ausgebaut, wodurch bei einem potentiellen weiteren Konflikt schneller Panzer, Artillerie und andere Truppenteile vom Norden in den Süden herangeführt werden können. Weiters hat Russland aufgrund negativer Erfahrungen eine Reform und Umstrukturierung seiner Armee eingeleitet, da sich viele Einheiten zu schwerfällig erwiesen und noch in den Strukturen des Warschauer-Paktes verhaftet waren. Georgien dagegen suchte jetzt massiv die Anbindung an die NATO, die vorerst an der Skepsis der Westmächte (vor allem an Deutschland und Frankreich) scheiterte. Erst die Ereignisse von 2014 (Annexion der Krim und Ostukraine-Konflikt) führten zu einem verstärkten NATO-Engagement in Georgien.

Eine Untersuchung der Sicherheitskonzepte und Militärdoktrinen wesentlicher Akteure im geopolitischen Raum „Südkaucasus“ soll die Forschungsfrage beantworten.

Die USA werden nicht als eigener Akteur behandelt, da es den Rahmen dieser Arbeit überschreiten würde, dennoch wird in einzelnen Kapiteln auf die Einflussnahme politischer und militärischer US-amerikanischer Akteure eingegangen und vor allem die Rolle der NATO vornehmlich in Georgien aufgezeigt.

2 Theoretischer Analyserahmen und Klärung des Sicherheitsbegriffs

Der Sicherheitsbegriff wurde zunächst nur als militärischer Sicherheitsbegriff gesehen, wobei es galt, die Territorialität eines Staates zu erhalten und gegen jedwede Bedrohung zu verteidigen. Die Zeit des ‚Kalten Krieges‘ war geprägt von dieser realistischen Sicht, solange nur die USA und die Sowjetunion als Supermächte militärisch dominant waren. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Aufstieg Chinas zur Supermacht veränderten sich auch die Sicherheitskonzepte. Kooperative Sicherheit wurde zusehends als wesentliche Dimension im Sicherheitsdiskurs gesehen, wobei die Arbeiten der Kopenhagener Schule einen bedeutenden Einfluss auf die Sicherheitsdebatte erlangten.

Kooperative Sicherheit bei den politischen Akteuren im Südkaukasus sehe ich in erster Linie als militärische und staatliche Sicherheit (eng gefasster Sicherheitsbegriff), wobei aber auch ökonomische Zwänge berücksichtigt werden müssen.

Zu untersuchen wäre weiters mit dem Securitization-Ansatz von Buzan, Waever und de Wilde, inwiefern ‚security speech acts‘ zu einer Verschärfung der Lage beigetragen haben und damit eine existenzielle Bedrohung gegeben war, zu deren Abwehr außerordentliche Maßnahmen erforderlich waren (Buzan/Waever/de Wilde 1998: 24ff.).

Schwerpunkt der Untersuchung ist die Erosion kooperativer Sicherheit in einem Regional Security Complex und die Wende zur neorealistischen Ausrichtung russischer Sicherheitspolitik, wobei die politischen und militärischen Rahmenbedingungen ab 2008 beachtet werden müssen.

Russland als Rechtsnachfolger der Sowjetunion gelang es nach längerer Bedeutungslosigkeit (militärisch und ökonomisch) durch den Anstieg der Erdöl- und Gaspreise sowie der politischen Stabilisierung des Landes unter Präsident Putin wieder ins politische Rampenlicht zu kommen. Der Russisch-georgische Krieg brachte Russland wieder auf die internationale Bühne als militärische Großmacht. Mit dem Einstieg in den Syrien-Konflikt wurde Russland auch militärisch wieder als ‚global player‘ wahrgenommen, ohne dessen Einbindung eine politische Lösung in Syrien

unmöglich ist. Gleichzeitig versuchte Russland (erfolgreich) durch eine ‚Softpower-Politik‘ die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

In today's global information age, victory often depends not on whose army wins, but on whose story wins (Nye 2014: 106).

Russland nimmt im Soft Power Report 2018 Platz 28 ein. Auf den vorderen Plätzen liegen nach wie vor die USA (4), Großbritannien (1) und Deutschland (3).

In Österreich hat Russland gemäß einer CNN-Umfrage (November 2018) mittlerweile einen größeren Sympathiewert als die USA (Kurier 2018).

Neben der Hard power versuchen Hegemonen immer wieder auch auf Soft power zurückzugreifen. Russland ist im Südkaukasus besonders gefordert, da die neuen unabhängigen Staaten nach der langen russischen Dominanz in Sowjetzeiten besonders misstrauisch gegenüber den strategischen und wirtschaftlichen Absichten Moskaus in der Region sind.

Auch auf die Rolle der EU und der NATO als Akteure in diesem geopolitischen Raum wird kurz eingegangen.

Von besonderem Interesse ist hier eine Analyse der Akteurskonstellationen, die schließlich zur Verschärfung der Sicherheitslage im Südkaukasus führten. Unter den Quellen möchte ich vor allem auch die Arbeiten des ‚Moskauer Zentrum der Strategie und Analyse‘ (Carnegie-Center) der Jahre 2018 und 2019 einfließen lassen, die bisher nur in russischer Sprache vorliegen und die Konfliktzone von verschiedenen Wissenschaftlern aus russischer Sicht betrachten.

2.1 Der neorealistische Ansatz

Kaum eine andere Theorie hat die Disziplin der Internationalen Politik in einem so entscheidenden Maße geprägt wie der Neorealismus (Schörning 2010: 65). Die theoretische Grundlage bildete das Werk von Kenneth Waltz „Theory of International Politics“, in dem er sich mit den Ursachen und Bedingungen für Krieg und Frieden auseinandersetzt. Waltz versuchte mit einem Minimum an Variablen auszukommen und sieht als bestimmenden Faktor die Struktur des internationalen Systems. Struktur beinhaltet drei Komponenten: „ordering principle“, „qualities“ und „capabilities“ (Waltz 1979: 88ff.). Das ‚ordering principle‘ ist beim internationalen System Anarchie. Die ‚qualities‘ sind aufgrund der anarchischen Grundordnung vernachlässigbar. Die ‚capabilities‘- die relativen Fähigkeiten der Staaten ergeben sich aus ihrer

spezifischen Machtposition (vgl. Waltz 1979: 81, ders. 1990: 36). Waltz sieht den Staat als eine ‚blackbox‘ und interessiert sich nicht dafür, was innerhalb eines Staates vor sich geht. Nur die ‚capabilities‘ von Staaten gelten als Unterscheidungskriterien. Nach Waltz besteht das Internationale System aus der ‚structure‘, den Eigenschaften eines Systems und den ‚units‘, den Staaten, die in diesem System agieren. Sie bilden ein ‚set of interacting units‘ (Waltz 1979: 40). Staaten handeln primär rational nach bestimmten Kosten-Nutzen-Analysen. Für Waltz ist das internationale System a priori anarchisch und somit das ‚survival‘ für jeden Staat primäres Ziel. Anarchie bedeutet für Waltz nicht Chaos, sondern das Fehlen einer übergeordneten Instanz mit einem Gewaltmonopol. Staaten sind daher auf sich selbst gestellt. Sie sind selbst für ihre eigene Sicherheit verantwortlich und daher bestrebt, möglichst große Machtmittel anzuhäufen. Sie sind identisch und unterscheiden sich allein aufgrund ihrer militärischen, wirtschaftlichen und technischen Kapazitäten, die zu verschiedenen Konstellationen führen. Grundsätzlich sind unter Macht ‚militärische oder militärisch nutzbare Ressourcen‘ zu verstehen (Schimmelfennig 2015: 70), deren Analyse auch bei dieser Arbeit ein großer Stellenwert zukommt. Waltz unterscheidet im Internationalen System:

- 1) ein unipolares System mit einem starken Hegemon
- 2) ein bipolares System mit zwei relativ gleich starken Staaten
- 3) ein multipolares System mit vielen ähnlich starken Staaten

Er sieht das internationale System als ein ‚Selbsthilfesystem‘ „The international imperative is: take care of yourself“ (Waltz 1979: 107). Was die Sicherheitspolitik im Südkaukasus betrifft, war Russland während der Sowjetzeit der klare Hegemon, sieht sich aber mittlerweile in seiner Vormachtstellung bedroht und setzt daher Maßnahmen, um seine Position zu festigen. Kleinere Staaten wie Armenien und Georgien versuchen dagegen durch ‚bandwagoning‘, dem Anschluss an einen größeren Staat oder durch ‚balancing‘, dem Bilden eines Gegenpols, ihr Überleben zu sichern. Die Möglichkeiten, einen wirklichen Gegenpol zu bilden, sind ohne Unterstützung eines größeren Staates oder der Eingliederung in sein Sicherheitssystem nur sehr beschränkt. Eine Kooperation der südkaukasischen Staaten ist derzeit nur beschränkt möglich und das Entstehen von längerfristigen Bündnissen oder Allianzen unwahrscheinlich. Es geht daher entsprechend der Theorie des Neorealismus darum, „Machtungleichgewichte schon im Ansatz zu kompensieren, da das Überleben

durch eine drohende Überlegenheit des Gegenübers nicht mehr zwingend gewährleistet ist“ (Schörnig 2010: 74ff.). In dieser Position befindet sich derzeit Armenien in seiner Konfliktsituation mit Aserbaidschan, das seine militärische Kapazität in letzter Zeit bedeutend gestärkt hat.

Trotz des Wiedereintretens von Russland auf die weltpolitische Bühne (vor allem durch das Eingreifen in den Syrien-Konflikt) kann man nicht wieder von einer Polarisierung sprechen. Vor allem China, aber auch der Iran und andere Staaten (Indien) beeinflussen die internationale Politik. Im Südkaukasus muss man auch die Türkei mit ihrem Naheverhältnis zu Aserbaidschan erwähnen. Auch von einer Rückkehr zum ‚Kalten Krieg‘ kann nicht gesprochen werden, da dieser von einer militärisch-politischen Bipolarität zwischen den USA und der Sowjetunion gekennzeichnet war, währenddessen wir es heute zum Einen mit drei Supermächten (USA, Russland, China) zu tun haben und es andererseits um die Vorherrschaft im ökonomisch-technologischen Bereich geht. Natürlich spielt dabei auch die militärische Stärke eine wichtige Rolle.

Trenin weist darauf hin, dass russische Eliten und ihre Landsleute Russland als Großmacht sehen, ein Status, den es zu überdenken gilt. Er vermerkt, dass die Anzahl von Hauptstädten, die sich in ihrer Außenpolitik nach Moskau orientieren, stark abgenommen hat im Vergleich zu Sowjetzeiten und sieht diese Einflussphäre im Jahre 2019 nur mehr bei Abchasien, Südossetien, einem Teil des Donbass und eingeschränkt im Pridnestrowje-Gebiet. Allein im Südkaukasus kann Russland noch als Hegemon gesehen werden. Kein einziger Verbündeter der ODKB oder der Partner der EAEU z.B. hat den offiziellen russischen Status der Krim anerkannt. (Trenin 2019a) Auch die Unterstützung antirussischer Anträge in der UNO ist wesentlich höher als jene russischer Initiativanträge.

In seiner geopolitischen Betrachtung des Raumes ‚Groß-Eurasien‘ kommt Trenin (2019b) zu dem Schluss, dass Russland 2019 weder „Hegemon noch Leader“ ist.

Im Südkaukasus sehe ich dagegen Russland durchaus als Hegemon, da selbst Georgien wieder Handels- und kulturelle Beziehungen zu Russland aufbaut und Visaerleichterungen geschaffen hat. Aufgrund anhaltender Demonstrationen in letzter Zeit hat Putin allerdings ein Verbot für Direktflüge von Russland nach Georgien verhängt.

Waltz hat nach dem Ende des Kalten Krieges versucht, den strukturellen Neorealismus auf die Gegebenheiten nach der Bipolarisierung anzuwenden, um die Struktur internationaler Politik der 90er Jahre zu analysieren (vgl. Waltz 2000: 24ff.). Dabei gab es vor allem eine Neorealismus-Neoliberalismus-Debatte. Alexander Wendt sieht die Schlussfolgerungen des strukturellen Neorealismus problematisch, da zum Verständnis des internationalen Systems und seiner Dynamik eine holistische (ganzheitliche) und ‚konstruktivistische‘ Sichtweise notwendig sei (Wendt 1999: 1 und 370 ff.). Internationale Politik könne nicht nur durch materielle Faktoren (Macht und nationales Interesse) erklärt werden. Deswegen besteht für ihn Anarchie als das grundlegende Ordnungsprinzip nur so lange, wie die Staaten sie in ihrem Handeln immer wieder rekonstruieren (Mearsheimer 2003: 33).

Für Mearsheimer als Vertreter des offensiven Neorealismus befinden sich Staaten ebenso in einem anarchischen Zustand und oberstes Gebot ist die Herstellung von Sicherheit, die aber nur durch Machtmaximierung erreicht werden kann. Letztendlich ist es ein ständiges Streben nach Hegemonie, die allein Sicherheit garantiert. Machtmaximierung wird dabei zu einem Hauptmerkmal internationaler Politik (vgl. Ten Brink 2008: 41).

Für Walt, einen Vertreter des defensiven Neorealismus, reagieren Staaten nicht auf Änderungen von Machtverhältnissen, wie Waltz behauptet, sondern sie reagieren vor allem auf ‚threats‘, die Staaten zu Allianzbildungen veranlassen. „Rather than allying in response to power alone, it is more accurate to say that states will ally with or against the most threatening power“ (Walt 1985: 8-9). Eine Allianz ist für ihn ein formelles oder informelles Arrangement zur Sicherheitskooperation zwischen zwei oder mehreren Staaten (vgl. Walt 1990).

Bei der Bildung von Allianzen kommt es entweder zu dem bereits weiter oben erwähnten ‚balancing‘ oder ‚bandwagoning‘, wobei Walt (1985: 29ff) ‚balancing‘ generell als die dominierende Form sieht. Bei kleineren Staaten sieht er allerdings eine stärkere Tendenz zu ‚bandwagoning‘, weil sie sich dadurch mehr Sicherheit und mögliche Gewinne versprechen. Kleinere Staaten können zudem wenig zu einer Gegenallianz beitragen und sind generell verwundbarer. Gerade dieser Aspekt wird auch Gegenstand meiner Untersuchungen sein, um festzustellen, aus welchen

Gründen Armenien, Aserbaidschan und Georgien die eine (balancing) oder die andere Form (bandwagoning) bevorzugen.

2.2 Kooperative Sicherheit

Kooperative Sicherheit wird in dieser Arbeit als militärische und staatliche Sicherheit gesehen. Tatsächlich ist der Begriff nach Mihalka nicht klar definiert und wird vielfach nur als ‚cooperation‘ gesehen (Mihalka 2005; ders. 2001: 33). Für ihn bedeutet kooperative Sicherheit „activity among states to lessen the likelihood of war, or its consequences should it occur, that is not directed at any specific state or group of states“ (ebd.: 35). Vielfach wird kooperative Sicherheit als Prozess der Prävention und Verhinderung einer Eskalation eines Konfliktes gesehen. Unklar ist, ob kooperative Sicherheit einen allein präventiven Charakter hat oder auch die Anwendung von Gewalt miteinschließt (Akbulut u.a. 2016: 37).

Prinzipiell steckt das System der kooperativen Sicherheit, das in den 90er Jahren geschaffen wurde, in einer tiefen Krise.

Das System der kooperativen Sicherheit besteht im Wesentlichen aus drei Säulen: dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE), dem Wiener Dokument über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (WD) und dem Vertrag über den offenen Himmel (OH).

Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) wurde 2007 von Russland suspendiert, da einige NATO-Staaten nicht von den Restriktionen des angepassten KSE-Vertrags (AKSE) erfasst waren und die Ratifizierung an den Abzug russischer Truppen aus Abchasien, Südossetien und Transnistrien knüpften. Damit können einzelne NATO-Staaten unbegrenzt Waffensysteme und Truppen auf ihrem Territorium stationieren.

Aus diesem Grunde wurde der KSE-Vertrag von Russland 2007 ausgesetzt. 2015 hat sich Russland auch aus der gemeinsamen Beratungsgruppe zurückgezogen und am 11. März 2015 offiziell aufgekündigt. Die Absicht der NATO neue Waffensysteme, vor allem Raketenabwehrsysteme in den östlichen Bündnisstaaten zu stationieren sowie Manöver in den baltischen Staaten waren nicht unerheblich für diese Entscheidung. Dies bedeutete auch das Ende einer effizienten Rüstungskontrolle.

Das Wiener Dokument von 1990 über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen ist ein politisch verbindliches Übereinkommen aller 57 OSZE-Teilnehmerstaaten. Es regelt den Informationsaustausch über Gliederung, Stationierung, Personal und Hauptwaffensysteme der Streitkräfte sowie über Verteidigungspolitik, Streitkräfteplanung und Militärhaushalt. Militärische Aktivitäten, die eine bestimmte Größenordnung überschreiten (ab 9000 beteiligten Soldaten) müssen im Vorhinein angekündigt werden. Das WD enthält zudem Mechanismen für Konsultationen und Zusammenarbeit in Bezug auf ungewöhnliche militärische Aktivitäten und verpflichtet jeden Teilnehmerstaat eine bestimmte Zahl von Inspektionen und Überprüfungen auf seinem Territorium zuzulassen. Das Wiener Dokument wurde bereits mehrfach überarbeitet (1992, 1994, 1999, 2011). Eine neuerliche Modernisierung wird derzeit aber unter anderem durch Russland blockiert, da es befürchtet, dass eine weitere Modifizierung nur auf russische Kräfte abziele.

Der Vertrag über den offenen Himmel wurde 1992 zwischen den NATO- und den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten abgeschlossen und soll ebenfalls zur Vertrauensbildung beitragen. Teilnehmende Staaten dürfen ihre Territorien gegenseitig auf festgelegten Routen überfliegen und Aufnahmen (Foto, Radar oder Infrarot) machen. Das Anwendungsgebiet des OH-Vertrags erstreckt sich im Gegensatz zum KSE-Vertrag auf das gesamte Gebiet von Vancouver bis Wladiwostok.

Der INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces) wurde 1987 zwischen den USA und der damaligen Sowjetunion geschlossen und von dem damaligen amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und dem sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow unterzeichnet. Bis Mai 1991 wurden danach 846 Raketen des Typs Pershing I und II (USA) und 1846 Raketen des Typs SS20 (SU) zerstört. Er verpflichtet beide Seiten zur Abschaffung aller landgestützten ballistischen Raketen und Marschflugkörper mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 Kilometern. Weiters untersagt er die Herstellung und Tests solcher Systeme. Feichtinger⁸ verweist darauf, dass das gegenseitige Inspektionsrecht (ein bislang sehr taugliches Inspektions- und Kontrollsystem) mit 31. Mai 2001 endete (Hämmerle 2019). Beide Seiten haben seither Vertragsverletzungen moniert, die in den letzten Monaten eskaliert

⁸ Feichtinger, Walter: Leiter des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement in Wien.

sind. Russland hat den USA mehrfach Vertragsverletzungen vorgeworfen wie z.B. die Stationierung von Raketensystemen im Rahmen des NATO-Schutzschirms in Deveselu in Rumänien 2016. Russland hingegen hat bereits 2014 moderne Islander-Raketen in der Enklave Kaliningrad stationiert.

Die USA sehen auch in der Entwicklung des russischen Marschflugkörpers mit dem Namen 9M729 (NATO-Code: SSC-8) eine Vertragsverletzung. Obwohl Russland von einer Reichweite von 480 km dieser Rakete spricht, gehen westliche Militärexperten von einer Reichweite von mindestens 2600 km aus. Die USA kündigte den INF-Vertrag am 1. 1. 2019, offiziell aufgelöst wurde er allerdings erst sechs Monate später. Nach Feichtinger (Hämmerle 2019) geht es dabei um ein ‚größeres geopolitisches Wettringen‘, da China fast ausschließlich solche Kurz- und Mittelstreckenraketen besitze und in einem neuen multilateralen Vertrag eingebunden werden müsste, da nur die USA und Russland (als Nachfolgestaat der Sowjetunion) an den INF-Vertrag gebunden sind, nicht aber China und andere aufstrebende Militärmächte (Nordkorea). Nicht betroffen sind zudem Raketen, die z.B. von Schiffen oder Flugzeugen abgefeuert werden. Auch hier besteht Handlungsbedarf. Auch Russland setzte daraufhin das Abkommen am 3. 2. 2019 aus und Putin kündigte die Entwicklung neuer Raketen an. Bei seiner Rede an die Nation Ende 2019 sprach Putin über die neue Wunderwaffe, gegen die es keine Gegenwehr geben solle.⁹ Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Geng Shuang forderte die USA und Russland auf, die Differenzen in einem konstruktiven Dialog zu überwinden, da es den INF-Vertrag für sehr bedeutsam halte, um die Spannungen zwischen den Weltmächten zu vermindern und den Frieden zu wahren (Gärtner 2019). Der Nachfolgevertrag ‚New Start‘ läuft 2021 aus und scheint damit auch Geschichte zu sein. Trenin hält ihn kurz vor dem Kollaps.

Under the circumstances, it is likely that the New Strategic Arms Reduction Treaty (New START) will not be extended when it expires in 2021. As a result, the arms control system that Washington and Moscow established beginning in the late 1960s is close to collapse. If New START is allowed to expire, the strategic arsenals of the world's leading nuclear powers will no longer be governed by bilateral agreements (Trenin 2019b: 3).

⁹ Es handelt sich dabei um die Hyperschallrakete ‚Avangard‘ mit einer Reichweite von 4000 km und einer Fluggeschwindigkeit von Mach 20.

2.3 Der Südkaukasus als geopolitischer Raum - die Regional Security Complex Theory

Der Südkaukasus umfasst drei Republiken, die in Konfliktsituationen zueinanderstehen. Zwischen Armenien und Aserbaidschan gibt es den andauernden Konflikt um Berg-Karabach, auf den ich später genauer eingehen werde. Eine genauere Untersuchung zeigt, dass Russland als Waffenlieferant für beide Länder den Konfliktverlauf in hohem Maße steuern kann. Eine versuchte Annäherung Armeniens an die EU wurde durch Russland erfolgreich verhindert. Nach wie vor unterhält Russland militärische Stützpunkte im Land.

Aserbaidschan betrachtet 20% seines Territoriums als von Armenien besetzt, darunter folgende Gebiete:

Daghlyg Garabagh, das Shusha Gebiet und an Daghlyg Garabagh angrenzende Gebiete.



Abbildung 2: Von Armenien besetzte Gebiete aus der Sicht Aserbaidschans

Quelle: Heydar Aliyev Foundation 2014 (Azerbaijan)

Die zweite Konfliktzone betrifft Georgien, das ebenfalls 20% seines Territoriums als von Russland besetzt betrachtet.

Georgien muss sich machtlos vorerst mit den Sezessionsprozessen in Abchasien und Südossetien abfinden. Eine genaue Untersuchung der Akteurskonstellationen im Verlauf dieses Konfliktes soll neue Perspektiven liefern, wobei auch die Schuld am Russisch-georgischen Krieg von der Europäischen Kommission untersucht wurde und ein für manche westliche Politiker überraschendes Ergebnis lieferte.

Ausgehend von der ‚Regional Security Complex Theory‘ (Buzan, Waever 2003b) möchte ich untersuchen, ob der Südkaukasus als eine geopolitische Region gesehen werden kann.

1998 definierten Buzan, Waever und de Wilde einen Regional Security Complex als „a set of units whose major processes of securitization, desecuritization, or both are so interlinked that their security problems cannot reasonably be analysed or resolved apart from one another“ (Buzan/Waever/de Wilde 1998: 201).

In der Fassung von 2003 hängen ‚security complexes‘ von Staaten in erster Linie von ‚pressures‘ ab, die sich aufgrund ihrer geographischen Nachbarschaft ergeben. Sie sehen die Welt als „regional clusters, whereby security complexes are magnified within these clusters“ (Buzan/Waever 2003: 45ff.). Regionen mit gleichen Sicherheitsbedürfnissen befinden sich in einer Interdependenz und damit in einem RSC. „Smaller states usually find themselves locked into an RSC with their neighbors, great powers will typically penetrate several adjacent regions [...]“. (Buzan/Waever 2003: 45-46). Im Südkaukasus gilt dies für Russland als Hegemon im Südkaukasus. Für Buzan und Weaver ist der Kaukasus-Subkomplex einer der vier Subkomplexe im postsowjetischen RSC.

These approaches often refer to the process of regionalization of international politics in terms of “regional orders” (Lake and Morgan 1997; Soligen 1998), “regional complexes” (Buzan 1999; Buzan and Waever 2003), or “security communities” (Adler and Barnett 1998). Accordingly, and no matter whether they part from a structural, institutional or constructivist perspective, the regional approaches in IR Theory sustain that the regional level of interaction among political units explain far better the outcome of the process than either traditional theories such as Realism, Liberalism or Marxism, or conjectural and case by case analysis. The former is too broad to capture the complexity of the political phenomenon, whereas the latter fails to see how crucial have become transborder linkages between units for the understanding of the evolution of each one of them (Derghoukassian 2006: 4).

Aufgrund der Interessen von Russland, den USA, der EU, der Türkei und des Iran ist eine ‚balance of power-policy‘ für die Region von großer Bedeutung.

Die RSCT in den IR sieht ein Subsystem eines ‚security complex‘ aufgrund geographischer Nähe von Staaten. Buzan sieht darin:

[...] an empirical phenomenon with historical and geographical roots. In theoretical terms, they can be derived from both the state and the system levels. Looked at from the bottom up, security complexes result from interaction between individual states. They represent the way in which the sphere of concern that any state has about its environment, interacts with the linkages between the intensity of military and political threats, and the shortness of the range over which they are perceived. Because threats operate more potently over short distances, security interactions with neighbors will tend to have first priority. Seen from the top down, security complexes are generated by interaction of anarchy and geography. The political structure anarchy confronts all states with the security dilemma, but the otherwise seamless web of security interdependence is powerfully mediated by the effect of geography. Unless capabilities for transportation are very unevenly distributed, as they sometimes are, all states will thus tend to be thrust into closer contact with their neighbors rather than those further afield (Buzan 1999: 191).

Nach Buzan sind ‚security complexes‘ also das Resultat einer Interaktion von individuellen Staaten und der Intensität ihrer militärischen und politischen Bedrohungen.

Sie sehen in der RSCT ein „framework organising empirical studies of regional security“ und unterscheiden vier in Wechselbeziehung stehende Analyseebenen:

1. Die innenpolitische (domestically) mit ihren ‚vulnerabilities‘, die den Grad ihrer Befürchtungen/Ängste definiert
2. Die ‚state to state‘ Beziehungen
3. Die ‚interactions‘ mit Nachbarregionen
4. Die Rolle von ‚global powers‘ in der Region (Buzan/Waever 2003: 51)

Diese Arbeit untersucht auch die Rolle Russlands als ‚global power‘ im ‚sub-complex‘ Südkaukasus, geht aber auch kurz auf die neu auftretenden Akteure und ihre zunehmende Bedeutung in der Region ein.

‚Security complexes‘ entstehen durch ‚interactions‘ von Anarchie und Geographie.

‚Security dynamics‘ hängen also davon ab, wie Akteure, hauptsächlich Staaten, ihre Identität konzipieren.

Buzan und Waever sehen den Kaukasus als Subkomplex, der aus zwei Teilen besteht. Der Nordkaukasus befindet sich in der Russischen Föderation und umfasst Tschetschenien, Dagestan, fünf andere Einheiten und dutzende ethnische Gruppen

- der Südkaukasus dagegen Armenien, Aserbaidshan und Georgien. Sie fragen sich dabei, inwieweit man den Kaukasus und Zentralasien als einen geopolitischen Raum sehen kann?

Should the Caucasus and Central Asia be treated as one region? They share Turkic languages in most countries, Russian as a 'lingua franca' and a common Soviet past with legacies such as infrastructure. [...] Most decisively for an RSC analysis, the two are relatively separate. The Caspian Sea unifies in relation to fish and hydrocarbons, but geopolitically it divides and not much securitization happens across it (Buzan 2003: 419).

Sie kommen damit zum Schluss, dass es sich um zwei Subkomplexe handelt, wobei hier nur der Südkaukasus Gegenstand meiner Untersuchungen ist. Die Anwendung der RSCT soll aufzeigen, inwieweit Sicherheit aller Akteure im Südkaukasus ‚inter-connected‘ ist und welche Auswirkungen Instabilitäten in einem Staat Auswirkungen auf die gesamte Region haben.

2.4 Security Sector Reform

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ergab sich für viele jetzt unabhängige Staaten das Erfordernis einer Neustrukturierung des Sicherheitssektors (security sector) in ihrem Land. Diese ‚Security Sector Reform‘ (SSR) erfolgte im Einklang mit den Empfehlungen des ‚Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces‘ (DCAF), das international anwendbare Standards für eine Security Sector Reform vorgab, die den Bedürfnissen der Ära nach dem ‚Kalten Krieg‘ genügen sollte. Dies sollte durch ‚Defence Institution Building‘ erfolgen, die ein Teilgebiet von Security Sector Reform ist. SSR umfasst alle Regierungsinstitutionen und jene der Zivilgesellschaft, die an der Verteidigung *„[..].global, state and human security“* (Labarre/Niculescu 2017: 19) beteiligt sind.

3 Georgien als Konfliktzone und die russische Antwort

Der Russisch-georgische Krieg zeigt die entscheidende Wende in der russischen Außenpolitik, wobei der NATO-Einsatz im Kosovo 1999 als Rechtfertigung gesehen wird.

3.1 Der Kosovo als Rechtfertigung für Aggressionen und Sezessionen

Der Kosovo, ein autonomes Gebiet innerhalb Jugoslawiens, hatte eine albanische Bevölkerungsmehrheit und forderte die Unabhängigkeit, die zu einem Eingreifen der serbischen Armee führte. Für Serbien war eine Unabhängigkeit des Kosovo schon aus historischen Gründen undenkbar, zumal die ‚Schlacht auf dem Amselfeld‘ gegen das Osmanische Heer zum serbischen Nationalmythos zählt, vielfach verklärt literarisch dargestellt wurde und auf ebendiesem für Serbien ‚heiligen‘ Gebiet 1389 stattfand. Für Serbien ist daher eine Anerkennung eines unabhängigen Kosovo bis heute undenkbar. Eine neue Konfliktsituation im Mai 2019 (zeit online 2019)¹⁰ bestätigt diese Annahme.

Die NATO dagegen wollte einen Rückzug der serbischen Armee erzwingen, um mögliche und bereits erfolgte Menschenrechtsverletzungen zu verhindern (offizielle Diktion). Sicherlich spielten auch militärstrategische Ziele eine Rolle, zumal sich Russland als historische Schutzmacht Serbiens in den Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion militärisch und wirtschaftlich in einer schwachen Position befand. Der von den USA in Rambouillet präsentierte Friedensplan hatte bereits einen geheimen Zusatz, der die Stationierung von NATO-Streitkräften in ganz Serbien vorsah (Zumach 2009). Am 24. März 1999 kam es zum ersten Luftangriff der NATO, der ohne ein Mandat der Vereinten Nationen stattfand.

Auch mehrmonatige Luftangriffe gegen Jugoslawien führten nicht zu einem Rückzug seiner Truppen und erst eine Einbindung Russlands in die durch Deutschland initiierten Friedensgespräche führten letztlich zu einem Rückzug der jugoslawischen

¹⁰ Kosovarische Polizeiaktion löst Alarmbereitschaft serbischer Sicherheitskräfte aus (28.5.2019)

Truppen (vgl. Staack 2017: 161).¹¹ Erst danach erteilte der Sicherheitsrat rückwirkend das Mandat für das militärische Eingreifen der NATO-Staaten.

Für Russland aber, sowie für eine Mehrheit der UN-Staaten (Vetomacht China und andere) war die Missachtung der Autorität des Sicherheitsrates in Fragen von Krieg und Frieden und des in der UN-Charta festgelegten Gewaltverbotes inakzeptabel. Entschieden wurden auch die Verletzung der Souveränität und Integrität des Staates verurteilt, eine Position, die auch von vielen Staaten des globalen Südens geteilt wurde (Indien, Brasilien, Südafrika), die eine ähnliche Einschränkung ihrer Souveränität und mögliche Aggressionen befürchteten (ebd.:162).

Weitere völkerrechtswidrige Interventionen der Westmächte ohne UN-Mandat im Irak 2003 und Libyen 2011 und die damit verbundenen politisch-militärischen Folgen führten zu einer völligen Blockade des Sicherheitsrates im Falle Syriens (Bürgerkrieg ab 2015). Russland griff selbst an der Seite des syrischen Präsidenten Assad in diesen Krieg ein und kehrte als militärische Weltmacht auf die internationale Bühne zurück. Gerade im Syrienkonflikt haben die USA viel zu spät die regionale Brisanz erkannt und konnten durch ein späteres militärisches Eingreifen nur mehr Schadensbegrenzung leisten. Zu guter Letzt musste noch der amerikanische Präsident Trump den angekündigten raschen Rückzug seiner Truppen aus Syrien im Jänner 2019 wieder auf Druck seiner Militärs revidieren. Mittlerweile sollen ca. 200 amerikanische Soldaten zur Friedenssicherung in Syrien verbleiben.

Für Russlands Sicherheitspolitik jedenfalls war der ‚Tabubruch‘ der Missachtung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen der entscheidende Wendepunkt für seine Außenpolitik und die Rechtfertigung für den Georgienkrieg 2008, sowie die damit verbundenen Sezessionen von Abchasien und Südossetien, ebenso wie für die Annexion der Krim 2014.

Putin selbst hat in seiner vielfach zitierten Rede vor der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 die wesentlichen Punkte russischer Kritik an westlichen politischen Entscheidungen aufgelistet:

¹¹ Prof. Dr. Michael Staack ist Professor für Politikwissenschaft an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg.

- der ohne UN-Mandat geführte Krieg im Kosovo
- der völkerrechtswidrige Irak-Krieg
- die Osterweiterung der NATO bis an Russlands Staatsgrenzen
- der Aufbau eines Raketenabwehrsystems in Osteuropa
- die Befürwortung einer unipolaren statt einer multipolaren Weltordnung (Putin 2007).

Gründe genug für Russland, seine Sicherheitspolitik zu überdenken und seine Interessen ohne Einbindung kooperativer Sicherheitssysteme wahrzunehmen, wie es dann 2008 beim Russland-Georgien Krieg der Fall war.

Auch für die Ukraine-Krise 2014 war nach Ansicht von Mearsheimer 2014 nicht Putin, sondern der Westen hauptverantwortlich, dem er die Kurzsichtigkeit und Fehlerhaftigkeit seiner Erweiterungspolitik vorwirft (zit. nach Staack 2017: 56). Dasselbe gilt für mich auch für Georgien.

James Bindenagl, ehemals US-Diplomat in Ost-Berlin und danach an der Botschaft in Bonn, sprach von einem „Fehler des Westens, Georgien und der Ukraine 2008 die Vorstufe zu einer NATO-Mitgliedschaft anzubieten“, die einen „Affront gegen Russland“ dargestellt und im Ergebnis zur „Invasion Russlands in Georgien“ geführt habe (Bindenagel 2014:2, zit. nach Staack 2017:21ff.).

Russland hat sich bei diesen Konflikten die Diktion der NATO-Staaten beim Kosovo-Einsatz zu eigen gemacht und parallele Rechtfertigungsmuster bemüht.

1. Schutz von Minderheiten
2. Übergriffe gegen russische Friedenstruppen und Staatsbürger
3. Wahrnehmung des Rechts auf Selbstverteidigung gemäß Art. 51 UN-Charta (vgl. Staack 2017: 164).

Staack dagegen sieht keine Parallelen und verweist auf wesentliche Unterschiede im Kosovokonflikt zum militärischen Einschreiten Russlands in Georgien und auf der Krim.

Zum einen erfolgten im Kosovo vorerst massive diplomatische Bemühungen der NATO um eine friedliche Lösung vor der Entscheidung zu einem Militäreinsatz, die es z.B. beim Krimkonflikt nicht gab und der die Westmächte vor ein ‚fait accompli‘

stellte. Weiters waren im Kosovo bereits freie Wahlen vorangegangen, in denen sich eine klare Mehrheit für eine Autonomie ausgesprochen hatte. Außerdem waren der Annexion der Krim keine Diskriminierungen oder Unterdrückung der Bevölkerung durch die ukrainische Staatsmacht vorangegangen. Bei Georgien dagegen gab es diese gegenüber Abchasien und Südossetien sehr wohl.

Aus russischer Sicht bedeutet das Eingreifen der NATO im Kosovokonflikt ohne Zustimmung der Vereinten Nationen einen Regelbruch, da das Völkerrecht kein Recht zur einseitigen Abtrennung von einem Staat gegen dessen Willen kennt – eine neue Regel wurde aber damit nicht geschaffen. Daher sieht Staack darin auch keine Legitimationsgrundlage für Russlands Eingreifen in Georgien und der Annexion der Krim (Staack 2017: 164).

Russland wird allgemein als Hegemon im geostrategischen Raum ‚Südkaucasus‘ gesehen. Die RSCT aus einer neorealistischen Sicht eignet sich am besten für eine nähere sicherheitspolitische Untersuchung in der augenblicklichen geopolitischen Situation. Die Interdependenztheorie von Robert O. Keohane und Joseph S. Nye (Power and Interdependence) kann nur bedingt angewendet werden. Die Autoren hinterfragen in ihrem Werk militärische Macht als sicheres Mittel zur Durchsetzung von Interessen und sehen Interdependenzen als gegenseitige Dependenz von Staaten. Dependenzen wiederum sind von ‚external forces‘ bestimmt. Bei der Analyse von Interdependenzen spielt die ‚vulnerability‘ eine wesentliche Rolle, wobei die wechselseitigen Kosten in den Vordergrund gestellt werden (Keohane/Nye 2001: 120ff.).

Vulnerability can be defined as an actor's liability to suffer costs imposed by external events after policies have been altered (Keohane/Nye 2001: 127-128).

Bei der komplexen Interdependenz beeinflussen sich politische und wirtschaftliche Faktoren wechselseitig. Der zentrale Punkt sind dabei die Kosten von Interdependenz (Verlust an nationalstaatlicher Autonomie), denen der damit verbundene Nutzen gegenüberzustellen ist (Keohane/Nye 1978: 8).

Eder (2008: 72ff.) sieht, Buzan und Waever folgend, den Südkaucasus als subregionalen Sicherheitskomplex mit einem vielschichtigen Netz an ‚*security externalities*‘, die sich gegenseitig bedingen und eng miteinander verbunden sind. Insofern meint er, aufgrund dieser ‚*securitization*‘ den Zustand einer ‚komplexen Interdependenz‘

nach Keohane und Nye zu erkennen. Aber auch er vertritt in seiner Schlussbetrachtung die Ansicht, dass "die sicherheitspolitischen Dynamiken im Südkaukasus überwiegend von neorealistischen Handlungsweisen geprägt sind" (ebd.: 222ff.). In den Ereignissen der letzten Jahre, vor allem seit 2008, sehe ich einen verstärkten Trend in diese Richtung. Die Aktivitäten der NATO haben auch Russland gezwungen, neorealistische sicherheitspolitische Denkweisen anzuwenden. Auch die Bildung neuer Regime (Regimetheorie) ist nicht erkennbar. Welche securitization/desecuritization-Prozesse in der Subregion Südkaukasus des RSC erkennbar sind, gilt es näher zu untersuchen.

Das Wesen des Neorealismus ist geprägt von gegenseitigem Misstrauen. Neorealisten sehen die einzelnen Staaten in einem Kriegszustand, bei dem jeder einzelne befürchtet, vom anderen hintergangen zu werden. Die neue politische Konstellation durch den (eher unberechenbaren) amerikanischen Präsidenten Donald Trump und dem langjährigen russischen Präsidenten Wladimir Putin scheinen Sicherheitsregime außer Kraft zu setzen.

Der Einfluss von internationalen Organisationen wie der UNO oder der OSZE verliert zunehmend an Bedeutung, wie sich bei der amerikanischen NATO-Intervention (ohne UN-Mandat) im Kosovo (1999) oder bei der Annexion der Krim (2014) gezeigt hat. Auch russische Analysten halten die OSZE für 'essentially irrelevant' (Trenin 2019a). Neue Initiativen der Minsker OSZE-Gruppe stehen dem entgegen, allerdings sind sie vom Wohlwollen des regionalen Hegemon Russland abhängig.

Besonders das Jahr 2008 war geprägt von politischen Ereignissen, die die Sicherheitspolitik Russlands entscheidend veränderten, da auch der Kosovo in diesem Jahr seine Unabhängigkeit erklärte und beim NATO - Gipfel in Bukarest (April 2008) der Aufnahmeplan für die Ukraine und Georgien in die NATO (Membership Action Plan) beschlossen wurde.

Schon 2006 warnte der russische Präsident Putin vor einer Unabhängigkeitserklärung des Kosovo und betrachtete dies als Präzedenzfall, der auch für Georgien weitreichende Konsequenzen haben könnte:

If someone thinks that Kosovo can be granted full independence as a state, then why should the Abkhaz or the South Ossetians not also have the right to statehood? (The Moscow Times 2006).

Dazu kommen neue Akteure wie die Türkei unter Präsident Erdogan, aber auch der Iran und China.

3.2 Georgien - historische Prämissen bis 2008

Nach der bereits am 9. März 1990 erfolgten Unabhängigkeitserklärung strebte Georgien den sofortigen NATO-Beitritt an.

Das Verhältnis Georgiens zu Moskau war auch in Sowjetzeiten nicht unkompliziert und vor allem in Armeekreisen bestand bei russischen Offizieren stets ein großes Misstrauen gegenüber nicht-slawischen Offizieren. Zudem wurde Schewardnadse bei russischen Generälen als „Verräter der Sowjetunion“ gesehen (Hunter 1994: 45). Umgekehrt war auch, nicht zuletzt historisch bedingt, ein stetes Misstrauen auf der Seite Georgiens. Wie die Geschichte zeigt, war das militärisch schwache Land stets der Gefahr eines Überfalls einer Großmacht ausgesetzt und konnte sich nur durch internationale Kooperation im sicherheitspolitischen Sektor einigermaßen schützen.

In einer Zeit, als in Georgien noch sowjetische Streitkräfte standen und es offiziell noch Teil der Sowjetunion war, verfolgte der damalige Präsident Gamsachurdia eine eigene Außenpolitik, der es an jeglicher politischen Sensibilität und realem Politikverständnis fehlte (Manutscharjan 2009: 72).

Er verhängte eine einseitige Wirtschaftsblockade gegen Russland und strebte den NATO-Beitritt an. Im Inneren des Landes wollte er den ethnischen Minderheiten sein „militantes georgisches Christentum“ (Gamsachurdia 1990: 7ff.) aufzwingen und begann einen Feldzug gegen Südossetien, der im Abchasien-Konflikt mündete. Bis heute dauern die Bemühungen um einen NATO-Beitritt an. Ende Dezember 1991 wurde gegen Gamsachurdia, der immer stärkere diktatorische Züge annahm, geputscht, ohne dass sich demokratische Verhältnisse (durch Militärrat verhindert) durchsetzen konnten. Zwischen 1992 und 1995 drohte das Land im Chaos zu versinken.

Die Putschisten hatten Schewardnadse aufgrund seiner internationalen Reputation zurückgeholt, um das Präsidentenamt (ohne Wahl) anzunehmen und die Militärjunta zu legitimieren, ohne dass sich demokratiepolitisch etwas änderte, aber mit

ihm als „alten Freund“ des Westens erhoffte man sich mehr Wohlwollen der Westmächte. Seine guten Kontakte brachten die Aufnahme Georgiens in die UNO und die OSZE im Sommer 1992 und die Eröffnung der deutschen Botschaft in Tbilisi (Achse: Hans-Dietrich Genscher-Eduard Schewardnadse)¹².

Im August 1992 wurden georgische Truppen nach Suchumi (Abchasien) geschickt, um die Sezessionsbestrebungen zu unterbinden. Sie brannten das Nationalarchiv und damit das „historische Gedächtnis des abchasischen Volkes“ nieder (Mangott 2008). Der Widerstand war enorm und Georgien drohte eine Niederlage. Moskau verhielt sich neutral und so kam es im September 1992 in Moskau zu einer Waffenstillstandsvereinbarung mit dem russischen Präsidenten Boris Jelzin, wobei vereinbart wurde, dass beide Kriegsparteien sowie russische Patrouillen die Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens überwachen sollten. Der Waffenstillstand wurde permanent gebrochen und 1993 eroberten abchasische Truppen Suchumi. Der Sieg der abchasischen Truppen gelang durch massive Unterstützung russischen Militärs, kaukasischer Bergvölker und von Kosaken aus Südossetien. In der Folge kam es zu einer ethnischen Säuberungsaktion und der Vertreibung von ca. 200 000 Georgiern.

Die offizielle Diktion Moskaus bezeichnet die Zeit von 1989 bis 1993 als eine Zeit, in der Georgien versuchte, die nicht-georgische Bevölkerung zu vernichten oder zu vertreiben. Schewardnadse verfolgte in der Folge eine doppelte Politik: einerseits suchte er die russische Unterstützung im Abchasien Krieg, andererseits aber verfolgte er weiterhin das Ziel der Aufnahme in die NATO, was Russland nicht unentdeckt blieb.

Auch die Rolle des Iran und der Ukraine als Gegengewicht zu Russland wurde von Schewardnadse völlig überschätzt (Aphrasidze 2003: 121) und sein Teheran-Besuch 1993 blieb letztlich wirkungslos. Er erhoffte sich durch eine Annäherung an Teheran größere Unabhängigkeit von Russland im Energiebereich sowie eine militärische Kooperation, aber auch den Verkauf von Militärflugzeugen (Su-25), die in Georgien produziert wurden. Durch amerikanischen Druck wurde dieses Geschäft verhindert (Frazer 1997: 31).

¹² Genscher, Hans-Dietrich war von 1974-1992 Außenminister der Bundesrepublik Deutschland. Schewardnadse, Eduard war von 1985-1990 sowie Ende 1991 Außenminister der Sowjetunion und von 1995-2003 Präsident von Georgien.

Als die erhoffte Unterstützung der NATO ausblieb, die Niederlage in Abchasien feststand und es galt, einen Aufstand der Anhänger Gamsachurdias niederzuhalten, hatte Schewardnadse keine andere Wahl als sein Glück in einem Beitritt zur GUS als assoziiertes Mitglied zu suchen. Georgien musste 1994 noch die Einrichtung von vier russischen Militärstützpunkten für die Dauer von 25 Jahren akzeptieren. Abchasien war längst verloren und russische Truppen langfristig stationiert. Man erhoffte in den Jahren zwischen 1993 und 1995 durch eine nähere Anbindung an Russland die eigenen Probleme besser lösen zu können. Georgien war trotz seiner Westorientierung politisch und kulturell nach wie vor im postsowjetischen Raum verwurzelt (soviet legacy). Schließlich wurden für den 5. November 1995 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen festgesetzt. Zuvor mussten noch eine Verfassung und ein Wahlgesetz erarbeitet und verabschiedet werden. Man einigte sich auf ein präsidentielles Regierungssystem nach amerikanischem Vorbild. Schewardnadse war es mittlerweile gelungen, die organisierte Kriminalität einzudämmen und eine gewisse Stabilität im Inneren des Landes herzustellen, indem er auch paramilitärische Gruppen neutralisieren konnte. Der internationale Währungsfonds unterstützte diese Bemühungen und so konnte er noch vor den Wahlen die neue Landeswährung – den Lari einführen. Die stabilisierende Finanzpolitik sowie das Versprechen der territorialen Integrität des Landes und die Bekämpfung der Kriminalität brachten einen überragenden Wahlsieg mit 74,94% der Wahlberechtigten für Schewardnadse. Er verfügte zudem über eine stabile Regierungsmehrheit im Parlament. Die Bevölkerung wandte sich vor allem gegen Parteien, die einen NATO-Beitritt im Programm hatten. Politisch war das Land stabilisiert und auch der Aufbau einer Armee (mit russischer Hilfe) ging voran. Sie umfasste zu diesem Zeitpunkt etwa 50 000 Soldaten. Die ökonomische Stabilisierung ging langsamer vor sich und Georgien hatte 1996 einen Gesamtschuldenstand von 1,2 Mrd. US \$, obwohl der Internationale Währungsfonds im Februar 1996 Kredite in Höhe von 246 Mill. US \$ überwies (vgl. Manutscharjan 2009a: 92). In dieser Zeit konnte man Georgien als eine hybride Demokratie bezeichnen. Der Transformationsprozess war vorerst erfolgreich, als es gelang, ein westliches Demokratiemodell mit freien Wahlen einzuführen. Eine Reihe von Gesetzen, die den Sicherheitssektor betrafen, wurden in dieser Zeit verabschiedet.

Natürlich darf nicht außer Acht gelassen werden, dass im Hintergrund der Südossetien- und Abchasien-Konflikt schwelte. Beide Gebiete hatten die Wahlen

boykottiert und Schewardnadse hatte im Wahlkampf die vollständige Wiederherstellung der Integrität Georgiens versprochen. Sollte es nicht mit friedlichen Mitteln gelingen, so dachte er auch an eine militärische Rückeroberung der Gebiete; eine kühne Ansage angesichts der noch schwachen Armee Georgiens und der massiven russischen Truppenpräsenz in diesen Gebieten.

Abchasien hatte sich allerdings schon im November 1995 für unabhängig erklärt und sein Parlament einen eigenen Präsidenten gewählt. Nach der Wahl in Georgien realisierte die politische Führung, dass man Abchasien weitgehende Föderationsrechte einräumen müsste und der abchasische Präsident Vladislav Ardzinba¹³ sah sich starkem russischen Druck ausgesetzt, diese auch anzunehmen und sich in die georgische Föderation einzugliedern. Alle Vorschläge wurden von den Abchasen abgelehnt und Russland tat nichts dergleichen, den ‚status quo‘ zu verändern, hatte es doch seine Truppen gut positioniert. Georgien sah sich aber noch dem Problem von 200 000 aus Abchasien vertriebenen Georgiern gegenüber, die ein Exilparlament der autonomen Republik Abchasien hinter sich hatten und vor allem Russland als den wahren Feind sahen. Obwohl Russland bei der Niederschlagung des Aufstands der Zviadisten (Anhänger des ersten Präsidenten) in Westgeorgien entscheidenden Anteil hatte, blieb es im Fall Abchasiens eher zurückhaltend. Ab 1995 begann sich Georgien außen- und sicherheitspolitisch (zwei Bereiche, die einander ergänzen und nicht separat gesehen werden können), wieder stärker nach Westen zu orientieren. Verbunden war das auch mit der veränderten Politik der USA, die dem kaukasischen Raum wieder mehr Beachtung schenkten, nachdem sich die amerikanische Politik bislang vorrangig mit Russland beschäftigt und die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion wenig beachtet hatte. Vor allem die Ausbeutung des kaspischen Öls lag im Interesse der Weststaaten und mündete in einem diesbezüglichen Abkommen. Zahlreiche amerikanische Ölkonzerne wurden in der Region tätig und 1996 unterzeichneten die Präsidenten von Georgien und Aserbaidschan ein Abkommen über den Transport aserbaidsschanischen Öls über Supsa (Georgien) an das Schwarze Meer. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung erreichten die Kaukasusländer auch eine größere außenpolitische Bewegungsfreiheit und in Georgien mehrten sich russlandkritische Stimmen. Schewardnadse machte die

¹³ Ardzinba, Vladislav: abchasischer Präsident 1994-2005.

weitere Präsenz russischer Truppen in Georgien von deren Unterstützung bei der Wiederherstellung der territorialen Integrität abhängig.

Georgien war seit 1992 Mitglied des Nordatlantischen Kooperationsrates, begann allerdings erst 1996 konkret in dieser Richtung aktiv zu werden. 1996 nahm es an ca. 20 verschiedenen NATO-Aktivitäten teil und 2001 fand die erste internationale Übung in Georgien statt (Aphrasidze 2003: 128).

Georgien verabschiedete 2005 ein nationales Sicherheitskonzept, das die grundlegenden nationalen Werte und Interessen des Landes sowie die Prioritäten seiner Außen- und Sicherheitspolitik definierte (Government of Georgia 2012). Als Hauptbedrohung werden darin die von externen Akteuren gesteuerten territorialen Konflikte beschrieben („major national security threat“) (ebd.). Damit ist Russland gemeint, das die Sezessionsbestrebungen aktiv zu unterstützen schien. Als Hauptziel wurde die Wiederherstellung der nationalen Integrität definiert. Weitere Ziele sind die Integration in die EU und die NATO, wobei eine Vollmitgliedschaft in beiden Organisationen angestrebt wird. Georgien sieht sich als integraler Bestandteil Europas, als historische Brücke zwischen Ost und West und als Transitland und Energiekorridor, um Russland zu umgehen. Auch auf die russischen Militärbasen im Lande wird in diesem Sicherheitskonzept eingegangen, die man als Risiko für die nationale Sicherheit sieht (ebd.: Art. 4.6) Im Gegensatz zur Sicherheitsstrategie, die auf eine friedliche Konfliktlösung mit Russland abzielte, wurde in den folgenden Jahren der Schwerpunkt der Außenpolitik auf eine Vollmitgliedschaft in der NATO gelegt. Die georgische Regierung hoffte schon 2006 in den Membership Action Plan aufgenommen zu werden (Manutscharjan 2006: 116), die Integration in die EU dagegen schien kein primäres Ziel zu sein: “Gradual Integration with the EU is a long-term foreign policy goal of Georgia“ (Ministry of Foreign Affairs 2006: 10).

Erstmals wird auch auf die GUS-Mitgliedschaft Bezug genommen, die zu dieser Zeit vor allem davon abhängt, ob sie zur Konfliktlösung im Inneren Georgiens beiträgt:

If we do not succeed in attaining this goal, our CIS membership will be re-considered (ebd.: 20).

2008 kündigt Georgien die GUS-Mitgliedschaft. Diese Kündigung wurde 2009 rechtsgültig.

Saakaschwili wollte mit allen Mitteln eine Wiedervereinigung des Landes erreichen und hielt ein internationales Engagement für unumgänglich, um Russland zu einem Umdenken zu bewegen. Auf den Friedensplan für Südossetien 2005 folgten Friedenspläne für Abchasien 2006 und 2008, die sowohl von den Konfliktregionen als auch von Moskau abgelehnt wurden.

Georgien konnte sich im Laufe seiner weiteren politischen Entwicklung nie mit dem Status quo abfinden und wollte die Gebiete Abchasien und Südossetien zurückerobern, um die territoriale Integrität des Landes wiederherzustellen. Ein neuer militärischer Konflikt schien unausweichlich und letztlich schätzte die militärische und politische Führung Georgiens die Reaktion der in Abchasien und Nordossetien stationierten russischen Truppen und deren politische Führung völlig falsch ein. Wie weit die im Lande weilenden (ca. 130) amerikanischen Militärberater, die georgische Soldaten für den Einsatz als Friedenstruppe im Irak ausbilden sollten, eine unglückliche Rolle spielten und Georgien zu einem Angriff auf Abchasien ermunterten, ist in der Literatur umstritten.

Die Diskussion über ein Eingreifen der USA in den Konflikt, wie es von Saakaschwili erwartet wurde, dürfte im Führungsstab um den amerikanischen Präsidenten Bush kontroversiell verlaufen sein, wie die damalige Sicherheitsberaterin Fiona Hill bestätigte, ohne Details zu nennen (vgl. Stöber 2018). Saakaschwili hatte auch private US-Militärfirmen wie Military Professional Resources Incorporated (MPRI) beschäftigt, die Szenarien für die Militäroperationen gegen Abchasien und Südossetien entwickeln sollten. Das US-Militärunternehmen ‚Cubic corporation‘ war ebenfalls in Georgien und ist dort noch heute aktiv. Zudem verbindet den ehemaligen amerikanischen Präsidentschaftskandidaten John McCain eine lange persönliche Freundschaft mit Saakaschwili, dessen Wahlkampf mutmaßlich von Cubic unterstützt wurde. Auch ehemalige hochrangige israelische Militärs sollen als Berater tätig gewesen sein (vgl. ebd.).

Die USA vermieden offenbar eine direkte militärische Konfrontation mit der Sowjetunion.

Verbürgt ist jedenfalls, dass Moskau in beiden Gebieten massiv mit der Ausgabe von russischen Pässen begonnen hatte, um gegebenenfalls im Konfliktfall mit dem Schutz russischer Bürger argumentieren zu können. Schulze stellt sich die Frage, ob die georgische Militäroperation mit Duldung Washingtons stattfand, obwohl die

enorme Verstärkung der russischen Panzereinheiten auf der anderen Seite des Roki-Tunnels in Nordossetien der amerikanischen Satellitenaufklärung nicht verborgen bleiben konnte ebenso wie das Heranbringen schwerer Artillerie auf georgischer Seite (Schulze 2009: 173). Kuster (2011: 49) sieht den Georgien-Krieg von russischer Seite genau geplant und will daraus Lehren und Erkenntnisse für die Schweiz ziehen. Nach seiner Beurteilung folgte Russland dem Vorgehen der NATO im Kosovo 1999 und wollte in einer ‚peace enforcement‘ Operation einen Völkermord in Südossetien verhindern sowie russische Bürger schützen. Diese Terminologie und die Begründung ähneln frappant jener der NATO-Koalition im Kosovo. Er behauptet, dass die russische Führung schon im April 2008 beschlossen hatte, Georgien eine Falle zu stellen, um einen Grund für ein militärisches Eingreifen zu haben (vgl. ebd.).

Schulze (2009: 173) dagegen fragt sich, wer wohl wem eine Falle gestellt hat. Für ihn spricht viel dafür, dass Georgien und auch die USA bewusst eine Niederlage in Kauf genommen haben, um das Land angesichts der Bedrohung eines aggressiven Russlands schneller in die NATO führen zu können. Damit hätte die militärische Niederlage einen politischen Sieg gebracht, zumal kaum eine Chance bestand, Südossetien und Abchasien wieder in den georgischen Staatenverband einzugliedern. Er schließt aus, dass die amerikanischen Luftaufklärungsergebnisse nicht an Tbilisi weitergegeben wurden. Das Ergebnis des Krieges sowie die darauffolgenden internationalen und europäischen Verhandlungen haben gezeigt, dass diese Beurteilung wohl falsch gelegen war und der Beitritt Georgiens zur NATO um Jahre verzögert, wenn nicht unmöglich gemacht wurde.

Schon im November 2008 bezeichnete Berger die Version Tbilisis, einer bevorstehenden russischen Invasion und Angriffen südossetischer Freischärler zuvor gekommen zu sein, als Lüge (vgl. Berger 2008). Diese Version, die auch in den westlichen Medien monatelang verbreitet wurde, war aufgrund unabhängiger Untersuchungen westlicher Medien, der OSZE und von Menschenrechtsgruppen nicht länger haltbar. BBC, Londoner Times und New York Times mussten anerkennen, dass die russische Version nahezu in allen Punkten korrekt war (vgl. Applebaum 2008). Die OSZE sieht den Beginn des Krieges im Beschuss von Zchinvali am 7. August 2008 mit Artillerie und Raketen sowie in einem Angriff auf russische Soldaten einer

Friedenstruppe. Die internationale Untersuchungskommission IIFMCG (Independent International Fact-Finding Mission) gab am 30. September 2009 einen mehr als tausendseitigen Bericht unter der Leitung der Schweizer Diplomatin Heidi Tagliavini heraus und erklärte: "Nicht eine der Erklärungen der georgischen Behörden, die sie als juristische Rechtfertigungsgründe für den Angriff vorgebracht haben," ist stichhaltig (Rettmann 2009).

Georgien interpretiert den Bericht auf seine Weise:

The unlawful actions of the Russian Federation are documented in the Report of the Independent International Fact-Finding Mission on the Conflict in Georgia, commissioned by the European Union. The occupation of Georgian territories by the Russian Federation is recognized by a number of governments, as well as by international governmental and non-governmental organizations (Ministry of Defense of Georgia 2017: 7).

Die NATO hatte bei ihrem Gipfel in Bukarest am 3. April 2008 Georgien und der Ukraine eine künftige Mitgliedschaft in Aussicht gestellt.

NATO welcomes Ukraine's and Georgia's Euro-Atlantic aspirations for membership in NATO. We agreed today that these countries will become members of NATO. [...] MAP is the next step for Ukraine and Georgia on their direct way to membership. Today we make clear that we support these countries' applications for MAP (NATO 2008: Punkt 23).

Russland war gewarnt und bereitete sich auf eine mögliche militärische Auseinandersetzung mit Georgien vor.

3.3 Der Russisch-georgische Krieg aus militärstrategischer Sicht

Die russische Antwort war im August 2008 der Krieg, der allerdings von Georgien ausgelöst wurde. Er dauerte nur fünf Tage, aber er hat die sicherheitspolitische Lage im Kaukasus entscheidend verändert. Betroffen sind allerdings nicht nur die südkaukasischen Republiken, sondern viele Konflikte betreffen auch (grenzübergreifend) die nordkaukasischen Republiken.

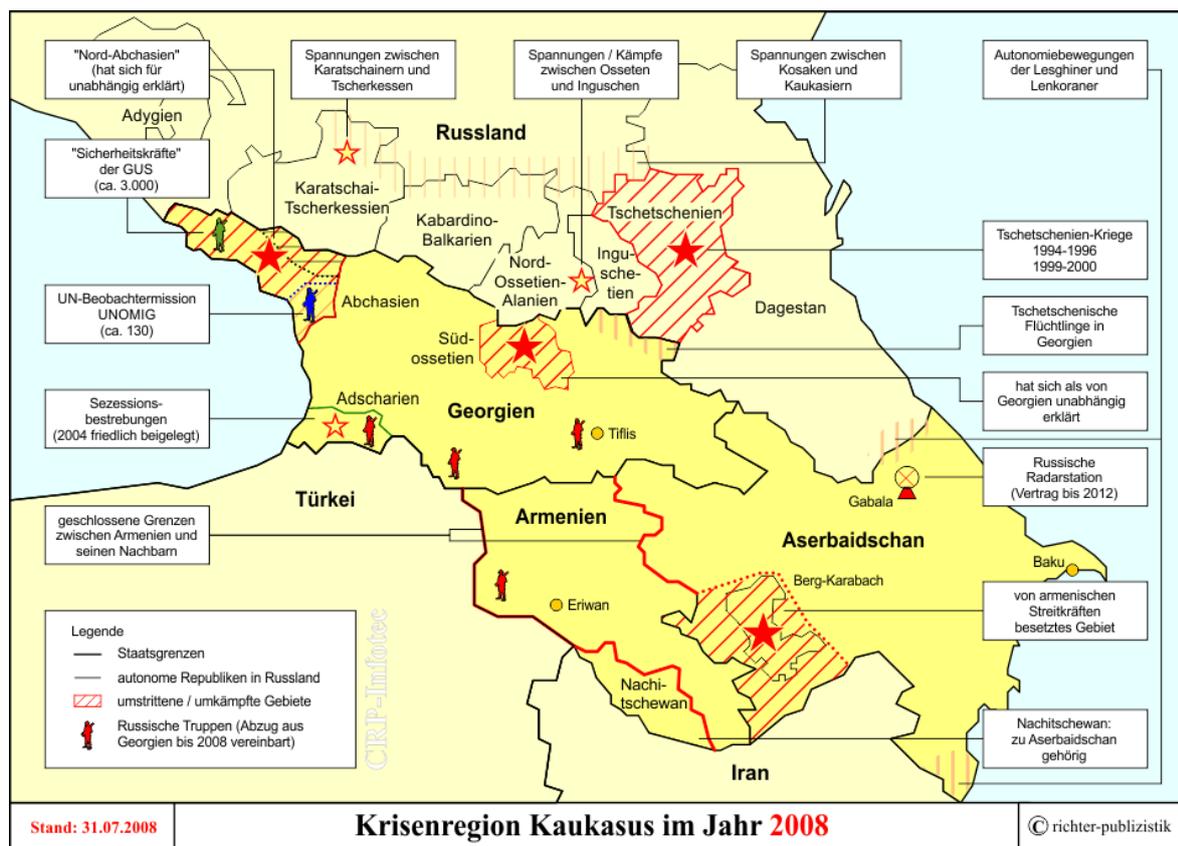


Abbildung 3: Krisenregion Kaukasus im Jahre 2008

Quelle: crp-infotec.de 24.2.2019.

Eine militärstrategische Analyse ist für den Politikwissenschaftler insofern interessant, als eine Fehlbeurteilung der militärischen Lage durch die (möglicherweise schlecht beratene) politische Führung eines kleinen Landes binnen Tagen zu weitreichenden Veränderungen der geopolitischen Lage einer ganzen Region (im gegenständlichen Fall des Südkaukasus), zum Entstehen neuer Staaten bzw. zu Veränderungen in der Sicherheitsstruktur einer Region führen kann.

Die Analyse stützt sich hauptsächlich auf die Berichte von Thomas Rapatz (vgl. Rapatz 2012) in der ÖMZ 4/2012 sowie auf den Bericht von Matthias Kuster in der Military Revue der Schweizer Armee Nr. 1/2011.

Weiters soll die Analyse mögliche zukünftige russische Strategien bei der Unterstützung separatistischer Bewegungen (Donbass) antizipieren.

Massive Vorbereitungen auf einen größeren Konflikt wurden ab dem Frühjahr 2008 von allen betroffenen Akteuren durchgeführt. Russland verstärkte die Zusammenarbeit mit Abchasien und Südossetien als Folge der Kosovo-Lösung und verlegte im März 2008 Eisenbahntruppen und ein Luftlandeinfanteriebataillon nach Abchasien, um die Eisenbahnlinie Sotschi-Suchumi auszubauen. Nach einer Großübung „Grenze 2008“ im nördlichen Kaukasus wurden die dabei eingesetzten Truppen im grenznahen Raum belassen, wodurch ihre rasche Verfügbarkeit im August erklärt werden kann. Seit dem Waffenstillstand vom 14. Mai 1994 unter Vermittlung der UNO befanden sich 1500 russische Soldaten als Friedenstruppe der GUS sowie eine 121-köpfige UN-Observer Mission zur Überwachung des Waffenstillstandes in der Region.

Anfang Mai 2008 verstärkte Russland diese Friedenstruppe auf 2500 Mann.

Anfang August 2008 nahmen entlang der georgisch-südossetischen Grenze gegenseitige Artillerie- und Minenwerfer-Beschießungen massiv zu. Gleichzeitig wurden von internationalen Beobachtern beachtliche Verschiebungen von georgischen Truppen aus Osten und Westen Richtung Gori festgestellt (Kuster 2011: 49ff.).

Am 4. August 2008 wurden fünf Bataillone der 58. russischen Armee in die Nähe des Roki-Tunnels verlegt. Der vier Kilometer lange Roki-Tunnel war die Verbindungslinie zwischen Nordossetien und Südossetien durch den Hauptkamm des Großen Kaukasus und daher von enormer strategischer Bedeutung für das notwendige rasche Heranführen von Truppen nach Südossetien. Diese Bedeutung wurde im Kriegsverlauf von Georgien völlig falsch eingeschätzt.

Georgien verfügte bei Kriegsausbruch über fünf Infanteriebrigaden, wobei die 5. Brigade ein reiner Ausbildungsverband war und sich die 1. Brigade bei Kriegsausbruch im Irak befand. Insgesamt waren 12 000 Mann für den Kampfeinsatz verfügbar. Georgien hat nach einer langfristigen verdeckten Truppenkonzentration im Raum Gori einen „sorgfältig geplanten und organisierten Angriff gegen die abtrünnige Teilrepublik Südossetien“ geführt (Rapatz 2012: 4).

Der Angriff erfolgte am 7. August 2008 um 23:35 Uhr in einem Dreizangenvorstoß nach Zchinwali. Am Nachmittag des 8. August kontrollierten georgische Truppen den größten Teil von Zchinwali und die umliegenden Dörfer sowie die umliegenden Höhenzüge (Kuster 2011: 51). Dennoch hatte die georgische Armeeführung den Widerstand in Zchinwali bei weitem unterschätzt, ebenso wie die russische Reaktion. Nur wenige Stunden nach Kriegsausbruch stießen russische Truppen durch den Roki-Tunnel mit rund 150 Panzern und Schützenpanzern Richtung Zchinwali vor. Einer der größten strategischen Fehler war es, nach Anfangserfolgen diesen Tunnel nicht gesprengt zu haben. Dies deshalb, um ‚das Rückfluten südossetischer Flüchtlinge in den Nordkaukasus nicht zu unterbinden‘ (Rapatz 2012). Die gesamte georgische Armee verfügte zu diesem Zeitpunkt nur über 128 Kampfpanzer und 44 Schützenpanzer (The Military Balance 2008: 176f.). Die russische Luftwaffe griff massiv Ziele nicht nur in Südossetien, sondern auch im georgischen Kernland an, ähnlich wie es die NATO-Alliierten im Kosovo-Konflikt mit Serbien gemacht hatten. Allerdings mussten sie auch erhebliche Verluste durch die modernen georgischen Luftabwehrraketen verzeichnen.

Zudem erschienen am 8. August Teile der russischen Schwarzmeerflotte vor der abchasischen Küste. Abchasische Separatisten griffen mit russischer Luftunterstützung den georgisch kontrollierten Teil des Kodori-Tales an (Kuster 2011: 52).

Am 10. August eröffneten russische Truppen eine zweite Front in Abchasien und die ersten russischen Truppen stießen von Südossetien nach Gori ins Innere Georgiens vor. Diesem Zweifrontenkrieg war Georgien nicht mehr gewachsen und es begannen Auflösungserscheinungen in der Truppe. Auch die eilig durch die US-amerikanische Luftwaffe aus dem Irak zurücktransportierte 1. georgische Brigade zum Schutze von Tiflis war kaum in der Lage, den russischen Vorstoß zu stoppen. Russland gelang es, die Achse Tiflis-Gori-Senaki unter seine Kontrolle zu bringen und Georgien zu teilen. Auch in Abchasien war das Kodori-Tal am Abend des 12. August vollständig besetzt und Präsident Medwedjew erklärte einen Waffenstillstand.

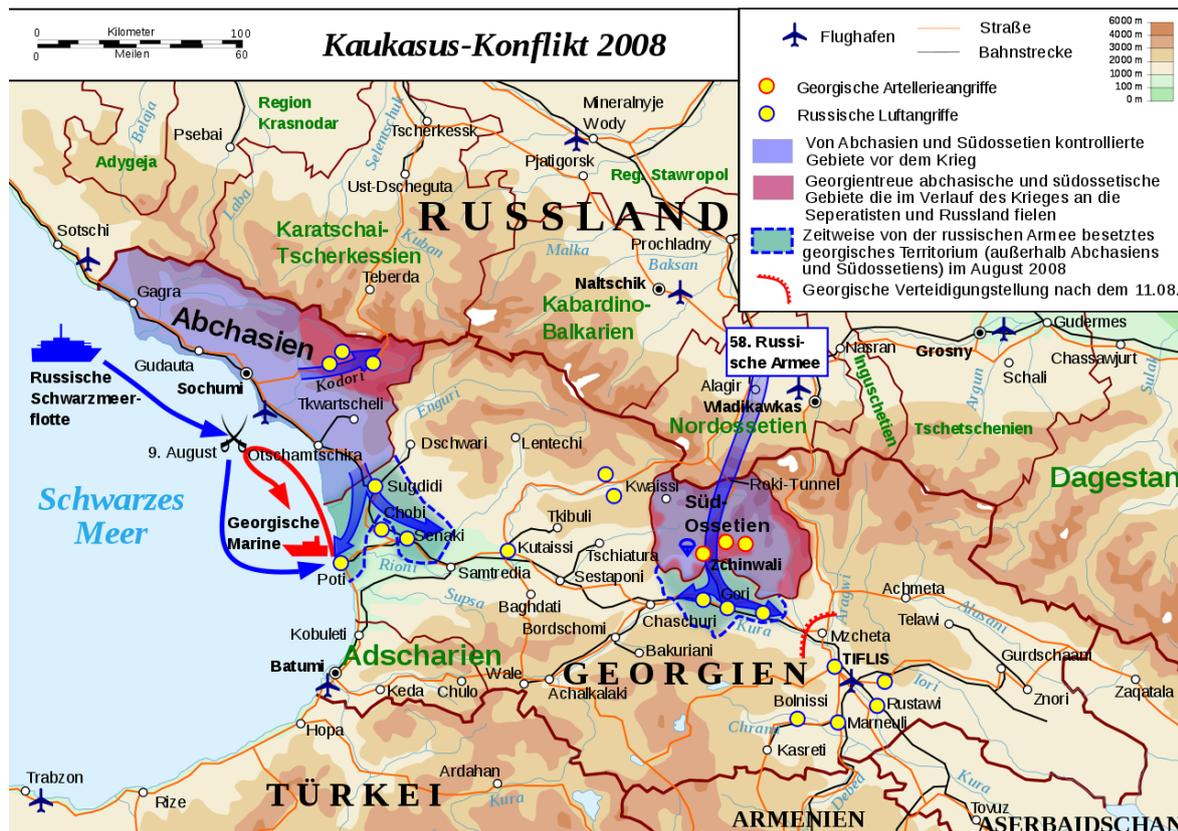


Abbildung 4: Truppenkonzentrationen im Kaukasuskonflikt 2008

Quelle: Wikipedia (Andrej Nacu) File:2008 South Ossetia war de.svg.. Lizenz: Creative Commons BY-SA 3.0. Original: Wikimedia Commons.

Der Krieg war entschieden und nur die Warnung des amerikanischen Präsidenten Bush und die Anreise des französischen Präsidenten Sarkozy hinderten die Russen vor einer Einnahme von Tbilisi. Es begannen Waffenstillstandsverhandlungen unter Sarkozy, der in seiner Funktion als Präsident der Europäischen Union nach Moskau gekommen war. Obwohl der Krieg nur fünf Tage dauerte, hat er die sicherheitspolitische Lage im Kaukasus entscheidend verändert und Russland erneut als territoriale militärische Großmacht etabliert.

Die Vorbereitungen, der Verlauf des Krieges sowie die diplomatischen Bemühungen sollen einen Einblick in die militärstrategischen Überlegungen der involvierten Akteure in einem regional begrenzten Konflikt geben, wobei ähnliche Szenarien auch bei anderen Konflikten zu beobachten sind (Krim, Ostukraine). Am 24. 4. 2019 hat Putin ein Gesetz unterzeichnet, nach dem Bewohner der Gebiete Lugansk und Donezk russische Pässe beantragen können. Auch in Südossetien und Abchasien hat Russland massiv russische Pässe ausgegeben, um in einer späteren Aktion

russische Staatsbürger schützen und daher militärisch eingreifen zu können! (Lenta.ru 2019).¹⁴

Am 26. August 2008 anerkennt Russland die Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens.

Neben Russland haben bis heute nur Nicaragua, Venezuela, Nauru und Tuvalu Abchasien und Südossetien als unabhängige Staaten anerkannt.

Der Beitritt Georgiens zur NATO wurde bis heute verhindert. Die Antwort auf die Anerkennung des Kosovo durch die westlichen Länder fiel stärker aus als man vermutet hatte. Auch die geplante Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO vor den Toren Russlands konnte nicht unwidersprochen hingenommen werden. Russland hat gezeigt, dass es jederzeit bereit ist, den Südkaukasus militärisch zu behaupten, sowie die seestrategischen Interessen im Schwarzen Meer durch die Schwarzmeerflotte zu sichern, wie in der Folge auch die Annexion der Krim gezeigt hat.

Bemerkenswert ist das wohl von allen Akteuren geplante Timing der Operationen während der olympischen Sommerspiele in Beijing (8. - 24. August 2008), als die breite Öffentlichkeit sowie die Medien ihr Hauptaugenmerk auf China richteten und die Ereignisse im Südkaukasus kaum beachtet wurden.

Auch die erstmals massiv eingesetzten Cyberattacken zeigten eine neue Dimension der psychologischen und medialen Kriegsführung.

Die EU konnte durch den persönlichen Einsatz des EU-Ratsvorsitzenden Sarkozy eine entscheidende Vermittlerrolle einnehmen, die zu einem Friedensplan zwischen Sarkozy und Medwedjew führte. Beschlossen wurde u.a. eine Überwachungsmission für Georgien. Zwei Wochen später startete die operative Phase der „European Union Monitoring Mission“ (EUMM) für Georgien mit 350 Mitarbeitern im Hauptquartier und Stab sowie 200 Beobachtern aus 22 EU-Mitgliedstaaten.

Der Beitritt Georgiens zur NATO wurde bis heute verhindert. Die NATO bekräftigte wiederholt, dass nur Staaten in ihr Bündnissystem eingliedert, in denen kein laufender Konflikt herrscht oder deren territoriale Integrität nicht gewährleistet ist, wie es derzeit bei Georgien der Fall ist. Die Bereitschaft der USA in eine Konfrontation in

¹⁴ Nach der Wahl des comedian Silenskij zum Präsidenten der Ukraine befindet sich die Ukraine derzeit in einer instabilen Situation. Silenskij hat keinerlei politische Erfahrung und die Frage stellt sich, wieweit die ukrainische Armeeführung hinter dem neuen Präsidenten steht.

der Interessenssphäre Russlands militärisch einzugreifen ist auszuschließen, zumal Russland gezeigt hat, dass es seine nationalen Interessen zu verteidigen bereit ist, wie die Unterstützung der Sezessionsbestrebungen in Donezk und Lugansk in der Ukraine und die Annexion der Krim gezeigt haben.

Die Vereinbarungen des Waffenstillstandsabkommen (2008) über einen Truppenrückzug wurden von Georgien insofern umgangen, als man größere Truppenteile umgliederte und dem Innenministerium unterstellte, sodass ihre Mannschaftsstärke nicht den Vereinbarungen zugezählt werden konnte (vgl. Rapatz 2012).

Das Ergebnis des Krieges sowie die darauffolgenden internationalen und europäischen Verhandlungen haben gezeigt, dass man die Reaktion Russlands wohl falsch eingeschätzt hat. Russland hat sich militärisch im Südkaukasus wieder zurückgemeldet und Georgien eine klare Warnung gegeben, der NATO auf seinem Territorium Militärbasen zu ermöglichen.

Für Russland haben die Erfahrungen aus dem Russisch-georgischen Krieg vor allem im militärischen Sektor entscheidende Erfahrungen gebracht, die in die Militärdoktrin 2010 und 2014 eingebracht wurden.

Die Recherchen der von der EU im Dezember 2008 auf deutschen Vorschlag eingesetzten „Unabhängigen Untersuchungskommission zum Konflikt in Georgien“ scheinen diese Sicht zu bekräftigen. In einem 900 Seiten-Bericht kommt die Kommission unter Leitung der Schweizer Diplomatin Heidi Tagliavini zu dem Schluss, dass der Krieg in der Nacht vom 7. auf den 8. August von Georgien begonnen wurde. Daneben werden aber auch monatelange Provokationen von russischer Seite angeführt (zeit online 2009).

3.4 Politische Entwicklung nach 2008

Georgien verweist in der Folge darauf, dass Russland die Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens vom 12. August 2008 nicht erfüllt und UN- bzw. OSZE-Missionen und das Mandat einer EU-Monitoring Mission blockiert (ebd.).

Die diplomatischen Beziehungen wurden nach dem Russland-Georgienkrieg 2008 abgebrochen, aber nach dem Machtwechsel in Georgien 2012 wurden informelle Gespräche auf Diplomatenebene – die Prager Gespräche – aufgenommen, die vor allem wirtschaftliche, humanitäre und Fragen des Warenverkehrs behandeln. Auf georgischer Seite werden sie vom Vertreter des Premierministers Zurab

Abaschidze geleitet, auf russischer Seite vom Staatssekretär des Außenministeriums Grigorij Karasin. Die letzten Gespräche fanden am 27. Februar 2019 statt (agenda.ge 2019).

Diese Gespräche bewirkten auch die Rücknahme des georgischen Vetos gegen eine Aufnahme Russlands in die WTO, verbunden mit der russischen Zusage der Eröffnung eines Warenkorridors von Russland durch Abchasien und Südossetien unter internationaler Aufsicht. Für die Kontrolle wurde die Schweizer Gesellschaft ‚*Société Générale de Surveillance*‘ ausgewählt, wobei die Verträge von georgischer Seite im Dezember 2017 unterzeichnet wurden. Russland folgte im Mai 2018.

Die SGS soll den Warenverkehr über den Psoj-Fluss (Abchasien), den Roki-Tunnel und über Kasbegi-Oberer Lars kontrollieren. Die ersten Gespräche eines gemeinsamen Komitees fanden Anfang Februar 2019 in Genf statt, wobei die Verhandlungen über ein Zollabkommen zwischen Georgien und Russland erfolgreich abgeschlossen wurden (Bundesrat 2019).

Die neue Regierung der Partei ‚Georgischer Traum‘ änderte auch 2012 ihre Militärpolitik und kürzte das unter Saakaschwili bis auf 9% des BIP angewachsene Militärbudget (2008) entscheidend auf etwas über 2% des BIP. Eine militärische Umgliederung erfolgte, wobei die Landstreitkräfte in zwei selbstständige Kommanden geteilt wurden - das Östliche und das Westliche, zwei Divisionen, die voneinander unabhängig agieren konnten. Hauptaugenmerk der neuen Regierung war aber die Entwicklung einer militärischen Infrastruktur und die Verbesserung der Bedingungen der Wehrpflichtigen (Barabanov u. a. 2018: 83).

2012 verabschiedete die Regierung auch ein neues Sicherheitskonzept, das jenes von 2005 ersetzt (Government of Georgia 2012).

Wesentliche Punkte des Sicherheitskonzepts:

- Sicherung der territorialen Integrität
- Sicherung der nationalen Einheit
- Regionale Stabilität
- Stärkung von Freiheit und Demokratie in den Nachbarstaaten
- Förderung der Transitfunktion Georgiens und seiner Energiesicherheit
- Schutz der Umwelt

- Bewahrung der kulturellen Einzigartigkeit Georgiens (Kleinhanss 2008).

Silke Kleinhanss bemerkt dabei, dass bei den Bedrohungen direkt oder indirekt zu- meist auf Russland verwiesen wird. Als strategische Partner dagegen sieht Geor- gien seine Beziehungen zu den USA, zur Ukraine, zur Türkei sowie zu Aserbaid- schan. Armenien und Russland werden 2005 als weitere Partner genannt.

Eine bedeutende Änderung der Haltung der NATO bzgl. Georgien erfolgte nach der Annexion der Krim (2014) durch Russland. Jetzt sahen auch die USA keinen Grund mehr, besonders sensibel im Annäherungsprozess Georgiens an die NATO vorzu- gehen. Beim NATO-Gipfel in Newport (Wales) im September 2014 wurde beschlos- sen, die Kooperation mit Georgien zu intensivieren. Dazu wurde das ‚Substantial NATO Georgia Package (SNGP)‘ aufgelegt, das beim NATO-Gipfel in Warschau (Juli 2016) erweitert wurde.

Bei der Parlamentswahl 2016 erreichte das Regierungsbündnis des Milliardärs Bidzina Iwanschiwili ‚Georgischer Traum‘ im zweiten Wahlgang 115 der insgesamt 150 Parlamentssitze und damit eine $\frac{3}{4}$ Mehrheit.

Es gibt nur eine Oppositionspartei - die Vereinte Nationale Bewegung, die 83 Sitze erreichte. Alle anderen Parteien scheiterten an der Sperrklausel von 5%.

Am 28. 11. 2018 wurde die frühere Außenministerin Salome Surabischwili, , von der Regierungspartei ‚Georgischer Traum‘ unterstützt, für sechs Jahre zur Präsidentin gewählt.

Wirtschaftlich gesehen ist Georgien von Russland nicht abhängig (anders als Arme- nien), da die EU Haupthandelspartner ist und Russland erst nach der Türkei, Aser- baidshan und der Ukraine kommt. Georgien bezieht mittlerweile 90% seines Erd- gases aus Aserbaidshan und fungiert auch als Energietransitland nach Europa.

3.5 Georgien und die NATO

Georgien trat 1992 dem North Atlantic Cooperation Council (Kooperationsrat der NATO) bei, der 1997 vom Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC-Euro-Atlantic Partnership Council) ersetzt wurde und schloss sich 1994 dem Partnership for Peace an. Nach der Rosenrevolution wurden die Bemühungen um einen NATO- Beitritt intensiviert und beim Bukarest-Gipfel (2008) stimmten die Mitglieder einer

künftigen NATO-Mitgliedschaft Georgiens zu. Der südossetische Krieg zeigte aber, dass Russland diese Option keinesfalls un widersprochen dulden werde. Dennoch wurde dieser Zukunftsplan bei den NATO-Gipfeln 2009, 2010 und 2014 bekräftigt und im März 2019 von NATO Secretary General Stoltenberg in Tbilisi bestätigt:

Georgia is one of the Alliance's closest partners. It aspires to join the Alliance. The country actively contributes to NATO-led operations and cooperates with the Allies and other partner countries in many other areas. Over time, a broad range of practical cooperation has developed between NATO and Georgia, which supports Georgia's reform efforts and its goal of Euro-Atlantic integration (nato.int 2019).

Georgien beteiligte sich an mehreren NATO-Operationen. Es war Teil der peace-keeping operation im Kosovo (KFOR-Kosovo Forces) mit einer Kompanie innerhalb der deutschen Brigade und einem Zug innerhalb des türkischen Bataillons von 1999 bis 2008.

Es stellte eines der größten Nicht-NATO-Kontingente der ISAF bei der Afghanistan Mission 2014 mit über 1600 Soldaten und ist auch bei der Nachfolgeoperation (Resolute Support) zur Unterstützung des Aufbaus der afghanischen Armee maßgeblich mit über 800 Soldaten präsent (Halbach 2018a). Georgien nimmt 2015 an der Nato Response Force (NFR) und anderen Operationen teil, um so das Vertrauen der NATO-Partner zu gewinnen. Beim NATO-Gipfel 2014 wurde von den Partnern ein Paket für Georgien geschnürt, das es Georgien erlauben sollte, sich selbst zu verteidigen als auch die Interoperabilität mit den verbündeten NATO-Kräften zu stärken (nato.int.2014). Dieses Paket wurde 2016 exakt definiert (nato.int 2016).

Die westeuropäischen Länder lehnen Beitrittsverhandlungen mit Rücksicht auf Russland derzeit ab, wogegen die osteuropäischen Länder möglichst bald Verhandlungen aufnehmen wollen. Russland hat eine Mitgliedschaft Georgiens bei der NATO ständig ausgeschlossen, da es hier um vitale militärische Interessen im Südkaukasus geht. Versuche der NATO, ihre Präsenz an die russische Grenze zu verlagern, würden mit entsprechenden Gegenmaßnahmen beantwortet. Tatsächlich hat Russland sein Aufrüstungsprogramm seit 2009 verstärkt, wobei auch das Atomwaffenarsenal modernisiert werden soll.

Auch die Schwarzmeerflotte Russlands ist seit der Annexion der Krim und damit des Marinehafens Sewastopol auf einem Modernisierungskurs, wobei die

strategische Bedeutung des Schwarzen Meeres von russischen Militärexperten als eher gering gesehen wird. Es bietet lediglich den Vorteil, von dort aus mit Marschflugkörpern weit nach Europa vordringen zu können, wie der russische Militärexperte Konowalov meint (Russia Beyond 2016). Auch Buschinskij, Zweisternegeneral a.D. und Vizepräsident des Zentrums für Politikstudien in Russland rechnet bei der geplanten Kooperation „28+2“ nur mit einem gemeinsamen Manöver der Marine von fünf Staaten: Türkei, Bulgarien, Rumänien, der Ukraine und Georgien (ebd.). Beim NATO-Gipfel im Juli 2016 waren erstmals Georgien und die Ukraine dabei, die zu assoziierten Partnern werden sollen. Im Grunde bedeutet es aber keine Änderung des Satus quo seit dem Bukarester Gipfel. Beide Staaten stehen in Konfrontation zu Russland und sind die letzten europäischen postsowjetischen Republiken, die der NATO noch nicht beigetreten sind. Eine volle Mitgliedschaft steht nach wie vor nicht auf der Tagesordnung (North Atlantic Treaty Alliance 2015).¹⁵

Besonders schmerzlich für Georgien ist die Tatsache, dass Montenegro bereits 2015 als 29. Mitglied aufgenommen wurde und wesentlich weniger Vorleistungen als Georgien erbracht hat. Aktuell sind z. B. 861 Georgier in der NATO Mission in Afghanistan eingesetzt, während Montenegro nur 14 Soldaten stellt (Dzidziguri 2016).

Derzeit befindet sich auch ein neues NATO-Trainingszentrum (NATO-Georgia Joint Training and Evaluation Centre) in Georgien im Aufbau, was von Russland als „Provokation“ gesehen wird. Eine gemeinsame NATO-Georgien Seeübung fand im März 2019 statt, an der vier Schiffe des ständigen maritimen Einsatzverbandes (SNMG2) und zwei Schiffe der Küstenwache des Innenministeriums von Georgien teilnahmen. Ziel ist es, die Interoperabilität der georgischen Küstenwache mit den Seestreitkräften der NATO zu erhöhen (Sputnik.de 2019).

Georgiens Beitrag bei NATO-Operationen ist verhältnismäßig groß und wird von georgischer Seite als wesentliche Vorleistung für einen NATO-Beitritt gesehen. Georgien nahm an der „Operation Active Endeavour“ teil, einer „counter-terrorist maritime surveillance operation“ im Mittelmeer. Es nimmt auch seit 2016 an der Operation „Sea Guardian“ teil (NATO 2018).

Auch bei Strukturreformen und Demokratisierung liegt Georgien weit vor Montenegro, wie internationale Indices über Korruption und Pressefreiheit beweisen und

¹⁵ Gemeinsame Erklärung der Nato-Georgien-Kommission vom 8. 7. 2016.

stößt daher in Georgien auf Unverständnis über die Aufnahme Montenegros in die NATO. Positiv bewertet wird dagegen die Tatsache, dass die NATO die Tür für weitere Mitgliedschaften offenhält. Noch immer sind 68% der Georgier für einen NATO Beitritt (vor allem die junge Generation), andererseits hat sich die Zahl derer, die lieber eine engere Bindung an Russland wünschen, seit 2014 verdoppelt (auf 27%) (NDI 2016). Diese wünschen sich einen Beitritt zur Eurasischen Union. Eine nicht unbedeutende Rolle spielt auch die georgisch-orthodoxe Kirche, die sich eine nähere Anbindung an die Glaubensbrüder in Russland wünscht und vor allem im ländlichen Bereich einen großen Einfluss ausübt.

The Georgian Orthodox Church retains an influential role in the country, and there are reports of Russian efforts to fund political opposition and of the proliferation of pro-Russian efforts to fund political opposition and of the proliferation of pro-Russian nongovernmental organizations (NGOs) and media (Freedom House 2016).

Umfragen von Februar 2015 (IRI Survey) zeigen, dass die Bevölkerung am meisten der Kirche vertraut, danach dem Militär und an dritter Stelle den Medien (BTI 2016). Nach der Zusage der NATO, Georgien in das MAP-Programm¹⁶ aufzunehmen, verstärkten sich die Bemühungen Georgiens, diesen Prozess durch eigene Vorleistungen zu beschleunigen. Das Grundproblem für eine Aufnahme Georgiens in die NATO stellt der ‚frozen conflict‘, die praktische Sezession der Republiken Abchasien und Südossetien dar, die von Georgien nach wie vor als von Russland besetztes Gebiet gesehen werden. Georgien gab einseitig eine Gewaltverzichtserklärung bei der Wiederherstellung seiner territorialen Integrität ab, die sich allerdings an Russland richtete. Hier gibt es keine Fortschritte, da sich Russland nicht als Konfliktpartei sieht und daher für Georgien kein Ansprechpartner ist, wodurch die Erklärung unilateral bleibt. Die NATO dagegen befürchtet, dass nach einem eventuellen Beitritt Georgiens in das Bündnis die Beistandspflicht ausgerufen werde und die übrigen NATO-Mitglieder in einen Krieg mit Russland hineingezogen werden könnten. Luke Coffey, Direktor des ‚Allison Center for Foreign Policy Studies‘, überrascht mit dem Vorschlag, ganz Georgien inklusive Südossetien und Abchasien zum Beitritt einzuladen, wobei man vorübergehend Artikel 6 des NATO-Vertrags, der die Territorien, die durch Artikel 5 (Beistandspflicht) betroffen sind, so erweitert, dass Gebiete, die von Russland besetzt sind, vorübergehend nicht darunter fallen (Rötzer 2018).

¹⁶ MAP: Membership Action Plan als Vorstufe zur Vollmitgliedschaft in der NATO.

Realpolitisch gesehen kann man diesen Trick nur als juridisches Denkmodell sehen. Auch der russische Premierminister Medwedjew hat diese Variante der Umgehung Russlands vorausgesehen und in einem Interview mit der Zeitung ‚Kommersant‘ im August 2018 anlässlich des zehnten Jahrestages des Fünftage-Kriegs mit Georgien eine klare Absage erteilt. Der Eintritt Georgiens in die NATO, selbst ohne Abchasien und Südossetien, wäre eine Bedrohung des Friedens und könnte einen schweren Konflikt hervorrufen, betont Medwedjew:

Если Грузия вступит в НАТО, даже без Абхазии и Южной Осетии, «это, несомненно, может привести к потенциальному конфликту, поскольку для нас Абхазия и Южная Осетия — независимые государства, с которыми мы поддерживаем дружественные отношения, и на чьей территории находятся наши военные базы. И мы осознаем, что если другая страна рассматривает их как свою территорию, то это может привести к очень тяжелым последствиям (Bonet 2018).¹⁷

Im August 2015 wurde das NATO-Georgian Joint Training and Evaluation Center im Krtsanisi National Training Center nahe der Hauptstadt Tbilisi errichtet. Es dient der Ausbildung von Truppen aus NATO-Mitgliedstaaten und Partnerländern.

Seit 2015 stellt Georgien eine Kompanie mit 130 Soldaten für die NATO Response Force, die von den USA finanziert wird (Csitkovits 2017: 15).

Derzeit sind permanent 170 Mitarbeiter aus NATO-Staaten in Georgien tätig (Stöber 2018).

Im August 2018 fand das NATO-Manöver „Noble Partner“ statt, das seit 2015 bereits zum vierten Mal durchgeführt wurde und das Ziel hat, die georgischen Streitkräfte systematisch an die Standards der NATO heranzuführen. German Foreign Policy weist in seinem Beitrag „Kriegsspiele im Kaukasus“ darauf hin, dass ein Bundeswehrprofessor warnte: „Niemand in der NATO will für Tiflis sterben“ (Rupp 2018). Ein weiterer Hinweis dafür, dass eine Mitgliedschaft Georgiens in der NATO und damit verbunden die Beistandspflicht im Bündnisfall noch weit entfernt sind.

¹⁷ Übersetzung durch den Autor: „Wenn Georgien der NATO beitrifft, selbst ohne Abchasien und Südossetien, dann kann das zweifelsohne zu einem potenziellen Konflikt führen, da Abchasien und Südossetien für uns unabhängige Staaten sind mit denen wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten und auf deren Territorien sich unsere Militärbasen befinden und wir bekräftigen, dass im Falle, dass ein anderes Land diese als sein Gebiet ansieht, es zu sehr schweren Folgen kommen kann“.

Rupp zitiert weiters einen Auszug aus German Foreign Policy, der die NATO-Strategien in Ost- und Südosteuropa zusammenfasst.

Die 'European Reassurance Initiative' ERI (ERI; zu Deutsch: 'Europäische Rückversicherungsinitiative') vom Juni 2014, im Rahmen derer US-Einheiten im Osten sowie im Südosten des europäischen Kontinents in rotierenden Einsätzen stehen, wobei sie gemeinsam mit einheimischen Streitkräften im Rahmen von 'Operation Atlantic Resolve' (Operation Atlantische Entschlossenheit) für künftige Kriege gegen Russland üben, wurde in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgeweitet. Derweil wurde die ERI in 'European Deterrence Initiative' (EDI; 'Europäische Abschreckungsinitiative') umbenannt (Rupp 2018).

3.6 Militäretat, Rüstungsindustrie und Aussichten (Georgien)

Der Verteidigungshaushalt ist zwischen 2003 und 2007 von 18 Mill. Dollar auf 900 Mill. Dollar gestiegen

Washington investierte noch unter Präsident Bush zwischen 2002 und 2004 ca. 64 Millionen Dollar in Ausbildung und Ausrüstung georgischer Einheiten unter dem Titel "Global war on Terror".

2007 steigerten sich die Ausgaben auf 22% des Staatshaushaltes bzw. 8,8% des Bruttosozialprodukts auf mehr als 2,7 Milliarden US-Dollar. Georgien war 2007/2008 mit rund 8% Militärbudget des BIP eines der militarisiertesten Länder der Welt. Nach dem 5-Tage Krieg kam es 2012 zu einem demokratischen Machtwechsel und in der Folge wurden die Militärausgaben drastisch gekürzt. Die neue Regierung, die Saakaschwili 2012 ablöste, kürzte die Ausgaben für das Jahr 2013 auf 400 Mill. Dollar, was noch immer 2,7% des BIP bedeutet. 2014 machte es 2,1% des BIP aus. Das Militärbudget für 2016 und 2017 betrug ca. 300 Mill. Dollar (Barabanov u. a. 2018: 82ff.).

Globalfirepower (2019) sieht 2019 Georgiens Armee in seinem Ranking auf Platz 85 von 137 beurteilten Ländern. Österreich liegt im Vergleich dazu auf Platz 57.

Seit 2009 betreibt Georgien eine eigene Rüstungsindustrie, die vorerst geheim blieb, aber nach der Präsentation des Mannschaftstransportwagen Didgori (2010) bekannt wurde. Der praktisch einzige Waffenproduzent in Georgien ist die Firma STC Delta. Seit 2010 wird an 120 unterschiedlichen Objekten wie gepanzerten Fahrzeugen, Schützenpanzern, Artilleriesystemen, aber auch ballistischen

Schutzwesten, Scharfschützengewehren und Ähnlichem gearbeitet (siehe Firmenhomepage und Berichte in Georgia today).

„The modern Georgian military is primarily arranged for a defensive war and is stocked with both local and foreign goods “(Globalfirepower 2015).

Das postsowjetische Georgien ist geprägt durch den Kampf um Unabhängigkeit unter Beibehaltung seiner territorialen Integrität. Abchasien und Südossetien wollten aber keineswegs im Staatsverband Georgiens bleiben, sondern strebten ihrerseits eine autonome Lösung unter der Schutzherrschaft Russlands an. Dieses Spannungsfeld führte letztendlich zu den dramatischen Ereignissen im August 2008. Georgien erwies sich militärisch nicht gewachsen, einer Konfrontation mit seinen Nachbarn, sofern sie von Russland unterstützt werden, stand zu halten.

Derzeit sind mehr als 20% des georgischen Territoriums von Russland okkupiert. Die Okkupationslinie wird immer wieder ins Innere Georgiens verschoben (vgl.Sarjveladze 2017:2).

Im Inneren des Landes gelang es, Korruption zu bekämpfen und weitgehend stabile Verhältnisse zu schaffen, die Voraussetzung für eine sicherheitspolitische Neuorientierung bilden. Georgien kann nur durch eine Einbindung in Sicherheitsbündnisse eine Bedrohung seines Territoriums abwehren. Die Stärke der regulären Streitkräfte beträgt derzeit 20 650 Mann. Dagegen verfügen Aserbaidschan über 67 000 und Armenien über 45 000 Mann (Halbach 2018: 2).

Die militärische Stärke ist gering und die Seestreitkräfte wurden nach dem verlorenen Krieg überhaupt aufgelassen. Mittlerweile verfügt Georgien wieder über neun Kriegsschiffe inkl. Hubschrauberträgerschiffe. “Total naval strength includes all known auxiliaries as well“ (Globalfirepower 2019). Die Mitgliedschaft in der NATO wird seit Jahren angestrebt, aber von Russland bis heute als ausgeschlossen betrachtet. Moskau sieht das Gebiet als seine Interessenssphäre und wird einen NATO-Vorposten in unmittelbarer Nähe nicht zulassen.

Für Georgien wird es wichtig sein, den demokratischen Prozess, der durch den friedlichen Übergang der Macht von der Regierung zu Opposition durch freie und von Wahlbeobachtern als korrekt durchgeführte Wahlen eingeleitet wurde, weiter

voranzutreiben. Derzeit ist die Stabilität im Inneren noch durch die Kriminalisierung und Inhaftierung oppositioneller Kräfte gefährdet.

Freedom House anerkennt die demokratischen Veränderungen nach dem Regierungswechsel 2012/13, sieht aber dennoch einen Stagnationsprozess in den letzten Jahren und kritisiert vor allem den Einfluss der Oligarchen:“ Oligarchic actors hold outsized influence over policy and political choices, and the rule of law continues to be stymied by political interests“ (Freedom House 2019).

Militärische Kooperationen mit der NATO und einzelnen Ländern im Speziellen, wie z.B. der Türkei sind noch kein Garant für Sicherheit nach außen. Auch der Abchasien-Südossetienkonflikt schwelt noch weiter, obwohl beide Gebiete realpolitisch für Georgien endgültig verloren sind.

Die NATO und die EU scheinen noch länger nicht bereit, Georgien politisch und militärisch einzugliedern, zu sehr droht eine unberechenbare Reaktion Russlands, vor allem nach der noch nicht überwundenen und von der NATO unterstützten Unabhängigkeitserklärung des Kosovo. Verschärft wurde die Situation durch die Annexion der Krim und der erst kürzlich verlängerten Sanktionen der EU Russland gegenüber.

Infolge der Annexion der Krim und des bewaffneten Konflikts im Osten der Ukraine veränderten sich die Beziehungen zwischen Georgien und der NATO. Beim NATO-Gipfel im September 2014 wurde das ‚*Substantial NATO-Georgia Package*‘ SNGP angenommen, das Georgien neue Waffenanschaffungen ermöglichte, die früher mit einem Embargo belegt waren (Makienko 2018: 83ff.).

In diesem Package wurden weiters 13 Kernbereiche festgelegt, für die ‚Kurator-Staaten‘ bestimmt wurden, die auf taktischer, operativer und strategischer Ebene ihre Weiterentwicklung unterstützen sollten.

Konkrete Projekte umfassten:

- Die Erneuerung der Mittel der PWO (Kurator-Frankreich)
- Die Schaffung eines neuen Lehrzentrums JTEC (Kurator-Norwegen)
- Die Schaffung einer logistischen Basis der NATO mit dem Ziel der Erleichterung einer schnellen Entfaltung der Streitkräfte der Allianz im Lande (Kurator-USA)
- Die Entwicklung der Kräfte für Spezialoperationen (Kurator-Polen) und andere Projekte

Durch diese Projekte verstärkte sich die Zusammenarbeit mit der NATO entscheidend (Barabanov u. a. 2018: 84).

2015 verstärkte sich die türkische Präsenz im Südkaukasus. Türkische, georgische und aserbaidische Militäreinheiten führten von 31. Mai bis 10. Juni 2015 gemeinsame Manöver in der Osttürkei durch. Georgien begann seit 2012 an diesen Manövern teilzunehmen und 2014 unterzeichneten die drei Verteidigungsminister ein Abkommen über verstärkte gemeinsame Militärübungen. Sie dienen nicht nur der Interoperabilität, sondern auch dem Schutz der Pipelinestrecken, die Aserbaidschan über Georgien mit der Türkei verbinden. Neuere Entwicklungen in der Türkei (Putschversuch gegen Erdogan 15. 7. 2016) tragen zur Sicherheitskrise in der Region bei. Die NATO bringt bereits Atomwaffen vor dem Zugriff des Partners Türkei in Sicherheit.

Daneben führten die USA und Georgien im Mai 2018 eine zweiwöchige Militärübung, an der 600 Soldaten teilnahmen, in Georgien durch.

3.7 Georgien und Russland

Georgien wurde seit jeher dem russischen Einflussbereich zugeordnet. So waren seine Bestrebungen, 1918 in den Völkerbund aufgenommen zu werden, ebenso vergeblich wie die Bemühungen um einen NATO-Beitritt ab 1991.

Am 7. Mai 1920, als Armenien und Aserbaidschan bereits sowjetisiert waren, unterzeichnete Georgien mit Sowjetrußland den Moskauer Vertrag, in dem Georgien als unabhängiger Staat anerkannt wurde. Schon im Februar 1921 besetzte die Rote Armee Tiflis und proklamierte die Sozialistische Sowjetrepublik Georgien. Das Verhältnis Georgiens zu Moskau war auch in Sowjetzeiten nicht unkompliziert und vor allem in Armeekreisen bestand bei russischen Offizieren immer ein großes Misstrauen gegenüber nicht-slawischen Offizieren. Zudem wurde Schewardnadse bei russischen Generälen als „Verräter der Sowjetunion“ (Hunter 1994: 45) gesehen. Umgekehrt war auch, nicht zuletzt historisch bedingt, ein stetes Misstrauen auf der Seite Georgiens.

Einen negativen Höhepunkt erreichte die Beziehung der beiden Länder 2008. Erst nach der Machtübernahme durch das Bündnis „Georgischer Traum“ 2012/2013 wurde die Neuordnung der Beziehungen zu Russland ein wichtiges

außenpolitisches Ziel. Es folgten regelmäßige Gespräche hochrangiger Diplomaten, wobei es um wirtschaftliche, humanitäre und kulturelle Fragen ging. In der Folge nahm auch der Handelsumfang wieder zu.

Trotz des eingefrorenen Konflikts, bei dem Russland als Okkupant gesehen wird, haben sich die wirtschaftlichen Beziehungen Georgiens zu Russland weiterentwickelt. 2018 betragen sie 11% des gesamten Außenhandels und Russland bleibt zweitgrößter Außenhandelspartner Georgiens. Laut georgischer Statistik 2018 betrug der Umsatz 200 Millionen Dollar. Auch die Visabeschränkungen wurden nach dem Wahlsieg von Georgij Margwelaschwili bei den Präsidentschaftswahlen 2013 aufgehoben und der Tourismus wieder angekurbelt. Eine Million russischer Touristen besuchten Georgien 2018. Auch der informelle Dialog zwischen Vertretern der Außenministerien geht weiter. Weiters hat Georgien einen Vertrag mit Gazprom über den Gastransit nach Armenien abgeschlossen (Turimm.com 2019).

Verschlechtert haben sich die Beziehungen zu Russland nach Massenprotesten in der Nacht zum 20. Juni 2019 gegen einen Auftritt russischer Duma-Abgeordneter im georgischen Parlament, die an einer ‚interparlamentarischen Versammlung der Orthodoxie‘ im Plenarsaal des Parlaments teilnehmen wollten. Aufgrund der russlandfeindlichen Demonstrationen hat Putin in der Folge den Flugverkehr zwischen beiden Ländern einstellen lassen.

Politische Gespräche über den Status von Südossetien und Abchasien wurden ausgeklammert, da sie unter der Schirmherrschaft der OSZE geführt werden und Russland Abchasien und Südossetien als unabhängige Staaten sieht, mit denen es zudem 2014 (Abchasien) und 2015 (Südossetien) umfassende Bündnisverträge abgeschlossen hat. Informelle Gespräche finden vor allem in letzter Zeit statt. Von russischer Seite wird auch die zunehmende Westorientierung Georgiens mit Sorge gesehen. Georgien unterzeichnete 2014 ein Assoziierungsabkommen mit der EU und versucht mit allen Mitteln seine NATO-Mitgliedschaft zu erreichen. Daneben gibt es eine georgische innerstaatliche kontroverse Diskussion über die Beziehungen zu Russland, wo auch ein (eher unwahrscheinlicher) Beitritt zur Eurasischen Union nicht ausgeschlossen wird. Die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Russland kommt für Georgien nicht in Frage, solange sich russische Truppen auf georgischem Staatsgebiet (Abchasien-Südossetien) befinden.

3.8 Militärische Reformen 2016 und Aussichten (Georgien)

2016 erfolgte eine massive Reduzierung der Mannschaftsstärke der Streitkräfte von 37 000 auf 34 900 Mann (vgl. Lawrow 2018: 84ff.) Für ältere Offiziere wurde das maximale Dienstalder herabgesetzt: bei Obersten auf 55 Jahre, Oberstleutnante und Majore bis 50 Jahre, Hauptmann bis 45 Jahre, um jüngeren, im Ausland ausgebildeten und nicht in sowjetischen Strukturen groß gewordenen Offizieren Platz zu machen. Die Wehrpflicht wurde von 15 auf 12 Monate verkürzt. Allerdings betrifft das nur 10-20% der Armeeangehörigen. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass man sich vom Wehrdienst freikaufen kann. Weiters wurden im Sommer 2016 die Luftstreitkräfte und die Luftabwehr unter ein einheitliches Kommando gestellt.

A. W. Lawrow, Mitarbeiter des Moskauer Carnegie-Centers, äußert sich in seinem Beitrag zu ‚V ozidanii buri‘ sehr skeptisch über die derzeitige Kampfkraft der georgischen Armee. So sollen die für die georgische Luftwaffe so wichtigen Kampfflugzeuge bei weitem nicht ihre volle Stärke erreicht haben. Weiters sollen auch die verbliebenen SU-25 verkauft werden. Große Fortschritte sieht er dagegen bei der Anpassung an NATO-Standards und beim Ausbildungsstand des Personals nach jahrelanger Zusammenarbeit mit NATO-Verbänden (vgl. ebd.: 96).

Georgien ist aufgrund seiner geographischen Lage ein strategisch äußerst wichtiges Land, in dem sich die Interessen der NATO, EU, China oder Russland, aber auch des Iran kreuzen. Drei wichtige Öl- und Gaspipelines (BTC, Baku-Supsa-Shah-Deniz-Pipelines) laufen durch Georgien und transportieren Gas und Öl nach Westen. Alternative Transportkorridore für Öl und Gas aus der kaspischen Region unter Umgehung Russlands und des Iran sind für den Westen von großer Bedeutung und werden auch von den USA unterstützt. Durch den Ausbau des Tiefseehafens Anaklia macht Georgien einen bedeutenden Schritt in Richtung transeurasischer Handelskorridor, der über das Eisenbahnnetz Baku-Tbilisi-Kars führt. Dies ist auch für China interessant, da es damit die Route über Moskau nach Europa umgehen kann.

Das Spannungsfeld im Südkaukasus dreht sich um Aserbaidschan, das die Türkei als „Brudervolk“ ansieht und als Energielieferanten stärker einbinden will, über Georgien auf der einen Seite und Moskau, Armenien, Abchasien und Ossetien auf der anderen Seite.

Eine Einbettung in ein Sicherheitssystem wäre auch für die politische Stabilität der jungen Demokratie wichtig, die vor allem in letzter Zeit oft rechtsstaatliche Normen westlicher Demokratien vermissen lässt. Ein Rückfall zu früheren Regierungsformen wäre fatal und würde das Land wieder destabilisieren. Eine innerstaatliche Konsolidierung und die Verfestigung demokratischer Werte sind nach wie vor offen.

4 Die Transformation der russischen Streitkräfte und Änderung der Sicherheitspolitik

4.1 Analyse des Zustandes der russischen Streitkräfte nach dem Georgienkrieg (2008) und erste Reformen

Die Erfahrungen im Georgienkrieg zeigten, dass die russische Armee in Stärke, Struktur und Ausrüstung mit veralteter Technik nicht mehr zeitgemäß war und den veränderten Ansprüchen einer modernen Armee nicht gerecht wurde. Vor allem die Mobilität der viel zu großen Verbände war unbefriedigend. Auch die Befehlsketten waren zu lang und erschwerten einen raschen Einsatz bei regionalen Konflikten. Verteidigungsminister Anatoli Serdjukow¹⁸ erkannte, dass es einer Einsatzarmee mit kleinen, beweglichen Verbänden bedurfte, die sich in lokalen und regionalen Konflikten schnell einsetzen ließen. Wurde unter Präsident Jelzin noch auf eine Armee von Wehrpflichtigen gesetzt und im Grunde die sowjetische Strategie beibehalten, so sah man beim Georgienkrieg, dass diese Strukturen für die veränderten Herausforderungen zu schwerfällig und ineffektiv waren. Zudem waren die Truppenteile schlecht ausgebildet und mit veraltetem Gerät ausgerüstet. Die Gefechtsbereitschaft und Ausbildung wurden nach der Reduktion des Personalstandes stark vernachlässigt und zwischen 1992 bis 2012 wurden keine Alarmüberprüfungen mehr durchgeführt. Im Jahr 2000 waren über ein Drittel der wichtigsten Waffensysteme und der militärischen Ausrüstung, bei Kampfflugzeugen und Panzern weniger als die Hälfte und bei Hubschraubern sogar etwa 80 Prozent nicht einsatzfähig (vgl. Sputnik Deutschland 2015). Russland begann daher ab 2008 eine umfassende Militärreform, die sowohl die außenpolitischen und militärischen Veränderungen als auch die neuen Herausforderungen, wie z.B. kosmische Bedrohungen berücksichtigen sollte. Dabei sollten nicht nur die militärischen, sondern auch die ökonomischen und politischen Interessen Russlands geschützt werden.

Die Armee musste verkleinert, aber auch umstrukturiert werden. So wurde der Personalstand von 3,2 Mill. auf 1-1,2 Mill. verringert. Der Offiziersstand wurde von

¹⁸ Serdjukow, Anatoli E.: russischer Verteidigungsminister ab 2007. 2012 von Putin nach einem Korruptionsskandal entlassen und durch Sergej Schoigu ersetzt.

350 000 auf 115 000 reduziert, wobei man berücksichtigen muss, dass durch die veränderten Bedingungen die Attraktivität dieses Berufes stark abgenommen hat und vor allem auch jüngere Offiziere die Armee verlassen haben, um in der freien Wirtschaft bessere ökonomische Bedingungen zu suchen.

Weiters wurden die alten Militärbezirke abgeschafft und vier neue Militärbezirke gebildet. Die viel zu großen Divisionen und Regimenter in den Landstreitkräften wurden in Brigaden umgegliedert. Erst nach der verschärften Konfrontation mit der NATO ab 2014 wurden ab 2016 wieder Panzerdivisionen an der Westgrenze eingesetzt.

Eine bedeutende Stärkung hat die Schwarzmeerflotte erfahren. In Oчамchire (Abchasien) wurde eine Flottenbasis geschaffen und zudem schließt die Küstenlinie nun Abchasien ein. Sewastopol ist in Folge der Annexion der Krim (2014) jetzt auch eine rein russische Flottenbasis. Russland besitzt jetzt mit zusätzlich Noworossiisk drei maritime Basen sowie weitere Nutzungsmöglichkeiten in Suchumi und hat damit seine Präsenz im Schwarzen Meer entscheidend verstärkt. Kuczynski sieht darin eine „Mare Nostrum Strategy“. Durch die Annexion der Krim und die Verstärkung der Schwarzmeerflotte hat Russland wieder die Vorherrschaft im Schwarzen Meer erlangt, die es 1991 verloren hatte (vgl. Kuczynski 2019)¹⁹: „The black Sea Fleet’s firepower doubled in the period from 2014 to 2017“ (ebd.). Alle in dieser Zeit neu hinzugekommenen Schiffe sind mit ‚long-range cruise missiles‘ ausgestattet und bedeuten für die NATO eine entsprechende Bedrohung.

In der Folge kommt es zu einer zunehmenden Militarisierung des Schwarzen Meeres, da es nicht nur für Russland, sondern auch für die NATO von großer Bedeutung ist, wie NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg bei seinem Besuch in Georgien im März 2019 betonte (Ukrinform 2019).

4.2 Die russischen Militärdoktrinen 2010 und 2014

Die Militärdoktrin 2010 unterscheidet zwischen militärischen Gefahren und Bedrohungen, wobei der Unterschied zwischen diesen zwei Kategorien die Bedrohungsstufe darstellt. Von Gefahren gehen potenzielle Sicherheitsrisiken aus, wogegen Bedrohungen reale Konflikte sind wie zum Beispiel der Terrorismus.

¹⁹ Kuczynski, Grzegorz: Director of Eurasia Program, Warsaw Institute.

Die neue Militärdoktrin (2014) unterscheidet erstmals zwischen äußeren und inneren Risiken. Die Unterscheidung zwischen Gefahren und Bedrohungen aus der Militärdoktrin 2010 wurde beibehalten, allerdings werden jetzt die Gefahren zuerst genannt und zunächst die äußeren Gefahren beschrieben.

Unter den äußeren Gefahren wird an 1. Stelle nach wie vor die NATO gesehen, wobei vor allem die Osterweiterung und die Annäherung der militärischen Infrastruktur an die Grenze der Russischen Föderation als größte Gefahr gesehen wird. Russland beobachtet genau die Bemühungen der Ukraine und Georgiens, eine Nato-Mitgliedschaft zu erreichen, die durch eine erfolgreiche Destabilisierung beider Länder (Annexion der Krim 2014 und Abspaltungstendenzen der Ostukraine sowie Georgienkrieg 2008 und Anerkennung von Ossetien und Abchasien) vorerst außer Reichweite ist.

Die neue Militärdoktrin führt auch die sogenannte „Putin-Doktrin“ ein, wonach in an Russland angrenzenden Staaten eine Politik, „welche die Interessen der Russischen Föderation bedroht“, als äußere militärische Bedrohung gesehen wird (Schneider 2015: 4). Die russische Militärdoktrin vom 5. Februar 2010 erleichtert Einsätze russischer Streitkräfte im Ausland, um Rechte von Bürgern der Russischen Föderation in ausländischen Staaten zu schützen (tagesschau 2014). Damit hat Russland auch die rechtlich gedeckte Möglichkeit im Ausland militärisch seine Interessen zu verteidigen.

4.3 Die russische Sicherheitsstrategie von 2015

Die russische Sicherheitsstrategie definiert Russlands nationale Interessen und strategische Ziele. Sie ersetzt die von Präsident Medwedjew 2009 unterzeichnete Neue Sicherheitsstrategie und gilt bis 2020. Schwerpunkte sind der Kampf gegen Terrorismus und Extremismus, sowie die Aufgabe, den Status als eine der führenden Weltmächte zu sichern und zu festigen. Eine neue Dimension ist die Aufrechterhaltung der nuklearen Abschreckung. Als Schwerpunkt der russischen Außenpolitik wird die Entwicklung der Beziehungen zu den GUS-Staaten, Abchasien und Südossetien bezeichnet. Die Beziehungen zu China sieht Russland darin als einen „Schlüsselfaktor bei der Aufrechterhaltung der globalen und regionalen Stabilität“ (Punkt 93). Auch Indien wird als privilegierter strategischer Partner gesehen (Punkt 94).

Erstmals wird die Expansion der NATO als ‚Gefahr für die nationale Sicherheit der Russischen Föderation‘ explizit genannt. Farbige Revolutionen, die vom Westen unterstützte Machtwechsel verursachten (Serbien, Georgien, Ukraine) werden als Sicherheitsrisiko gesehen (vgl. Ukaz prezidenta RF, 2015). Die NSS 2015 spricht auch von einem Netzwerk biologisch-militärischer Labore, das von den USA betrieben wird und sich auf dem Gebiet der Nachbarstaaten Russlands (z. B. in Georgien) befindet (RT 2016).

5 Militärdoktrinen und Sicherheitskonzepte im Südkaukasus

5.1 Die aserbaidsschanische Militärdoktrin, Bündnisse und militärische Gliederung

Die aserbaidsschanische Militärdoktrin, die 2010 angenommen wurde, betont die Unabhängigkeit Aserbaidsschans von jeglichem militärischen Block. Sie geht auf Bedrohungen ein, erwähnt namentlich aber ausschließlich Armenien und die andauernde Besetzung aserbaidsschanischen Gebietes. Sie betont das Recht, das Staatsgebiet mit allen Mitteln zu befreien „using all necessary means, including force, to liberate the territory“ (Goble 2010). Armenien wird namentlich als Feindstaat genannt, erwähnt aber keine Verbündeten, wie z.B. die Türkei. Damit verschafft sich Baku einen größeren außenpolitischen Spielraum und eröffnet auch diverse Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei NATO-Projekten, wie in der Parlamentsdebatte vor der Annahme erörtert wurde. Dabei sprach die Abgeordnete Ganira Pashayeva auch die militärische Stärke an „in the military doctrine are obvious the ever-growing authority and might of Azerbaijan“ (Karabakh.org 2010) und die damit verbundenen Möglichkeiten der Befreiung der durch Armenien besetzten Gebiete (ebd.).

Prinzipiell hat Aserbaidsschan nie die Absicht geäußert der NATO beizutreten, da es sich schon aufgrund seiner geografischen Lage der Gefahr einer einseitigen westlichen Orientierung bewusst war. Es wurde 2011 Mitglied der Organisation der Bewegung der Blockfreiheit, um die Gefahr von Seiten Russlands und des Iran gering zu halten. Mit der Türkei wurde 2010 ein strategischer Partnerschaftsvertrag abgeschlossen, der gegenseitige Hilfe im Falle einer militärischen Aggression durch einen Drittstaat miteinschließt, aber nicht einem vollwertigen militärischen Bündnis entspricht (vgl. Ljamin 2018: 14ff.).

Die Türkei unterstützte Aserbaidsschan ab den 90er Jahren beim Aufbau einer professionellen Offiziersausbildung bis zur Einrichtung eines militärischen Ausbildungszentrums 2001.

2008 wurde ein Vertrag über den Aufbau einer Luftwaffenausbildung nach türkischem Muster abgeschlossen.

2015 wurden die einzelnen Ausbildungsstätten zu einem Komplex zusammengeführt, in dem Landstreitkräfte, Luftstreitkräfte, die Marine und die Luftabwehr ihre

Offiziersausbildung durchführen. Zusätzlich werden Ausbildungen im Ausland besucht, vorwiegend in der Türkei, aber auch in anderen NATO-Staaten und sogar in Russland.

Die neue Militärdoktrin erlaubt auch “the temporary accommodation of foreign military bases” in Aserbaidtschan under international accords and in the case of radical changes in Azerbaijan’s military-political situation” (Global Research, 2010).

Die Landstreitkräfte bilden den Hauptteil der aserbaidtschanischen Armee und sind in fünf Einheiten aufgegliedert. Vier davon im aserbaidtschanischen Kerngebiet und eine Einheit disloziert in der Nachitschewanskischen autonomen Republik. Von den vier Einheiten sind drei an der Frontlinie zu Armenien und Berg-Karabach eingesetzt. Einzig der vierte Armeekorpus ist nicht unmittelbar im Grenzgebiet zu Armenien bzw. Berg-Karabach eingesetzt, sondern dient dem Schutz der Hauptstadt bzw. der Schwarzmeerküste (Ljamin 2018: 33f.) Dieser massive Militäreinsatz im armenischen Grenzbereich stellt ein gewaltiges Bedrohungspotential dar. Besonders kampfstark scheinen dabei drei Brigaden, die in Nagornij-Karabach den armenischen Einheiten gegenüberstehen. Es handelt sich dabei um eine Raketen- und eine Artilleriebrigade sowie eine Speznas-Brigade, die unmittelbar dem Zentralkommando unterstellt sind (Makienko 2018: 19). Interessant sind die zahlreichen Waffenankäufe in verschiedenen Ländern (Türkei, Israel, Russland).

5.2 Armenien: National Security Strategy und Military Doctrine

Armenien war auf einen ‚balanced foreign policy approach‘ bedacht, der aber aufgrund der ständigen Konfliktsituation mit Aserbaidtschan zu einer ständigen Vertiefung der Beziehungen zu seinem strategischen Partner Russland führte. Obwohl es Mitglied der CSTO ist und eine russische Militärbasis hat, kooperiert es weiter mit den USA und der NATO im DIB-Prozess.

In der Military doctrine von 2007 definiert Armenien ‘The priority directions for military and military-technical cooperation are the following’:

- 1) the strategic partnership with the Russian Federation. The Republic of Armenia establishes permanently acting combined forces with the Russian Federation, such as joint formation of troops (Forces) of the Armed Forces of the Republic of Armenia and the Russian Federation;

2) active and practical participation in the programs of the Collective Security Treaty Organization (CSTO) such as:

3) a) elaboration of the main direction of military policy; b) development of a collective security system based on a regional principle; c) improvement of the air defence systems of the CIS and CSTO; d) military-technical cooperation e) development of military infrastructures; f) preparation of military personnel and military science; g) fight against international terrorism and other international crimes; h) bilateral cooperation with the member states of the CSTO.

Weiters wird die Kooperation mit den USA und der NATO angesprochen (Punkt 4 und 5) (vgl. Armenia 2007: 12ff.).

5.3 Sicherheitsprojekte im Südkaukasus

„The Partnership Action Plan on Defence Institution Building (PAP-DIB)“ erörtert seit April 2004 gemeinsame Sichtweisen von EAPC/PfP bzgl. moderner und verantwortungsvoller Verteidigungseinrichtungen (vgl. Labarre/Niculescu 2017: 19ff.).

„The Defence and Related Security Capacity Building (DCB) Initiative“ hilft seit September 2014 Partnern aus der Euro-Atlantic-Area ihre eigenen Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten zu steigern. Sie unterstützt Nationen, die Unterstützung der Steigerung ihrer Verteidigungsmöglichkeiten suchen.

„The Defence Education Enhancement Program (DEEP)“ zielt darauf ab, durch eine Professionalisierung des Offizierskorps und ziviler „defence officials“ internationale Sicherheit zu stärken (ebd.: 9).

5.3.1 Defence Institution Building (DIB) als Chance für Stabilität im Südkaukasus?

DIB ist Teil der Security Sector Reform, die selbst wesentlich weitergeht. Die Bezeichnung DIB wurde erstmals 2010 in amerikanischen Verteidigungsdokumenten verwendet und bezeichnete eine Reihe von „security cooperation und security assistance projects“, die damals aktuell waren (Labarre/Niculescu 2017: 20). Die wichtigsten Zielsetzungen von DIB-Initiativen sind nach amerikanischen Dokumenten:

- Promoting the establishment of defence institutions that are effective, accountable, transparent, and responsive to national political systems.
- Furthering good governance, oversight of security forces, respect for human rights, the rule of law, and International Humanitarian Law.
- Preventing or mitigating instability, conflict, corruption, authoritarianism, and other systemic risks to effective security-sector management.
- Enhancing partner capacity by contributing to a partner nation's ability to organize and oversee its defence institutions to meet its security needs and increasing partner nation responsibility for their own security needs and ability to contribute to regional and international security and stability.
- Improving the sustainability and impact of security cooperation measures.
- Improving bilateral defence relations and understanding between the U.S. and partner nations' defence institutions and armed forces.²⁰ (Nation 2017: 21).

Die NATO entwickelte einen „Partnership Action Plan on Defence Institution Building“, der bei den Partnerländern auf eine Reform und Restrukturierung ihrer Verteidigungsinstitutionen hinzielt, die sowohl eigenen Bedürfnissen als auch internationalen Verpflichtungen standhalten.

Security Sector Reform selbst versucht Sicherheit und Sicherheitsinstitutionen durch Kontrolle von Zivilisten in Übereinstimmung mit Menschenrechten gesetzeskonform zu verbessern. 2007 haben die Vereinten Nationen die Inter-Agency Sector Reform Task Force (IASSRTF) eingerichtet, um einen eigenen Zugang „*to develop and promote an integrated, holistic and coherent United Nations approach to SSR*“ zu haben und weiter zu entwickeln (IASSRTF 2019).

Die Südkaukasusländer sind seit über 20 Jahren in SSR-Programme eingebunden. Dennoch sind die Erfolge bescheiden und „*Comprehensive Security Sector Reform and Defence Institution Building remains unrealized*“ (ebd.: 23). Zudem versuchen die einzelnen Staaten durch „*balancing and wagoning*“ (vgl. Eder 2007) eigene Sicherheitssysteme zu etablieren.

²⁰ Summarized from Walter L. Perry et al., *Defence Institution Building: An Assessment*, Santa Monica, CA: RAND, 2016 (zit. nach Nation 2017).

Armenien's nationale Verteidigung wird durch Russland garantiert und es ist seit 2002 Mitglied der CSTO. Ein Militärpakt mit Russland wurde erst 2010 erneuert. Dennoch sucht Armenien auch die Nähe zur NATO und der frühere Präsident Sezh Sarsyan war erst im Februar 2017 im NATO-Hauptquartier, um mit Generalsekretär Jens Stoltenberg über aktuelle Sicherheits Herausforderungen zu beraten. Dabei unterstrich Stoltenberg Armeniens Rolle als Partner und dankte für die Teilnahme am „NATO Building Integrity Program to counter corruption in the armed forces“ sowie seiner Teilnahme an NATO-Operationen in Afghanistan und Kosovo (NATO 2017).

DIB und Verteidigungsmodernisierung stoßen im Südkaukasus an ihre Grenzen:

Firstly, unlike the East Europeans models, the South Caucasian States developed their security and defence capabilities to cope with conventional military threats from the neighbouring countries, not to contribute to multinational peace building and stability operations (Fluri/Cibutaró 2008 zit. nach Tanrisever 2017: 143).

Da der security sector in diesen Ländern aufgrund der nachbarlichen Bedrohungen einen großen Stellenwert einnimmt, stoßen die Länder auch auf finanzielle Grenzen, die sowohl von den Ressourcen (Erdölpreis für Aserbaidschan) oder Abhängigkeiten von größeren Ländern (Russland für Armenien) abhängig sind. Auch politische Akteure wechseln oder sind nicht klar auszumachen und andere Kontrollorgane wie Parlament oder NGO's können ihren Aufgaben, wie sie DIB einfordert, nur bedingt nachkommen. Ausbildungsprogramme sind sehr unterschiedlich und bringen derzeit erst in Georgien eine langsame Anpassung an NATO Standards. Majer sieht im Vergleich zu den Visegrád-Staaten (die mittlerweile auch eine demokratische Rückentwicklung erleben) im Südkaukasus noch einen langen Weg für eine konsolidierte DIB und Verteidigungsmodernisierung und sieht vor allem in den ethnischen Konflikten das Hauptproblem, das in den postkommunistischen Oststaaten nicht besteht:

[...] the persistence of unresolved ethno-territorial conflicts [...] seems to play a crucial role in the poor performance of the South Caucasus countries in adopting the DCAF's model of DIB and defence modernization (Majer 2013).

Für Baku wiederum hat Berg-Karabach weder ökonomische noch politische und soziale Ressourcen für eine unabhängige DIB. Effektive und effiziente Verteidigungsinstitutionen können mit einer männlichen Bevölkerungszahl (15 und mehr Jahre)

von knapp 50 000 nicht aufgebaut werden. Zudem wird von aserbaidjanischer Seite die Abhängigkeit von Armenien und Russland bemängelt (Alili 2017: 128ff.). DIB und defence modernization befinden sich noch auf einem niedrigen Niveau, verbunden mit den nachbarlichen Bedrohungen, der Verletzlichkeit durch die Großmacht Russland sowie die Ressourcenabhängigkeit, die sowohl für militärisches Gerät als auch für die Ausbildung von Militärs aber auch Zivilisten zum Monitoring des DIB-Prozesses nötig sind. Für Russland ist DIB eine Form westlicher Einmischung in die Unabhängigkeit eines Staates im Südkaukasus und damit in seine geostrategische Einflusssphäre. Russland hat Armenien als strategischen Partner, der in die CSTO und in die Eurasian Economic Union eingebunden ist. Dennoch versucht Armenien durch ‚balancing‘ am DIB teilzunehmen, vor allem in ‚Defence Education Systems Reforms‘.

The Adaptation of US National Defense University model into Armenia through establishment of the Institute for National Strategic Studies and then transforming it into Armenian National Defence Research University is one of the major achievements of Armenia’s defence institution building process (Poghosyan 2017: 78).

Defence Education System Reform zielt darauf hin, militärische und zivile Eliten auszubilden, die im System der Security Reform und DIB entscheidende Akteure waren: “[...] assisting partner nations to form a professional military and defence civilian elite through education and training” (Perry 2016:20, zit. nach Lysyckina 2017: 32).

Verschiedene Programme und Initiativen wie das NATO Defence Education Enhancement Programme (DEEP), der NATO Partnership Action Plan for DIB (PAP-DIB) oder das Building Integrity-Programm stoßen an ihre Grenzen, zumal Russland eigene Vorstellungen über ein postsowjetisches „defence institution building“ hat.

Derzeit sind die Erfolge von DIB in diesem geopolitischen Raum eher bescheiden und wir müssen zudem eine zunehmende Militarisierung feststellen und keine regionale Stabilisierung. Tarrisever sieht vor allem die institutionelle Schwäche einer demokratischen Kontrolle des Sicherheitssektors sowie die ‚centrality‘ von ‚security institutions‘ Verteidigungsinstitutionen im Südkaukasus aufzubauen. Er kommt zu folgendem Schluss:

The South Caucasian countries seem to have institutionalized their defence institutions and implemented their processes of DIB and defence modernization in a way that neglected the peace-building and democratization

components of the DIB and defence modernization processes (Tanrisever 2017: 139).

5.4 Das ‚National Security Concept of Georgia‘

Georgiens Sicherheitskonzept von 2012 ist eine Überarbeitung des Sicherheitskonzepts von 2008, das aufgrund des verlorenen Krieges von 2008 notwendig war. Schon die Einleitung zeigt, wo Georgien die Hauptbedrohung für seine Souveränität sieht:

The 2008 war demonstrated that the Russian Federation does not accept the sovereignty of Georgia, including Georgia’s choice of democracy and its independent domestic and foreign policy (Government of Georgia 2012: 3).

Ein weiterer Punkt ist der Integrationsprozess in Europa. Georgien sieht sich seit jeher als Teil Europas und sieht die NATO-Osterweiterung als wesentliche Zielsetzung: *„Therefore, the expansion eastward of NATO and of the European Union is important for Georgia“* (ebd.: 3).

Die Wiederherstellung der territorialen Integrität und der international anerkannten Grenzen ist ein weiterer wesentlicher Punkt, wobei auf Gewaltanwendung verzichtet wird:

Georgia is determined to use all available lawful and peaceful means to restore and maintain its territorial integrity and protect its internationally recognized borders (ebd.: 5).

Weiters wird die Diversifikation von Energiequellen und Transitrouten angesprochen, um Energiesicherheit zu gewährleisten.

Punkt 11 spricht die Integration und das Engagement aller ethnischen Gruppen an und garantiert dabei Bedingungen für den Schutz ihrer Identität und Kultur. Das ist insofern von Bedeutung, da es in Georgien vor allem zwei andere Volksgruppen die Armenier und die Aseris - gibt, die sich teilweise benachteiligt fühlen und für Unruhe sorgen.

Einen Hauptteil bildet der Abschnitt über Bedrohungen, Risiken und Herausforderungen, wo vor allem auf Russland und die 70-jährige „Sowjetokkupation“ eingegangen wird. Seit der Unabhängigkeit 1991 sieht sich Georgien mit von Russland unterstützten separatistischen Gruppen, die mit lokalen kriminellen Gruppen zusammenarbeiten, bedroht. Dies führte laut security concept in den Krieg 2008 sowie die damit verbundenen ethnischen Säuberungen durch Vertreibung von ungefähr 80% der Bevölkerung (laut georgischen Angaben) aus den besetzten Gebieten.

Russland wird auch vorgeworfen, auf den besetzten Gebieten Terroristen zu rekrutieren und auszubilden, die Georgiens Sicherheit auch in anderen Gebieten gefährdet. Georgien fürchtet auch einen ‚spillover‘ der Konflikte in den Nachbarländern und zitiert dabei Armenien und Aserbaidschan.

Eine zunehmende Bedeutung wird auch der ‚Cyberspace‘-Bedrohung eingeräumt. Als Priorität der nationalen Sicherheitspolitik wird die Beendigung der Okkupation und die Reintegration der dort lebenden Bevölkerung gesehen, wobei dies nur mit friedlichen Mitteln erfolgen soll. Georgien proklamiert dabei einen unilateralen Gewaltverzicht.

Auch die Zusammenarbeit mit den Völkern des Nordkavkasus ist für Georgien von besonderer Bedeutung.

Im Security Concept 2012 wird nicht nur auf die Verbesserung der Verteidigungskapazität, sondern erstmals auch auf die Bedeutung der Interoperabilität mit NATO-Einheiten hingewiesen.

Therefore, the increased interoperability of the Georgian Armed Forces with NATO remains the priority of Georgian defense reform. To strengthen its defensive capabilities, Georgia attaches significance to deepening bilateral cooperation and to the assistance provided by partner countries (ebd.: 15).

6 Armenien und Aserbaidtschan

Der ungelöste (eingefrorene) Berg-Karabach-Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidtschan ist die derzeit wohl größte sicherheitspolitische Gefahr im Südkaukasus. Auch aus russischer Sicht wird hier eine neuerliche größere Konfrontation erwartet. Wie weit Russland als Waffenlieferant für beide Länder, aber auch durch die Stationierung von eigenen militärischen Verbänden in Armenien eine Schlüsselrolle einnimmt, wird in dieser Arbeit erörtert.

Daneben gibt es aber auch positive Signale für eine Lösung des Konflikts. Im Dezember 2018 postete der aserbaidtschanische Präsident Aliyev: *“The Year 2019 will give a new impetus to the Armenia-Azerbaijan Nagorno-Karabakh conflict settlement process”* (Kucera 2019b).

Ein Treffen der Außenminister der beiden Staaten in Brüssel im Juli 2018 (im Rahmen der östlichen Partnerschaft der EU) gibt Hoffnung auf eine Deeskalation der gespannten Beziehungen der beiden Länder nach dem Regierungswechsel. Bei diesem Treffen kamen sie grundsätzlich überein, ihre Bevölkerung auf einen Frieden vorzubereiten und Möglichkeiten wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu diskutieren (vgl. ebd.).

Dennoch gibt es laufend Drohgebärden und Machtdemonstrationen, die zumeist militärische Manöver einschließen:

Am 20. Mai (2019) hatte eine großangelegte operativ-taktische Übung der aserbaidtschanischen Armee unter der Führung von Aserbaidtschans Verteidigungsminister Generaloberst Zakir Hasanov begonnen. Die Übungen werden voraussichtlich bis zum 24. Mai andauern. Nach Angaben des aserbaidtschanischen Verteidigungsministeriums sei das Hauptziel der Übungen, einen hypothetischen Angriff des Feindes in der Nacht abzuwehren, indem Gegenschläge auf die feindlichen Positionen in verschiedene Richtungen abgefeuert und eine Konter-Offensive der aserbaidtschanischen Truppen gestartet werden. Die Übungen umfassen mehr als 10.000 Militärangehörige, 150 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, bis zu 200 Raketen- und Artilleriegeschütze unterschiedlichen Kalibers, Mehrfachraketen-systeme, Mörser sowie bis zu 35 Flugzeuge und Hubschrauber (caucasuswatch 2019).

Aserbaidtschan nutzte die innenpolitischen Spannungen in Armenien zwischen Ministerpräsident Paschinjan und der Opposition, die er beschuldigte, einen Krieg mit Aserbaidtschan provozieren zu wollen. Der armenische Verteidigungsminister schloss ein solches Szenario zum gegebenen Zeitpunkt definitiv aus (vgl.: ebd.).

6.1 Der offene Konflikt um Berg-Karabach

Hier geht es um den historischen Konflikt zweier Volksgruppen, den Armeniern und den Aseris und deren Anspruch auf das Gebiet ‚Berg-Karabach‘, der 1990 zu einem Krieg führte. In der Folge kam es wiederholt zu gegenseitigen Massakern und kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen 1992-1994. Es kam zu einem Waffenstillstand, wobei ein Fünftel des aserbaidischen Staatsgebietes unter armenischer Kontrolle blieb. Gegenseitige Gebietsansprüche blieben aufrecht. Armenien hoffte auf Unterstützung durch Russland, Aserbaidschan erwartete sich diese von der Türkei und der NATO, der das Angebot einer Nutzung einer aserbaidischen Luftwaffenbasis gemacht wurde (spiegel-online 1999). Im Zuge des Kosovo-Konfliktes drohte Russland 2007 bereits mit einer Antwort auch in Berg-Karabach, falls seine Interessen in Kosovo nicht berücksichtigt werden sollten. Im April 2016 kam es wieder zu größeren militärischen Auseinandersetzungen zwischen Armenien und Aserbaidschan, den schwersten Gefechten seit dem Waffenstillstand 1994.

6.2 Der zweite Karabach-Krieg 2016

Diesen zweiten ‚Karabach-Krieg‘ im April 2016 gilt es genauer zu untersuchen, da er zukünftige Szenarien erahnen lässt, aber auch in seiner Dimension oft unterschätzt wird.

Nach dem Ende des 1. Karabach-Krieges und der Besetzung eines Fünftels des Staatsgebietes von Aserbaidschan 1988-1994 kam es nur vereinzelt zu Gefechten. Ab 2008 begann sich die Situation zu verschärfen, wobei die hohen Erdölpreise Aserbaidschan zu großen Einnahmen verhalfen, die teilweise in Waffeneinkäufe umgesetzt wurden. Im Sommer 2014 (19.- 24. Juni) führte die aserbaidische Armee umfangreiche Truppenübungen in der Nähe von Berg-Karabach durch, an denen 23 000 Soldaten, 120 Panzer bzw. gepanzerte Fahrzeuge, 180 RSZO (Raketensysteme) und 30 Flugzeuge teilnahmen (Toptschij 2018: 156).

Kurz zuvor gab es schon eine gemeinsame Übung von türkischen und aserbaidischen Truppen, an denen 5000 Soldaten beider Länder teilnahmen. Die Türkei ist nicht nur Verbündeter, sondern wird von vielen Aserbaidschanern als ‚Brudervolk‘ gesehen. Die Brisanz liegt zusätzlich darin, dass die Türkei dem Militärbündnis der NATO angehört. In der Nacht zum 31. Juli 2016 startete Baku einen

Angriff, zu einem Zeitpunkt, als die Weltöffentlichkeit ihr Augenmerk auf eine Operation Israels im Gazastreifen gerichtet hatte (vgl. Angriff Georgiens 2008 auf Südossetien während der Olympischen Sommerspiele in Beijing!). (vgl. Toptschij 2018: 156ff.). Armenien antwortete mit Artilleriefeuer und Luftangriffen und einem großen Truppenaufmarsch, wobei vor allem Panzer und Mortschützen herangeführt wurden. Nur durch eine massive diplomatische Initiative von Russland kam es bei einem Drei-Länder-Gipfel (Russland, Armenien, Aserbaidschan) in Sotschi am 10. August 2014 zu einer Einigung über eine Deeskalation des bedrohlichen Konflikts. Armenien hatte im Sommer und Herbst über 47 000 Mann in diesem Gebiet zusammengezogen, wodurch Aserbaidschan von einem massiveren Angriff Abstand nahm. Letztlich wirkte aber Russland massiv auf beide Seiten ein.

Die Massendemonstrationen im Mai/Juni 2015 in Jerewan und die friedliche Umwandlung eines semipräsidentiellen in ein parlamentarisches System und die damit verbundene kurzfristige innenpolitische Instabilität ermunterte Baku wieder zu einem möglichen Angriff auf Berg-Karabach. Massive Truppenübungen mit bis zu 65 000 aktiven Soldaten und 600 Reservisten und modernstem Kriegsgerät kamen im September 2015 zum Einsatz. Allerdings hatte Armenien bereits seine Handlungsfähigkeit (politische und militärische) wiedererlangt und Aserbaidschan verzichtete auf einen neuerlichen Angriff (ebd.: 157).

In diesem Falle wird es wohl ein Kalkül über die zu erwartenden Verluste gewesen sein, da vor allem die topographische Lage des Gebietes für einen Angreifer eine große Herausforderung stellt. Berg-Karabach befindet sich ähnlich wie die Golan-Höhen in Syrien auf einem Plateau, von dem aus jeder Aggressor eingesehen werden kann und daher mit starken Verlusten rechnen muss. Zum zweiten handelt es sich um einen sehr langen Grenzverlauf (175 km). Auch für die (sechs!) Beobachter der OSZE ist es schwierig, dieses große Gebiet zu überwachen.

Allgemein wird die armenische Armee, was Motivation und Organisation betrifft, höher eingestuft als das aserbaidchanische Militär. Die Bedrohungslage änderte sich für Aserbaidschan, als Russland im Februar 2016 Armenien einen Kredit von 200 Millionen Dollar zum Waffenkauf gewährte (Lenta.ru 2016). In Aserbaidschan dagegen wurde in den letzten Jahren aufgrund massiv sinkender Rohölpreise (von Juni 2014 bis Jänner 2015 von 32,3 auf 11,6 Dollar/Barrel) das Militärbudget gekürzt.

Von 2013/14 bis 2015 verringerte sich das Militärbudget Aserbaidischans von 3,7 Milliarden Dollar auf 1,7 Milliarden Dollar (SIPRI). 2017 betragen die Militärausgaben von Aserbaidischans 1,5 Milliarden US-Dollar, jene von Armenien 437 Millionen US-Dollar (vgl. Halbach 2018:1).

Aufgrund innenpolitischer Schwierigkeiten durch die neue ökonomische Lage versuchte man in der Folge in Aserbaidischans mit außenpolitischen Militäraktionen bei der protestierenden Bevölkerung zu punkten.

Bei einem offiziellen Treffen am 31. März 2016 zwischen dem aserbaidischanschen Präsidenten Aliyev und dem amerikanischen Außenminister John Kerry erhielt Aliyev die inoffizielle Zusage einer Duldung einer weiteren Militäraktion in Berg-Karabach (vgl. Toptschij 2018: 156ff.).

Welche Zusagen im Detail sich Aliyev von Kerry geholt hat, ist nicht bekannt; allerdings weisen die zeitlichen Abläufe auf eine amerikanische Kenntnis der geplanten Angriffshandlungen hin. Eine Parallelität mit dem Angriffskrieg Georgiens 2008 auf Südossetien ist offensichtlich. Auch da waren die USA informiert, wenn nicht sogar durch Militärberater involviert.

Schon in der Nacht von 1. auf den 2. April griffen aserbaidischansische Truppen mit zwei Stoßrichtungen an:

Zum einen in der Ebene des Terter-Flusses (nördliche Angriffsrichtung), zum anderen Richtung Gorodiskij links des Araks-Flusses (südliche Angriffsrichtung).

Der Hauptschlag erfolgte auf der Achse Agdam-Stepanakert-Latschinskij (Transport-Korridor-Grenze) (vgl. ebd.: 166ff).

Die armenische Armee konnte ihre Truppen nur langsam heranzuführen. Die Raketenbrigade erreichte den Einsatzort erst nach 24 Stunden. Die Verteidigungskräfte der Streitkräfte von Berg-Karabach sind nicht in der Lage, selbst einen Angriff von Seiten Aserbaidischans abzuwehren.

Und wieder war es Russland, das mit einem Treffen der beiden Generalstabschefs in Moskau eine Feuereinstellung am 5. April erreichte (Focht 2016).

Armenien fühlte sich in diesem 4-Tage-Krieg mit Aserbaidischans von der CSTO und damit von Russland im Stich gelassen, da es eine vertragliche Beistandspflicht einforderte. Russland dagegen sieht diese nur für die international anerkannten Grenzen Armeniens und nicht für das Berg-Karabach-Gebiet. Der eingefrorene Konflikt

ist erneut ausgebrochen. Russische Politologen erwarten jederzeit eine neuerliche, noch größere Konfrontation der beiden Staaten.

Aserbaidshjan sieht sich als Sieger in dieser Auseinandersetzung und darin bestätigt, dass der Friedensprozess der letzten 20 Jahre nutzlos war. Die aserbaidshjanischen Soldaten, die bislang den armenischen Soldaten als Kämpfer gegenüber nicht ebenbürtig gesehen wurden, haben an Ansehen gewonnen, was neue Abenteuer erahnen lässt. Bei Friedensgesprächen verweigert Baku den Vertretern von Berg-Karabach einen eigenen Verhandlungsstatus.

Alili sieht den 4-Tage Krieg 2016 als ‚game-changing moment‘ und betrachtet den Berg-Karabach Konflikt nicht mehr als ‚frozen conflict‘ (vgl. Alili 2017:126).

Russland tritt nach wie vor als Waffenlieferant für beide Parteien auf. Der türkische Präsident Erdogan sicherte allein Aserbaidshjan die volle Unterstützung der Türkei zu.

Hier geht es darum, die Rolle der Türkei und Russlands in diesem Konflikt herauszuarbeiten.

Armenien, das bereits ein Assoziierungsabkommen mit der EU ausgehandelt hatte, wurde von Russland unter Androhung ökonomischer Konsequenzen (Waffen- und Gaslieferungen zu Weltmarktpreisen) gezwungen, diese Intentionen aufzugeben und der Eurasischen Union beizutreten (Okhrimenko 2017: 166).

In letzter Zeit wird aber wieder eine Kooperation mit der EU forciert und 2017 wurde ein erweitertes Partnerschaftsabkommen EU-Armenien paraphiert, das sich mit Armeniens Verpflichtungen in der Eurasischen Union vereinbaren lässt.

6.3 Die Minsker Gruppe der OSZE

Die OSZE musste in den letzten Jahren eine Erosion ihrer sicherheitspolitischen Funktion erfahren, die vor allem vom Westen betrieben wurde, indem sie einfach nicht mehr in Entscheidungsprozesse miteinbezogen und auf die Rolle einer Wahlbeobachterin reduziert wurde. Diese Marginalisierung fand nach der Ukraine-Krise 2014 ein Ende und hatte eine Reaktivierung der OSZE zur Folge. Sie erwies sich als einzige Regionalorganisation, die zur Deeskalation beitragen kann (Richter 2016a: 1, zit. nach Staacke 2017: 178).

Die „Minsker Gruppe“ der OSZE versucht eine friedliche Lösung im Berg-Karabach-Konflikt zu finden. Sie ist seit 1994 unter dem Co-Vorsitz von Frankreich, Russland und den USA, die als gleichwertige Vorsitzende in dieser Gruppe fungieren und im Karabach-Konflikt zu vermitteln versuchen, tätig und haben eine Presseaussendung zum Treffen zwischen dem aserbajdschanischen Präsidenten Alijew und dem armenischen Regierungschef Paschinjan in Wien (März 2019) herausgegeben, die deutliche Verhandlungsvorgaben aufzeigt, die bereits 2009 und 2012 formuliert worden waren:

- Rückgabe der Gebiete um Berg-Karabach an Aserbaidschan
- vorläufiger Status für Berg-Karabach, der Garantien für Sicherheit und Selbstverwaltung bietet
- Schaffung eines Korridors, der Armenien und Berg-Karabach verbindet
- rechtsverbindliche Willensäußerung über einen zukünftigen rechtlichen Status von Berg-Karabach
- das Recht aller Binnenvertriebenen und Flüchtlingen an ihre früheren Wohnorte zurückzukehren
- internationale Sicherheitsgarantien inkl. einer Friedenssicherungsoperation (caucasuswatch 2019).

Paschinjan sieht sich damit enormem Druck ausgesetzt, da er sich bis zuletzt auch für eine Teilnahme von Vertretern aus Berg-Karabach an den Verhandlungen aussprach.

Weitere Äußerungen des Leiters des armenischen Staatssicherheitsdienstes Artur Wanezjan geben Anlass zur Besorgnis, da er von einem Siedlungsprogramm für Armenier im besetzten Gebiet sprach und keinen Zentimeter Land an Aserbaidschan abgeben werde. Auch der armenische Verteidigungsminister David Tononjan sprach von einer Änderung der armenischen Militärstrategie, die die Bereitschaft zu einem Angriffskrieg gegen Aserbaidschan im Falle neuer Kampfhandlungen beinhalten soll (caucasuswatch 2019).

Baku bedauert, dass es keinen zur OSZE Minsker Gruppe alternativen Friedensvorschlag gibt (vgl. Alili 2017:125).²¹ Alili sieht eine verstärkte Kriegsrethorik und mangelnde Bereitschaft beider Parteien, bis zu einem endgültigen Friedensvertrag den Status quo beizubehalten (ebd.).

Aufgrund des Präsidentenwechsels in Armenien kommt wieder Bewegung in die Friedensgespräche. Am 29. März 2019 fand unter dem Vorsitz der beiden Ko-Vorsitzenden der Minsker OSZE-Gruppe (Igor Popov, Russische Föderation und Stéphane Visconti, Frankreich und Andrew Schofer, USA) erstmals ein Treffen des Präsidenten von Aserbaidzhan Ilham Alyev und des Premierministers von Armenien Nikol Pashinyan statt. Die beiden Außenminister waren ebenfalls anwesend und in einer konstruktiven Atmosphäre wurden die gegenseitigen Standpunkte erörtert und Möglichkeiten einer friedvollen Lösung des Konflikts gesucht (OSCE 2019).

Zur gleichen Zeit (29. 3. 2019) traf der armenische Verteidigungsminister Tonoyan in New York eine Gruppe Auslandsarmenier und bediente sich einer ganz anderen Rethorik: „As minister of defense, I declare that the formula ‘territories for peace’ will no longer exist, and we will reformulate it as ‘new war – new territories“ (Kucera 2019a). Der armenische Außenminister protestierte auf diese kriegerische Rhetorik und antwortete nicht minder aggressiv: “We bring to the attention of the Armenian side that the Armed Forces of the Republic of Azerbaijan are among the most powerful armies in the world and are able to liberate the occupied territories of Azerbaijan in a short time” (ebd.). Auch wenn diese “speech acts” mit Vorsicht zu interpretieren sind und ‚kaukasische Rhetorik‘ zu berücksichtigen ist, zeugen sie von der Brisanz der derzeitigen Verhandlungen und sind wenig vertrauensbildend.

Eine neue Verhandlungsrunde fand am 15. April 2019 in Moskau statt.

An diesem Treffen nahmen die Außenminister von Russland, Aserbaidzhan und Armenien, – Sergej Lawrow, Elmar Mammadyarov und Zohrab Mnatsakanyan – auf Initiative Russlands teil. Die Ko-Vorsitzenden der Minsker OSZE-Gruppe (Igor Popov of the Russian Federation, Andrew Schofer of the United States of America and Stéphane Visconti of France) sowie der ‘Personal Representative of the OSCE Chairperson-in-Office’ Andrzej Kasprzyk schlossen sich dem Treffen an. In einem

²¹ Alili, Ahmad: Center for Economic and Social Development, Baku.

‘Joint Statement‘ betonen sie ihre Bemühungen fortzusetzen, den Berg-Karabach-Konflikt mit politischen und diplomatischen Mitteln zu lösen.

The Foreign Ministers of Azerbaijan and Armenia reaffirmed the intention of the parties to continue their efforts to resolve the Nagorno-Karabakh conflict through political and diplomatic means. The Ministers emphasized their interest in the further stabilization of the situation in the conflict zone, during agricultural activities [...] The Minister of Foreign Affairs of the Russian Federation and the Co-Chairs of the OSCE Minsk Group reiterated their commitment to the mediation mission aimed at achieving a sustainable peace in the region. The participants of the meeting agreed to continue their contacts in the near future (OSCE 2019).

Trotz der kriegerischen Rhetorik der jeweiligen Verteidigungsminister scheint die Minsker Gruppe der OSZE zumindest eine Gesprächsbasis herstellen zu können. Als großer Mediator spielt Russland eine entscheidende Rolle. Allein Russland kann beide Länder dazu bringen, sich an den Verhandlungstisch zu setzen.

6.4 Armenien und Russland

Armenien ist der einzige südkaukasische Staat, der nicht an Russland angrenzt, aber am stärksten wirtschaftlich von Russland abhängig ist. 2018 betrug der Export armenischer Güter 28% des Gesamtexports und im Gegenzug kam ein Viertel der Importe aus Russland. Obwohl Armenien kein Ölexporteur ist, konnte es durch Diversifikation seiner Wirtschaft und vor allem durch Kupferproduktion seine Budgetzahlen stark verbessern und ist mit einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 6,4 % 2017 und 2018 eine der erfolgreichsten postsowjetischen Republiken (vgl. Bhutia 2019). Trotzdem ist es der einzige wirkliche strategische Partner Russlands in der Region. Dazu kommt noch, dass seine Grenzen zu Aserbaidschan und der Türkei seit dem Berg-Karabach-Krieg geschlossen sind und damit auch diese Exportmärkte verloren sind, was vor allem den Agrarsektor betrifft. Trotzdem ist es der einzige wirkliche strategische Partner Russlands in der Region. Russland hat in Armenien massiv investiert und kontrolliert mit seinen Subfirmen den Energiesektor, die Telekommunikation und den Bergbau des Landes (vgl. Halbach und Smolnik 2014). Armenien musste daher 2013 der Zollunion unter russischer Führung beitreten, um weiterhin Gaslieferungen zum halben Weltmarktpreis zu bekommen. Gleichzeitig wurde Gazprom 100% Eigentümer von ArmRosGazprom, das für die lokale Gasverteilung zuständig ist (ebd.). Durch die Beteiligung von Gazprom am

Ausbau der Gaspipeline Iran – Armenien kontrolliert Russland auch die Gaslieferungen aus dem Iran.

Armenien hat erst im Mai 2018 durch eine zehntägige Massendemonstration den bisherigen Präsidenten Sersch Sargsjan, der sich mit massiven Korruptionsvorwürfen konfrontiert sah, in der „Samtenen Revolution“ friedlich weggeputscht und durch den bisherigen Oppositionsführer Nikol Paschinjan ersetzt.

Seit Mai 2018 hat sich der armenische Ministerpräsident Paschinjan wiederholt mit dem russischen Präsidenten Putin getroffen, was die Intensität der zwischenstaatlichen Beziehungen unterstreicht.

Korruption ist in Armenien wie auch in anderen postsowjetischen Staaten ein Problem, das oft mit Stimmenkauf durch diverse Oligarchen einhergeht. Derzeit (2018) liegt Armenien bei Transparency International, was Korruption betrifft, auf Platz 105 von 180 Ländern.

Georgien (Index 2018) liegt auf Platz 41! Wieweit Reformen erfolgreich und möglich sind, hängt in großem Maße von der Reaktion Russlands und seiner Zusammenarbeit mit der neuen Führung ab. Armenien ist Mitglied in der Eurasischen Wirtschaftsunion und Russland ist sein wichtigster Handelspartner. Die Rohstoffabhängigkeit (Erdgas) von Russland ist ein wesentlicher Faktor. Gazprom Armenia ist eine Tochtergesellschaft von Gazprom, aber auch andere russische Staatskonzerne besitzen Unternehmen in Armenien (Franke 2018). Mher Grigorjan, stellvertretender Regierungschef, sieht Armenien vor einem totalen gesellschaftlichen Umbruch (ebd.). Bemerkenswert ist laut Andrej Kolesnikow, Analytiker des Moskauer Carnegie-Zentrums, auch die Reaktion der russischen Eliten, die diesmal im Gegensatz zum Maidan in der Ukraine keine Einmischung Amerikas monierten (ebd.). Der neue Präsident suchte schon vor dem Machtwechsel den Kontakt zu Moskau und bekräftigte, dass Armenien weder aus der Eurasischen Wirtschaftsunion, noch aus dem Militärbündnis mit Russland, der OVKS, austreten werde. Nach dem erfolgreichen Eurasian Economic Union-Gipfel in Jerevan (1.10.2019) hat der russische Außenminister Lawrow Armenien am 11. 11. 2019 besucht. Präsident Putin war im Oktober 2019 beim EAEU-Gipfel zum ersten Mal seit der ‚velvet-revolution‘ in Armenien,

da er vor allem von der Inhaftierung seines Freundes Kocharyan²² wenig begeistert war. Lawrow machte auch klar, dass es kein Friedensabkommen mit Azerbaidschan ohne die Zustimmung Kocharyans geben könnte. Der neue Ministerpräsident Pashinyan war inzwischen schon neun Mal in Moskau! Pashinyan versucht sich in der ‚balancing policy‘, soweit es möglich ist.

Bei der OVKS (Collective Security Treaty Organization - CSTO)²³ handelt es sich um ein internationales Militärbündnis, das von Russland angeführt wird und seinen Hauptsitz in Moskau hat. Neben Armenien gehören ihm auch Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Weißrussland an. Es verfügt über schnelle Eingreiftruppen (Collective Rapid Reaction Forces) und soll die Sicherheit, Souveränität und territoriale Integrität der Mitgliedstaaten sicherstellen (OVKS 2018). Bei der Sitzung am 8. November 2018 in Astana (Kasachstan) wurde eine Deklaration angenommen, die militärische und außenpolitische Ziele der Mitgliedstaaten neu definiert und präzisiert (OVKS 2018).

Für Armenien ist Russland nicht nur Waffenlieferant, sondern auch militärische Schutzmacht. Als Mitglied der CSTO bekommt es von Russland Waffen und militärische Ausrüstung zu Vorzugspreisen oder sogar kostenlos zur Verfügung gestellt (Danielyan 2015). Russland hat in Armenien eine Militärbasis (102te) errichtet, wodurch ein unmittelbarer Angriff durch Azerbaidschan, das auch Russland als Waffenlieferanten führt, vorerst unwahrscheinlich erscheint. Der Vertrag über die Stationierung russischer Soldaten in Armenien wurde erst 2012 bis 2044 verlängert. Ein Zusatzprotokoll vom 20. August 2010 verlängerte zudem die Erhaltung der russischen Militärbasis bis 2060.²⁴ Mit diesem Zusatzvertrag hat Russland als Gegenleistung für die Verlängerung der Dauer der russischen Militärbasis die Zusatzverpflichtung übernommen, den Grenzschutz nicht nur mit der Türkei und dem Iran, sondern auch mit Azerbaidschan sicher zu stellen (vgl. Okhrimenko 2017: 161).

²² Kocharyan war von 1998-2008 Präsident von Karabach und Armenien.

²³ russ.: Организация о коллективной безопасности.

²⁴ Vgl. Art. 2, Protokoll Nr. 5 zwischen der Regierung der Republik Armenien und der Regierung der Russischen Föderation über die vorgenommenen Änderungen in den Vertrag über die russische Militärbasis auf dem Territorium der Republik Armenien vom 16. 03. 1995, 20. 08. 2010.

Der Stützpunkt befindet sich in Gjumri im Norden Armeniens. Er dient dem Schutz der Interessen der Russischen Föderation sowie der Gewährleistung der Sicherheit Armeniens entlang der Außengrenze der ehemaligen UdSSR. (ebd.: 161). Derzeit befinden sich dort ca. 5000 Soldaten.

Armenien erwartet sich von Russland Unterstützung im Falle eines Angriffes durch Aserbaidschan, der aufgrund massiver Waffenkäufe von Aserbaidschan in Israel, aber auch in Russland nicht ausgeschlossen werden kann.

Russland verweist allerdings darauf, dass der Bündnisfall nur bei einem direkten Angriff auf Armenien eintritt, nicht aber bei einem Angriff auf Berg-Karabach, das auch nach Ansicht Russlands und der OVKS-Mitglieder rechtlich gesehen zu Aserbaidschan gehört.

Mit der EU hatte Armenien bis Mitte 2013 über ein Assoziierungsabkommen verhandelt, musste dieses aber auf Druck Russlands beenden und 2015 der Eurasischen Wirtschaftsunion beitreten. Dennoch versuchte Armenien weiterhin eine Annäherung an die EU und angesichts der andauernden wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber Russland hat der armenische Präsident Sarkisjan Armenien als einzige Brücke zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion gesehen (vgl. Franke 2018). Die EU unterstützt Armenien im Rahmen der östlichen Partnerschaft.

Seit 2014 hat die EU Armenien mit 120 Millionen € „*with a focus on private sector developments, governance and education*“ unterstützt (European Commission 2018).

2017 unterzeichneten die EU und Armenien ein Abkommen über eine umfassende und verstärkte Partnerschaft.

Auch mit Russland wurden die partnerschaftlichen Beziehungen im gleichen Zeitraum weiter vertieft.

2016 haben Russland und Armenien ein weiteres Abkommen über ein vereintes regionales Raketenabwehrsystem im Kaukasus unterzeichnet. Es soll sich dabei um die Lieferung von Raketenkomplexen Iskander, Mehrfachraketenwerfern Smertsch sowie den Flugabwehrkomplexen S-300 und Igla-S handeln. Nektatschew, russischer Militärexperte und einst Vizebefehlshaber der russischen Truppengruppierung im Südkaukasus, führt die Bildung einer gemeinsamen russisch-armenischen

Truppengruppierung nicht nur auf den Konflikt mit Aserbaidschan zurück, sondern auch auf die Nähe zum NATO-Staat Türkei (Nesawissima gazeta 2017). Gleichzeitig beliefert Russland auch Aserbaidschan mit modernsten Waffensystemen und versucht auch hier gute Beziehungen beizubehalten.

Jedenfalls ist das Verbleiben russischen Militärs in Armenien bis 2044 vertraglich geregelt. Russland ist für Armenien Sicherheitsgarant bei einer möglichen Aggression durch Aserbaidschan, aber auch als verbündeter Ko-Vorsitzender der Minsker OSZE Gruppe.

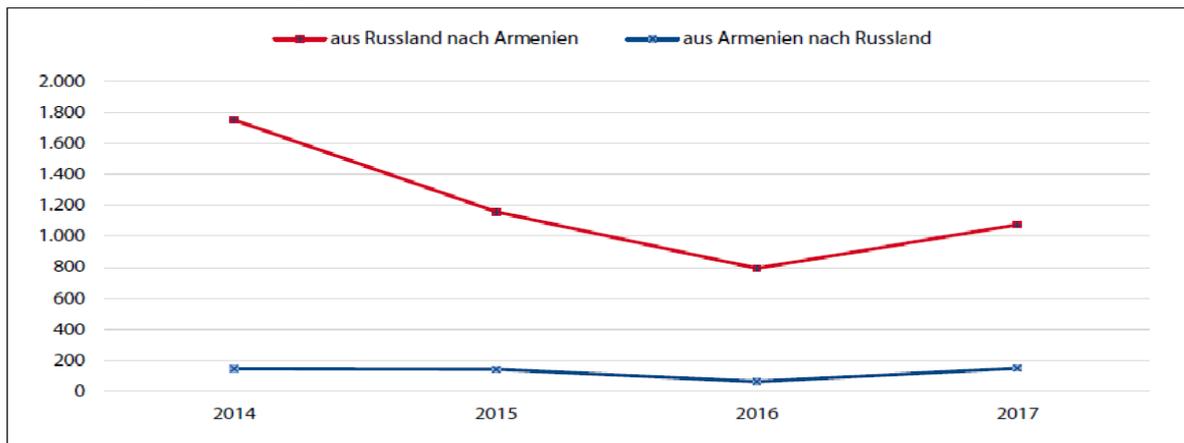
Für die Beziehungen zwischen Armenien und Russland spielen nicht nur die Energieabhängigkeit, sondern auch die bedeutende Rolle russischen Kapitals in der armenischen Wirtschaft eine große Rolle.

Laut statistical yearbook of Armenia 2018 beträgt der russische Anteil an der armenischen Wirtschaft 2017 1 173 233,7 (in Tausend US-Dollar), (vgl. Armenia 2019: 475), 2018 666 501 (Export), 1 257 942,1 (Import) (in Tausend US-Dollar).

Zudem befindet sich die größte armenische Diaspora in Russland (ca. 2 Millionen). Armenien ist auf die beträchtlichen Geldtransfersummen der Auslandsarmenier in Russland angewiesen, da sie 2012 z. B. 14,1% des BIP betragen haben (vgl. Makienko 2018: 28).

Armenien hat aber auch einen großen Anteil von Arbeitsmigranten in Russland, von deren Geldtransfers das Land ebenfalls wirtschaftlich abhängig ist. Abbildung 5 zeigt den Verlauf der privaten Geldüberweisungen von Russland nach Armenien in den letzten Jahren.

Grafik 4: Private Überweisungen aus Russland nach Armenien und aus Armenien nach Russland 2014 – 2017 (Mio. US-Dollar)



Quelle: Zentralbank der Russischen Föderation, http://www.cbr.ru/vfs/eng/statistics/CrossBorder/Personal_Remittances_CIS_e.xlsx.

Tabelle 1: Private Überweisungen aus Russland in ausgewählte Staaten des postsowjetischen Raums 2014 – 2017 (Mio. US-Dollar)

	2014	2015	2016	2017
Aserbaidshjan	1.374	950	872	1.016
Armenien	1.752	1.159	794	1.075

Abbildung 5: Private Überweisungen aus Russland nach Armenien und Aserbaidshjan

Quelle: Russland-Analysen Nr. 371 (Laender-analysen.de)

Weiters muss festgestellt werden, dass ungefähr ein Drittel des Warenverkehrs über den Iran läuft, sowie zwei Drittel über Georgien (Iskandaryan 2013 in Atoyán: 3).

Für die armenische Außenpolitik spielt auch die große armenische Diaspora in verschiedenen Ländern eine große Rolle. Obwohl die Türkei eines der ersten Länder war, das die Unabhängigkeit Armeniens anerkannte, sind die Beziehungen nach wie vor durch die Nichtanerkennung des Genozids von 1915 belastet. Auch die Unterstützung Aserbaidshjans im Berg-Karabach Konflikt stellen ein Hindernis für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen dar.

Russland lotet erst die Politik des neuen Präsidenten Paschinjan aus und hat die Gaspreise im Jänner 2019 vorsorglich um 10% erhöht, um armenische Reaktionen zu testen.

Nach wie vor hält Armenien seine Kontakte zu den USA, NATO und EU aufrecht und hat auch seit 2015 Verteidigungsreformprogramme entsprechend des „NATO Individual Partnership Action Plans“ angewandt. Es hat weiters an ‚peacekeeping operations‘ in Afghanistan, Kosovo, Irak, Libanon und Mali teilgenommen. Die Bemühungen Armeniens um ‚balanced relations‘ mit der EU und den USA wurden

allerdings durch die Ukraine-Krise und die darauffolgenden Reaktionen des Westens erschwert. Auch die mangelnde Unterstützung Russlands im Berg-Karabach-Krieg 2016 verunsicherte die armenische Führung.

6.5 Aserbaidtschan und Russland

Seit 1997 gibt es einen Vertrag der Freundschaft, Zusammenarbeit und des gegenseitigen Beistandes zwischen Aserbaidtschan und Russland. Gemäß diesem Vertrag verpflichten sich die Vertragsparteien, keine separatistischen Bewegungen zu unterstützen und Aktivitäten von Einzelpersonen gegen die staatliche Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der anderen Seite zu unterbinden (Caucasuswatch 2019). Dementsprechend protestierte das aserbaidtschanische Außenministerium auch auf ein Treffen des „Lazarev Club“ vom 5.- 6. März 2019 in Moskau, an dem Vertreter von Berg-Karabach und Sergej Glazyev, Berater des russischen Präsidenten, teilnahmen (ebd.).

Die beiden Länder haben Volksgruppen, die sowohl im russischen Dagestan (Nordkaukasus) wie auch im südlichen Aserbaidtschan leben. Es handelt sich dabei um die Lesgier und die Awaren. Zwischen Dagestan und Nordaserbaidtschan gibt es florierende Wirtschaftsbeziehungen, wobei der Warenumsatz über diese Grenze rund 70% des Gesamtumsatzes zwischen den beiden Ländern ausmacht (vgl. Halbach und Smolnik 2014).

Auch Aserbaidtschan hat in Russland 600.000 - 2.000.000 Arbeitsmigranten (ebd.). Aus Russland hat Aserbaidtschan Waffen im Gegenwert von fünf Milliarden US-Dollar importiert (vgl. Halbach 2018b).

Aserbaidtschan hat als Waffenlieferanten nicht nur Russland, sondern auch Israel, die Türkei und Südkorea und versucht damit eine einseitige militärische Abhängigkeit (Ausbildung durch russische Instruktoren bei komplizierten Waffensystemen) zu vermeiden.

6.6 Aserbaidshan und die Türkei

Die Türkei ist für die meisten Aserbaidshanner „der beste Freund“ des Landes. Hier spielen die ethnische sowie die sprachliche Verwandtschaft eine nicht unerhebliche Rolle. Aserbaidshan-Türkisch ist Amtssprache und die engste Verwandte des Türkei-Türkischen. Das Land wird als „Bruderland“ gesehen und hat Aserbaidshan nach seiner Unabhängigkeitserklärung entscheidend beim Aufbau der Armee, aber auch bei Infrastrukturprojekten geholfen, wie z. B. bei Transportverbindungen über Georgien in die Türkei.

2010 haben die Türkei und Aserbaidshan einen Beistandspakt unterzeichnet, in dem das NATO-Land Türkei einem Nicht-NATO Mitglied weitgehende Sicherheitsgarantien gibt. Umland²⁵ sieht den Vertrag durch die wachsende Partnerschaft zwischen Putin und Erdogan allerdings etwas entwertet (Umland 2018). Er sieht Russland im Südkaukasus im Gegensatz zu Zentralasien noch immer als den entscheidenden Akteur. Neue Brisanz brachte die Absicht des türkischen Präsidenten Erdogan, das russische Raketenabwehrsystem S-400 ankaufen zu wollen. Die Lieferung sollte bereits im Juli 2019 beginnen, wurde aber vorerst auf amerikanischen Druck gestoppt. Die USA befürchten, dass Russland dadurch an sensible Daten des US-Kampffjets F-35 gelangen könnte. Russland und die Türkei planen nach einem Besuch Erdogans in Moskau am 8. 4. 2019 noch weitere Lieferungen moderner Militärtechnik, was zu einer Belastung des NATO-Bündnisses führen könnte. US-Vizepräsident Mike Pence stellte Anfang April in Washington klar:

Die Türkei muss wählen: Will sie ein entscheidender Partner des erfolgreichsten Militärbündnisses der Weltgeschichte bleiben, oder will sie die Sicherheit dieser Partnerschaft riskieren, indem sie unverantwortliche Entscheidungen trifft, die dieses Bündnis untergraben? (Kurier.at 2019).

Die Achse Erdogan-Putin ist für die NATO zu einer Belastungsprobe geworden und hat die Türkei auch im Südkaukasus zu einem unberechenbaren Akteur gemacht.

²⁵ Dr. Andreas Umland, Senior Research Fellow am ukrainischen 'Institute for Euro-Atlantic Cooperation'.

7 Andere Akteure im südkaukasischen Raum

Auf die Rolle der EU im Südkaukasus in der Vergangenheit wurde bereits in Kapitel 3 genauer eingegangen. Die heutige Situation wird in einem eigenen Punkt (6.2) erörtert.

Russland sieht sich nach wie vor einer Skepsis der südkaukasischen Staaten vor einer neuerlichen Dominanz Moskaus gegenüber und in keiner von Russland dominierten regionalen Organisationen (GUS, Eurasische Wirtschaftsunion, Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit) finden sich alle drei Länder geschlossen als Mitglieder.

Die Türkei sieht sich als Schutzmacht Aserbaidschans, baut aber auch ihre Beziehungen zu Georgien aus.

Der Iran verstärkt seine Beziehungen zu Armenien und Aserbaidschan.

Als neuer ‚player‘ bringt sich China ein, das bereits ein Freihandelsabkommen mit Georgien abgeschlossen hat.

7.1 Die Rolle des Iran

Der Iran ist geopolitisch insofern interessant, als er Grenzen zu Armenien, Aserbaidschan, aber auch Russland hat. Einzig zu Georgien gibt es im südkaukasischen Raum keine direkte Grenze. Auch mit der Türkei, einem strategischen Partner Aserbaidschans, hat Iran eine gemeinsame Grenze.

Nach dem Kollaps der Sowjetunion suchten sowohl der Iran als auch die Türkei Einfluss im Südkaukasus zu erlangen und suchten dabei aufgrund kultureller Verbindung vor allem eine Partnerschaft mit Aserbaidschan.

Der Iran ist ein Öl- und Gasproduzent und somit bestimmen diese Faktoren seine Politik gegenüber den Kaukasusstaaten:

In this regard, it is also significant to emphasize the role of the petroleum trade as a tool for conducting Iranian foreign relations with the Caucasus states (Sadri 2012).

Der Kaukasus ist für den iranischen Ölexport als zukünftiger Markt besonders interessant.

Der Iran ist heute einer der wichtigsten Handelspartner für Armenien. Zudem gibt es auch im Iran eine starke armenische Diaspora.

Chitadze ²⁶ sieht die wirtschaftliche Rivalität als Hauptfaktor für eine mögliche neuerliche Eskalation im Kaukasus:

A very serious problem that could destabilize the situation in the Caucasus is economic rivalry, unfolding mainly over control of oil-bearing areas of the region and its transport corridors (Chitadze 2012:8).

Der Iran versuchte vergeblich 2003 ein ‚regional security system‘ im Format 3+3 (Aserbaidschan, Armenien, Georgien + Russland, Türkei, Iran) zu schaffen (ebd.:8), zumal der Einfluss der USA schon dazumal in Georgien bedeutend war.

Die Beziehungen zu Aserbaidschan sind vor allem aufgrund religiöser und kultureller Affinitäten enger als zu den anderen Kaukasusstaaten. Aserbaidschan hat 1994 mit den führenden westlichen Ölgesellschaften Verträge abgeschlossen, allerdings haben die USA jegliche Teilnahme des Iran an Ölverträgen mit Aserbaidschan erfolgreich verhindert. Dazu kommt der „South Azerbaijan“ Faktor, dass 20 Millionen ethnische Aserbaidschaner im Nordiran leben, was Teheran als Sicherheitsbedrohung sieht, da separatistische und nationalistische Tendenzen die Einheit des Iran gefährden könnten (ebd. 2012: 7).

Dadurch hat sich der Iran in der Folge Armenien zugewendet und sieht das Land als strategischen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Partner. 2007 wurde eine Gaspipeline von Tabriz (Iran) nach Sardarian (Armenien) durch die jeweiligen Präsidenten eröffnet. Armenien erhoffte sich eine Einschränkung der Ölabhängigkeit von Russland, was allerdings nicht gelungen ist.

Aserbaidschan stellte im Oktober 2018 den Kauf von iranischem Gas ein. Seit 2017 kaufte die aserbaidschanische staatliche Erdölgesellschaft SOCAR Gas vom russischen Unternehmen Gazprom. Es reagierte damit auf die US-Sanktionen gegen den Öl- und Gassektor des Iran und sah wirtschaftliche Vorteile darin, in Russland Gas zu kaufen (vgl. Caucasus watch 2018). Im Jahre 2018 kaufte Aserbaidschan noch 797 Mill. Kubikmeter Gas von Russland; seit 2019 wurde aber kein Gas mehr gekauft (caucasuswatch 2018) Die Gaszukäufe aus dem Iran wurden vorwiegend zum Weiterverkauf nach Georgien getätigt.

²⁶ Nika Chitadze ist Professor an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Black Sea University in Tbilisi, Georgien

Die von den USA verhängten Sanktionen gegenüber Iran haben auch ihre Auswirkungen auf die südkaukasischen Staaten. Georgien und Aserbaidschan sehen sich einem großen diplomatischen Druck gegenüber, ihre Beziehungen zum Iran einzuzengen. Armenien dagegen muss seine Aktivitäten mit der Schutzmacht Russland abstimmen.

7.2 Die EU im Südkaukasus

Armenien und Georgien wollten in postsowjetischer Zeit nach der Erreichung der Unabhängigkeit eine möglichst rasche Eingliederung in die EU. Vor allem Georgien, das sich immer als westlicher Vorposten sah, erhoffte eine EU-Mitgliedschaft, aber vor allem auch eine NATO-Mitgliedschaft, um einen starken Partner bei einem möglichen Konflikt mit Russland zu haben. Die EU vernachlässigte den Südkaukasus in nachsowjetischer Zeit und intensivierte erst nach dem georgisch-russischen Krieg ihre Beziehungen zu den Ländern des Südkaukasus.

Die EU und Russland unterscheiden sich in ihrem Verständnis der Region ‚*Südkaukasus*‘. Die EU fördert die Bildung einer Region Südkaukasus im Zuge der östlichen Partnerschaft der EU mit multilateraler Kooperation zwischen den Ländern, während Russland verstärkt auf eine Anbindung dieser Republiken an Moskau im Zuge der Eurasischen Wirtschaftsunion setzt, verstärkt durch die laufenden Sanktionen der EU gegenüber Russland. Auch Böttger (2015:339) sieht den Ausgangspunkt der Krise in der Konkurrenz zwischen der östlichen Partnerschaft der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion. Russland sieht sich aber nach wie vor einer Skepsis der südkaukasischen Staaten vor einer neuerlichen Dominanz Moskaus gegenüber und in keiner von Russland dominierten regionalen Organisationen (GUS, Eurasische Wirtschaftsunion, Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit) finden sich alle drei Länder geschlossen als Mitglieder. Für Kempe (2013:318) gäbe es völlig neue Voraussetzungen im Verhältnis Russland-EU, falls Russland nicht als bilateraler Akteur, sondern als Mitglied der Eurasischen Union agieren würde.

Die „Östliche Partnerschaft“ mit Armenien, Aserbaidschan und Georgien (zusätzlich Weißrussland, Ukraine und Moldawien) wurde 2009 in die Wege geleitet. Russland betrachtet sie als Einflussnahme in seine geopolitische Sphäre. Die EU verfolgt dabei vor allem sicherheits- und wirtschaftspolitische Ziele in einer Region, deren

Transitwege nicht nur für China und Russland interessant sind. Georgien hat als einziges Land im Südkaukasus ein Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet. Armenien musste auf Druck Russlands 2013 darauf verzichten und der Eurasischen Union beitreten. Armenien hat allerdings 2017 ein Abkommen über eine umfassende und verstärkte Partnerschaft mit der EU abgeschlossen. Am 15. 10. 2018 fand eine Außenministertagung der östlichen Partnerschaft in Luxemburg statt, um eine Bilanz der Umsetzung der „20 Ziele für 2020“, die beim letzten Gipfeltreffen der östlichen Partnerschaft im November 2017 vereinbart wurden, zu ziehen. Aserbaidschan hat wenig Interesse, den Wertekatalog der EU zu übernehmen. Die Lage der Zivilgesellschaft verschlechtert sich zusehends und das Büro der OSZE in Baku wurde 2015 geschlossen. Verhandlungen über eine Freihandelszone wurden nie geführt, da Aserbaidschan nicht Mitglied der WTO ist.

Derzeit wird mit Aserbaidschan, das versucht in Äquidistanz zu Russland und der EU zu verbleiben, ein neues Abkommen ausgehandelt. Mit Georgien trat am 28. März 2017 eine Visaliberalisierung in Kraft, wobei die EU weiterhin die nachhaltige Erfüllung der Standards überwacht. Die Schwäche der EU ist das Fehlen einer effizienten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU und eines sicherheitspolitischen Konzepts für die Region (vgl. Sarjveladze 2017).

7.3 Die Strategie der Volksrepublik China im Südkaukasus

Die Investitionen von China im Südkaukasus sind vergleichsweise gering im Verhältnis zu jenen in Russland, Kasachstan und Usbekistan und betreffen vor allem Verkehrs- und Energieprojekte, wie z.B. das „Trans-Caspian International Transport Corridor (TITR)-Projekt“ oder die „Baku-Tbilisi-Kars (BTK) Bahn“, auch als „eiserne Seidenstraße“ bezeichnet (2017), die die Nachbarn Aserbaidschan, Georgien und die Türkei miteinander verbindet, sowie den Ausbau des Tiefseehafens Anaklia. China sieht den Südkaukasus als Transitroute für das „one belt-one road“ (neue Seidenstraße-Projekt). Georgien hat als erstes Land im eurasischen und gesamten postsowjetischen Raum 2017 ein Freihandelsabkommen mit China abgeschlossen, wobei nicht nur ökonomische, sondern auch sicherheitspolitische Aspekte eine Rolle spielen. Durch die Kooperation mit China hofft Georgien etwaige russische Wirtschaftssanktionen abzufangen, sowie eine neuerliche militärische Intervention

unwahrscheinlicher zu machen, da sie auch chinesische Wirtschaftsinteressen betreffen würde. Georgien hofft, sich als Transportknotenpunkt und Handelsdrehscheibe zu etablieren. Alle drei Südkaukasus-Länder sind an Verbindungen zwischen Europa und Asien interessiert.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Aserbaidschan haben sich in den letzten Jahren ebenfalls stark entwickelt. Die ‚Asian Infrastructure Investment Bank‘ (AIIB) hat für den Ausbau der Gaspipeline Trans-Anatolian Natural Gas Pipeline Project (TANAP) 600 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt, wodurch zukünftig Gas von Aserbaidschan über die Türkei nach Südosteuropa transportiert werden soll (Huseynov/ Rzayev 2018). China hat bisher 779 Millionen US-Dollar in die Wirtschaft Aserbaidschans investiert und ist derzeit der siebentgrößte Handelspartner Aserbaidschans mit einem turnover von 1,3 Milliarden 2017 US-Dollar (ebd.).

China hält sich aus den internen Konflikten der Südkaukasusländer heraus und kann damit mit allen Ländern dieser Region wirtschaftliche Beziehungen aufbauen. Der chinesische Außenminister Wang Yi hat im Mai 2019 alle drei Südkaukasusstaaten besucht, da sie auch für das Projekt ‚belt and road‘ bedeutend sind. Bei seinem Besuch in Georgien betonte er zudem, dass China ‚die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität‘ Georgiens respektiere (Markedonov 2019).

Lambert²⁷ sieht China als einzige Macht, die über die Zukunft des Kaukasus entscheiden wird: „Die Volksrepublik China zeigt als einziger Akteur innovatives geopolitisches und ökonomisches Verhalten mit einer umfassenden Strategie, sowie einem komplexeren philosophischen Ansatz“ (Lambert 2018). Seiner Meinung nach wird China als führende Weltwirtschaft und als zweitgrößte globale Militärmacht bald die EU und Russland in wirtschaftlicher Hinsicht im Kaukasus ablösen (ebd.).

²⁷ Dr. Michael Eric Lambert ist Direktor des französischen Black Sea Instituts.

8 Russische Militärpräsenz im Südkaukasus

Nach dem Zerfall der Sowjetunion verblieben trotz der Übergabe von großen Teilen an Militärgütern an die neuen Staaten noch 25 000 – 35 000 russische Soldaten und einige große Militärbasen im Südkaukasus (Barabanov *u. a.* 2018). Bis zur Machtergreifung von Saakaschwili befanden sich noch ca. 6000 Soldaten in Georgien. 2005 wurde ein Vertrag über den Abzug russischer Truppen abgeschlossen. Der Truppenabzug war offiziell 2007 beendet.

Mitte 2008 hatte Russland noch eine Militärbasis von ca. 4000 Mann in Armenien, die „RLS PRO Darjal“ im aserbaidischen Gabale und ca. 1600 Mann in der abtrünnigen Region Abchasien (Georgien) sowie 500 Mann in Südossetien (vgl. Lukin 2007). Der georgische Präsident Saakaschwili maß diesen Truppenteilen wenig Bedeutung bei und erwartete nicht wirklich ein Eingreifen Russlands bei der erhofften Rückeroberung der abtrünnigen Republiken im Jahre 2008. Nach der Niederlage Georgiens entstanden die neuen unabhängigen Republiken Abchasien und Südossetien. Russland erklärte sich zur Schutzmacht und verstärkte seine Militärpräsenz in der Region, zumal auch die Einheiten in Aserbaidshan 2012 abgezogen wurden.

Russland verfügt seit 2012 über drei größere Militärbasen im Südkaukasus:

4. Militärbasis in Südossetien

7. Militärbasis in Abchasien

102. Militärbasis in Armenien

Die Gesamtzahl der Truppenstärke beträgt ca. 15 000 Mann. Da die Mobilität der Truppen in den letzten Jahren bedeutend gesteigert werden konnte und sie auch über schweres Gerät verfügen, wurden die russischen Truppen zu einem dominanten Faktor in der Region. Damit gelang es Russland auch den Georgienkonflikt einzufrieren, was wiederum die Aufnahme Georgiens in die NATO verhindert (vgl. Markedonov 2017).

Russland hat 2010 langfristige Verträge über die Truppenpräsenz mit Armenien (bis 2044) sowie Abchasien und Südossetien (jeweils bis 2059) abgeschlossen (vgl. Barabanov *u. a.* 2018: 107).

Darüber hinaus wurde mit Abchasien am 17. September 2008 ein Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfeleistung unterzeichnet. Darin

verpflichtet sich Moskau auch zur militärischen Hilfeleistung im Falle äußerer Bedrohungen (vgl. Medwedjew 2008).

Russland hat zudem im September 2019 ein Abkommen mit Abchasien abgeschlossen, das eine Modernisierung der abchasischen Streitkräfte vorsieht. (caucasus-watch 2019).

Aus diesem Grunde wurde eine eigene Brigade, die 131. Mutschützenbrigade, ständig stationiert. Offiziell wurde die 7. Militärbasis, die im Wesentlichen aus der 131. Brigade besteht, am 1. Februar 2009 auf einem Territorium von 400 Hektar errichtet (vgl. Barabanov u. a. 2018: 108) In der Folge wurden 2013 und 2016 die Gerätschaften ausgetauscht und modernisiert. Die 7. Militärbasis und die 4. Militärbasis in Südossetien waren die ersten Einheiten der russischen Armee, die mit Drohnen-aufklärern mit einer Reichweite bis zu 10 Kilometern ausgestattet waren. 2014 wurden sie durch die bedeutend effizienteren Systeme „Orlan 10“ und „Granat“ ersetzt, die auch in Abchasien verwendet werden. Dazu kamen israelische Lizenzprodukte „IAI Bird Eye“ (Verteidigungsministerium Russlands 2014).

Diese Drohnen dienen vornehmlich zur Korrektur des Artilleriefeuers.

In Südossetien wurden rasch nach Beendigung der Kampfhandlungen 2008 neue Truppen herangebracht, da hier das Aufflammen neuer Kämpfe wahrscheinlicher war als in Abchasien.

Südossetien ist mit Russland nur durch einen Tunnel (Roki) verbunden, durch den die Transkaukasische Magistrale führt (Transkam), die aber im Winter bisweilen durch Lawinen abgeschnitten ist, sodass die Verteidigungsbereitschaft der 4. Militärbasis im Angriffsfalle für zumindest einige Tage sichergestellt werden musste. Daher wurden diese Streitkräfte auch mit modernem Gerät ausgestattet. Der Tunnel als strategisch essentielle Verbindung wurde zwischen 2010 und 2014 erneuert und verstärkt. Höhe und Breite wurden vergrößert, was das Heranführen von Panzern und Artillerie aus Russland erleichtert (doroznyje nowosti 2014).

Auch ein Hubschrauberlandeplatz wurde errichtet, wo im Bedarfsfall jederzeit Hubschrauberanlandungen durchgeführt werden können. Zusätzlich wurden russische Grenzschutztruppen ab 2009 herangeführt (Gogitschewa 2017).

Für Südossetien steht zudem eine Wiedervereinigung mit Nordossetien im Raum, eine Idee, mit der der derzeitige Präsident Südossetiens Anatoly Bibilov regelmäßig aufhorchen lässt, der aber nur im Falle einer verstärkten NATO-Aktivität im

georgischen Kernland und einer Verschärfung des vorerst eingefrorenen Konflikts Chancen eingeräumt werden (vgl. Markedonov 2017).

Eine Analyse der militärischen Aktivitäten Russlands lässt nur den Schluss zu, dass der Status quo einzementiert werden soll wodurch für Georgien eine NATO-Mitgliedschaft verhindert wird. Gleichzeitig ist es eine klare Botschaft, dass ein neuerlicher Versuch der georgischen Armee, die abtrünnigen und mittlerweile selbstständigen Republiken zurückzuerobern, eine Konfrontation mit Russland bedeutet, auf welche die russischen Streitkräfte durch die Stationierung der 4. Militärbasis, die mit modernstem Gerät und Panzern neuester Generation ausgerüstet ist, wesentlich besser vorbereitet sind als im Jahre 2008. Auch die Mobilität der russischen Streitkräfte und die Möglichkeit der Luftanlandung (Hubschrauberlandeplätze) ist mittlerweile entscheidend verbessert worden.

2013 errichteten russische Soldaten an der Grenzlinie zwischen Georgien und Südossetien Stacheldrahtzäune, die auch von russischen Grenzsoldaten kontrolliert werden, wodurch der Status von Südossetien als eigener Staat mit abgegrenztem eigenem Staatsgebiet verfestigt werden soll.

Der von Grebe und Mutschler 2015 herausgegebene globale Militarisierungsindex (GMI) sieht Armenien (Platz 3), Aserbaidschan (Platz 8) und Russland (Platz 6) unter den Top 10. Hier werden die Militärausgaben ins Verhältnis zum BIP und den staatlichen Gesundheitsausgaben (Anteil am BIP) gesetzt. Daher finden sich die USA 2015 erst an 29. Stelle, obwohl sie mit 610 Mrd. US-Dollar über den größten Verteidigungshaushalt der Welt verfügen. Georgien, das sein Militärbudget stark gekürzt hat, findet sich auf Rang 57 (Grebe 2015).

Im GMI 2018 sehen wir ein anderes Bild:

In 25 der 28 EU-Mitgliedstaaten stieg die Militarisierung an, in Russland gab es 2017 einen deutlichen Rückgang der Militärausgaben.

Während Armenien (3) und Russland (6) im GMI 2018 ihre Plätze behalten haben, ist Aserbaidschan, das seine Verteidigungsausgaben infolge des Ölpreisverfalls zurückgeschraubt hat, auf Platz 12 zu finden. Dennoch investieren beide Länder weiterhin beträchtliche Ressourcen in ihre Streitkräfte. Die USA finden sich jetzt auf Rang 34, eine Folge der Politik von Präsident Donald Trump.

9 Vertrag über kollektive Sicherheit (OVKS)

Der Vertrag über kollektive Sicherheit (Организация Договора о коллективной безопасности)²⁸ ist ein internationales Militärbündnis im GUS-Raum, das 1992 als VKS beschlossen und am 20. April 1994 unter Führung Russlands in Kraft getreten ist. Als OVKS trat es nach Vertragsabschluss 2002 am 18. September 2003 in Kraft. Das Hauptquartier (Sekretariat) befindet sich in Moskau. Von den derzeitigen Mitgliedern ist nur mehr Armenien das einzige südkaukasische Mitglied. Aserbaidschan und Georgien haben den Vertrag 1999 nicht verlängert.

Seit 2011 gibt es auch eine Zusammenarbeit mit der UNODC (Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung), wobei vor allem der Drogenschmuggel aus Afghanistan unterbunden werden soll.

Artikel 1 des Vertrags verpflichtet die Teilnehmerstaaten „keinen militärischen Bündnissen beizutreten oder sich an irgendwelchen Staatengruppierungen bzw. Handlungen zu beteiligen, die gegen einen anderen Teilnehmerstaat gerichtet sind“ (Offiziersgesellschaft 2008).

Ähnlich wie bei anderen Militärbündnissen wird ein Angriff auf einen der Bündnisstaaten als eine Aggression gegen alle Bündnisstaaten gesehen (Art.4). Der Vertrag wird jeweils auf fünf Jahre abgeschlossen (Art. 11).

Jedenfalls hat die OVKS im Berg-Karabach Konflikt bisher nicht reagiert und keine Operation im Südkaukasus nach dem Angriff von Aserbaidschan auf armenische Truppen eingeleitet. Teilweise suchen Mitgliedstaaten auch andere Kooperationen wie z.B. Tadschikistan mit China. Chinesische (Militär-) Allianzen werden auch in Zukunft in Zentralasien eine größere Rolle spielen.

Über die langfristige Existenz der OVKS gibt es Spekulationen, da schon Georgien (mit seinen Aspirationen der NATO beizutreten) und Aserbaidschan (um seine Unabhängigkeit von Moskau zu sichern) den Vertrag nicht verlängert haben. Auch andere Mitgliedsstaaten befürchten eine zu starke Dominanz von Russland und ihr Hauptgrund, im Bündnis zu verbleiben, ist wohl die Möglichkeit, Waffen und militärische Ausrüstung von Russland weit unter dem Weltmarktpreis kaufen zu können (vgl.Aris 2017). Die OVKS kämpft um ihre internationale Anerkennung, wird aber

²⁸ Collective Security Treaty-CSTO

nicht wirklich als bedeutende Organisation gesehen. Unter den Mitgliedstaaten gibt es unterschiedliche Wahrnehmungen ihrer nationalen Bedrohungen und damit auch Zweifel an der Verlässlichkeit des Bündnisses im Aggressionsfall. Dennoch gibt es regelmäßige gemeinsame Militärmanöver und ein "*Netz militärischer Beziehungen, meist im Kontext von Waffenkäufen*" (ebd.). Dagegen gab es bis Jänner 2020 keinen Generalsekretär, den Armenien für sich entgegen anderer Vorstellungen der Mitgliedsstaaten beanspruchte, sodass Russland beschloss, den Posten bis zum Auslaufen des derzeitigen Vorsitzes von Armenien vakant zu lassen (vgl. Kucera 2019b).

Am 9. Jänner 2020 trat der belarussische Vertreter Stanislaw Sas sein Amt als neuer Generalsekretär an.

10 Schlussbeurteilung

Russland ist es im Zuge des Russisch-georgischen Kriegs von 2008 gelungen, nach dem Zerfall der Sowjetunion im Südkaukasus wieder eine entscheidende Rolle bei ‚eingefrorenen Konflikten‘ zu spielen und ihren Verlauf zu steuern. Durch die Modernisierung seiner Armee und der Etablierung von Stützpunkten in Armenien, Abchasien und Südossetien ist es jederzeit in der Lage, seine strategischen Interessen im Südkaukasus zu verteidigen. Zudem hat sich auch die Situation der Marine im Schwarzen Meer durch neue Militärbasen entscheidend verbessert. Auch die verstärkte NATO-Präsenz in Georgien ändert wenig am Einflussbereich Russlands in dieser geopolitisch wichtigen Zone, zumal die politische Situation in Georgien instabil erscheint und jederzeit wieder kippen könnte. Seit dem Machtwechsel in Amerika mit der Präsidentschaft von Trump wird die amerikanische Politik immer unberechenbarer, sodass eher Russland als stabilisierender Akteur in den Konfliktzonen gesehen werden kann und sich sowohl Armenien wie auch Aserbaidschan von Russland bei militärischen Operationen rückversichern lassen. Die relative Unabhängigkeit Aserbaidschans hat unter den fallenden Rohölpreisen gelitten und auch zu innenpolitischen Spannungen geführt. Die völlige Energieabhängigkeit Armeniens von Russland, verbunden mit den russischen Eigentumsverhältnissen an der armenischen Energieindustrie sowie die russische Militärpräsenz im Lande schränken die politische Handlungsfähigkeit des neuen Präsidenten Parshanyan stark ein. Regelmäßige Arbeitstreffen mit Putin bestätigen diese Annahme. Russland hat nach der NATO-Intervention im Kosovo das Vertrauen in westliche Sicherheitssysteme (UNO-Sicherheitsrat u.a.) verloren und einen Kurswechsel in seiner Außenpolitik vollzogen.

Western interventions in Yugoslavia, Iraq, Libya, the rupture of Kosovo, poor performance in Afghanistan, and open support for the Arab Spring have damaged the most important principles of international security and stability – namely state sovereignty and non-interference into internal affairs. It is the West's actions which are threats to international peace and security. The West has irresponsibly destabilized the international system: stable political orders are upended and replaced with nothing but chaos. Russia has not only lost trust in the West's words, but respect for the West's competence (Panel 2015, The View from Moscow: 26, zit. nach Staack 2017: 165).

Der Regierungswechsel in Armenien erweckt neue Hoffnungen auf eine Beilegung des Berg-Karabach Konflikts. Der aserbaidshische Präsident Alyev spricht auf

Twitter: „The year 2019 will give a new impetus to the Armenia-Azerbaijan Nagorno-Karabakh conflict settlement process.“ Und der Außenminister spricht nach einem Meeting im Dezember 2018 mit seinem armenischen Kollegen: “We have reached a mutual understanding for the first time in a long time” (Kucera 2019b). Der frühere armenische Präsident Serzh, geboren in Karabach und Kriegsveteran, wurde als Hardliner gesehen und für Baku gilt der neue Präsident Nikol Pashinyan als Hoffnungsträger für zukünftige Verhandlungen (vgl.ebd.). Wirklich Bewegung in die Konfliktlösung ist 2019 dennoch nicht gekommen. Es ist anzunehmen, dass Russland weiterhin eine ausbalancierte Haltung gegenüber Armenien und Aserbaidschan verfolgen wird, um seinen Einfluss und seine Machtposition in diesem Konflikt aufrecht erhalten zu können. Auch die massiven Waffenlieferungen in beide Länder ermöglichen es Russland den Konflikt zu steuern. Aserbaidschan besitzt ein großes Misstrauen dem Westen gegenüber, das im Gegensatz zur Annexion der Krim durch Russland im Berg-Karabach Konflikt keine Sanktionen bei der völkerrechtswidrigen Besetzung aserbaidsschanischer Territorien verhängt hat (vgl. Hasanov 2019: 197). Präsident Alyev hat ein langjähriges Vertrauensverhältnis zu Putin und geringes Interesse westlichen Demokratiereformen Folge zu leisten.

Was die USA betrifft, so darf nicht vergessen werden, dass verschiedene Verträge zwischen Russland und den USA sinnentleert wurden, da sie bei diversen militärischen Aktionen nicht zur Anwendung kamen und eine Verschärfung der Gangart beider Staaten im Sinne neorealistischer Politik bedeuten. Kooperative Sicherheit verliert an Bedeutung und im gleichen Zuge sehen wir eine Erosion internationaler Sicherheitsorganisationen. Die OSZE wurde in den letzten Jahren ständig marginalisiert und gelangte erst im Ostukraine-Konflikt zu neuer Bedeutung, da sie derzeit die einzige Organisation zu sein scheint, die möglicherweise Fortschritte im dortigen Friedensprozess zu erzielen vermag. Trenin sieht nach der Ukraine-Krise einen „hybriden Krieg“ zwischen den USA und Russland, der sich ständig verfestigt. Er weist darauf hin, dass russische Eliten und ihre Landsleute Russland als Großmacht sehen, ein Status, den es zu überdenken gilt (vgl. Trenin 2019b). Nach dem Studium der Militärdoktrin 2010 und der Umgestaltung der Streitkräfte muss von einer offensiven russischen Machtpolitik im Südkaukasus ausgegangen werden.

‘Security Stabilisation Modelle’ wie DIB werden von Russland als Einmischung in die Souveränität der Nationalstaaten gesehen und daher abgelehnt. Es handelt sich

dabei doch um US-Modelle, die in Russlands geostrategischer Einflussosphäre zur Anwendung kommen sollen.

Der Wechsel an der Staatsspitze in Armenien lässt nur bedingte Hoffnungen auf eine friedliche Lösung des Konflikts zu. Obwohl es jetzt wieder Kontakte unter der Schirmherrschaft der OSZE gibt (Wien, 29. März 2019), ist Skepsis angebracht.

Eine zunehmende Militarisierung der Region lässt eher auf neue (allerdings begrenzte) Konfrontationen denn auf regionale Stabilität schließen. Auch die Rhetorik des armenischen Ministerpräsidenten Paschinjan lässt Zweifel aufkommen (vgl. caucasuswatch 2019). Die Position des aserbaidischen Präsidenten Aliyev wird sich trotz neuer Gesprächsbereitschaft (Wien 2019) nicht grundsätzlich ändern. Im Falle einer neuen größeren Auseinandersetzung, die von manchen Analysten (Makienko et al.) noch für 2018 erwartet wurde, aber nicht eintraf, wird Russland wohl auf der Seite Armeniens eingreifen. Eine größere militärische Auseinandersetzung zwischen Armenien und Aserbaidschan halte ich in nächster Zeit für wenig wahrscheinlich, da Armenien mit russischer Hilfe mit militärischem Gerät gut aufgestellt ist und sich als Verteidiger (eine Aggression ist nur von Aserbaidschan zu erwarten) in einer wesentlich günstigeren Lage befindet. Auch die Topographie spricht für Armenien, da sich Berg-Karabach auf einem Plateau befindet. Kleinere Scharmützel wird es auch in Zukunft geben, aber der große „Sturm“ (vgl. Makienko 2018) ist nach einer militärpolitischen Analyse nicht zu erwarten.

Zudem gibt es in letzter Zeit ein kräftiges Lebenszeichen der Minsker OSZE-Gruppe, wie die Präsidententreffen in Wien (29. 03. 2019) und das Außenministertreffen in Moskau gezeigt haben (15.04. 2019).

Auch in Georgien halte ich die Konfliktlage für stabil. Südossetien und Abchasien sind von Russland militärisch aufgerüstet und für Georgien wohl auf Dauer verloren. Russland ist es gelungen, diesen Konflikt zu instrumentalisieren und die NATO-Staaten sind nicht bereit, für Georgien eine Auseinandersetzung mit Russland zu riskieren.

Die innenpolitische Situation in Georgien dagegen halte ich keineswegs für stabil. Die georgisch-orthodoxe Kirche ist ein Machtfaktor und würde bessere Beziehungen zu Russland bevorzugen. Die Jugend verlässt massiv das Land, um bessere wirtschaftliche Möglichkeiten im Westen zu suchen. Korruption und Einfluss der

Oligarchen auf (demokratische) Wahlen und staatliche Institutionen sind gegenwärtig. Freedom House hält Georgien 2019 für „partly free“. 2018 gab es immer wieder Demonstrationen in Tbilisi. Die Präsidentschaftswahlen, bei denen im November 2018 erstmals eine Frau (Salome Zourabichvili) gewählt wurde, bewertet Freedom House ambivalent:

While the election took place in a generally peaceful environment, it was marred by allegations of vote buying, voter intimidation, and ballot-box stuffing (Freedom house 2019).

Russland ist im Südkaukasus nicht nur daran interessiert, die NATO-Aktivitäten in seinem ‚Vorhof‘ unter Kontrolle zu halten; es hat zudem ein großes Sicherheitsproblem mit Terrorismus und Extremismus. Schon aus diesem Grunde versucht es die Zusammenarbeit mit Georgien zu reaktivieren und beim Berg-Karabach-Konflikt mit beiden Konfliktparteien gute Beziehungen zu unterhalten (vgl. Trenin 2019).

Russland hat im Jahre 2008 tatsächlich seine Außenpolitik neu definiert. Im Russisch-georgischen Krieg hat es entgegen georgischer Erwartungen (Georgien hat den Krieg mit einem Angriff auf Abchasien und Südossetien begonnen) auf Seite der sezessionistischen Gebiete in den Krieg eingegriffen und Tbilisi eine vernichtende Niederlage zugefügt. Die Einnahme von Tbilisi konnte nur durch diplomatische Bemühungen der EU (Sarkozy) gestoppt werden. Ein Studium der neuen Militärdoktrin Russlands und der Umstrukturierung seiner Armee zeigt, dass Russland gewillt ist, wieder eine entscheidende Rolle nicht nur bei einem territorialen Konflikt (wie im Südkaukasus) sondern auch global einzunehmen. Das Eingreifen in Syrien und die Annexion der Krim zeigen die aggressive neorealistische internationale Politik Russlands.

Mit dem Aussetzen des INF-Vertrages sowie des KSE-Vertrags werden die Möglichkeiten kooperativer Sicherheitssysteme eingeschränkt.

Aus einem bipolaren System wie zu Zeiten des Kalten Krieges ist zumindest ein tripolares mit China als immer wichtigeren globalen player geworden, mit dem Russland, auch wegen der EU-Sanktionen nach der Annexion der Krim, immer enger zusammenarbeitet. Im Südkaukasus ist China vor allem an Transportwegen seiner Handelsgüter interessiert.

Andere Staaten wie z.B. die Türkei intensivieren ihre Beziehungen zu Georgien und Aserbaidschan und stärken die Achse Baku-Tbilisi. Die Türkei als NATO-Staat wird durch seine Waffenkäufe in Russland zusehends ein Sicherheitsrisiko für die NATO.

Ergebnis der Hypothese:

Hypothese: Erosion des Konzepts der Kooperativen Sicherheit und neorealistische Wende der russischen Außenpolitik ab 2008.

Schon Eder vertritt in seiner Schlussbetrachtung über die Sicherheitspolitik im Südkaukasus (bis einschließlich 2007) die Ansicht, dass "die sicherheitspolitischen Dynamiken im Südkaukasus überwiegend von neorealistischen Handlungsweisen geprägt sind" (Eder 2008: 222ff.). In den Ereignissen der letzten Jahre, vor allem seit 2008, sehe ich einen verstärkten Trend in diese Richtung. Die Aktivitäten der NATO haben auch Russland gezwungen, neorealistische sicherheitspolitische Denkweisen anzuwenden

Der Kosovo-Einsatz der NATO ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates führte zu einer Erosion kooperativer Sicherheit und gab Russland seinerseits die Möglichkeit, seine Sicherheitspolitik neu zu definieren und zum Schutz russischer Staatsbürger im Ausland aktiv zu werden, wie es im Russland-Georgien Krieg (2008) der Fall war. Mit dem Russland-Georgienkrieg 2008 ist Russland militärisch offensiv in einer Region tätig geworden, in der es galt, seinen Status als Hegemon nicht zu verlieren.

Russland hat seine Armee neu strukturiert und die Mobilität für kurze militärische Einsätze stark erhöht. Die Sicherheitsstrategie wurde 2015 neu definiert. Darin wird nicht nur von strategischer Abschreckung, sondern auch von Prävention von militärischen Konflikten gesprochen. Die Streitkräfte der Russischen Föderation, andere Truppen, militärische Formationen und Dienststellen sollen für Kampfeinsätze bereitgestellt werden, sodass eine klare Wende im Sinne einer aggressiven Sicherheitspolitik erkennbar ist. (ukaz prezidenta 2015). Entsprechende militärische Konzepte dürften nicht nur in Planung, sondern bereits ausgearbeitet sein (vgl. Annexion der Krim). Auch das Studium der russischen Militärdoktrinen von 2010 und 2014 lässt eine klare Sicherung der Vormachtstellung Russlands im GUS-Raum erkennen.

Das System kooperativer Sicherheit, das aufgrund verschiedener Verträge (KSE-Vertrag, INF-Vertrag u.a.), sowie der obligatorischen Befassung des UN-Sicherheitsrates bis zum Kosovo-Konflikt weitgehend funktionierte, hat danach für Russland die Vertrauenskomponente verloren und Russland änderte seine Außenpolitik mit den Argumenten der USA beim Kosovo-Einsatz. Es reagierte progressiv auf den

georgischen Angriff auf Abchasien und Südossetien (2008), annektierte die Krim (2014), unterstützte secessionistische Kräfte in der Ostukraine und sperrte die Meerenge zwischen Asowschen und Schwarzem Meer (Straße von Kertsch) 2018. Russland verfolgt damit eine offensive neorealistic Außenpolitik im Sinne von Mearsheimer.

Russland ist durch eine Instrumentalisierung der ‚frozen conflicts‘ mit Hilfe seiner Waffenexporte nach Armenien und Aserbaidshan jederzeit in der Lage diese Konflikte zu steuern oder nötigenfalls durch die Neustrukturierung seiner Streitkräfte militärisch einzugreifen, um seine Stellung als Hegemon in der Region zu verteidigen. Auch in Georgien hat sich Russland durch politisch-militärische Abkommen mit Abchasien und Südossetien, sowie militärischer Kooperation eine sichere Basis geschaffen. Zudem ist es jederzeit in der Lage wirtschaftlichen Druck auf Georgien auszuüben

Kooperative Sicherheit wurde durch die Außerkraftsetzung von Rüstungskontrollverträgen beendet und führte zur Entwicklung und Stationierung neuer Raketen.

Zudem wurde die Rolle der OSZE lange marginalisiert. Sie hat erst in letzter Zeit wieder an Gewicht gewonnen.

Der Südkaukasus bleibt eine Krisenregion, in der vor allem wirtschaftliche Interessen (Transit von Gas und Erdöl) der Großmächte eine große Rolle spielen.

11 Literatur- und Quellenverzeichnis

Agenda.ge (2019) *Georgian envoy to Russia raises territories issues at meeting with Russian deputy FM*. Verfügbar unter: <http://agenda.ge/en/news/2019/553>(Zugegriffen: 12. März 2019).

Akbulut, H. u. a. (2016) *Kooperative Sicherheit-eine Bestandsaufnahme A r b e i t s p a p i e r 8 6 / 2 0 1 6*. Verfügbar unter: http://www.oaip.ac.at/fileadmin/Unterlagen/Dateien/Publikationen/Arbeitspapiere/AP86_Kooperative_Sicherheit.pdf (Zugegriffen: 20. August 2018).

Alili, A. (2017) *Challenges for Azerbaijan to Accept Nagorno-Karabakh's Individual Diplomatic and Military Force from Defence Institution Building Perspective*. Herausgegeben von G. E. Labarre, Frederic; Niculescu. Vienna.

Aphrasidze, D. (2003) „Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens“.

Applebaum, A. (2008) „Anne Applebaum on the Propaganda Battle for Georgia“.

Aris, S. (2017) *Analyse: Immer noch auf der Suche: Die OVKS als gemeinsamer politischer und militärischer Rahmen | bpb, Bundeszentrale für politische Bildung*. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/analysen/241483/analyse-immer-noch-auf-der-suche-die-ovks-als-gemeinsamer-politischer-und-militaerischer-rahmen> (Zugegriffen: 12. März 2019).

Armenia, R. of (2007) *Military Doctrine of the Republic of Armenia*. Verfügbar unter: [https://www.files.ethz.ch/isn/155588/Armenia Military Doctrine 2007_eng.pdf](https://www.files.ethz.ch/isn/155588/Armenia_Military_Doctrine_2007_eng.pdf) (Zugegriffen: 1. April 2019).

Armenia, S. committee of the R. of (2019) *EXTERNAL ECONOMIC ACTIVITY*. Verfügbar unter: <https://www.armstat.am/file/doc/99510828.pdf> (Zugegriffen: 9. Mai 2019).

Barabanov, M. u. a. (2018) *V o z h i d a n i j b u r i : J u z n i j K a v k a z*. Verfügbar unter: <https://test.eastview.com/results/item?sku=1237127B> (Zugegriffen: 26. August 2018).

Berger, J. (2008) *Katerstimmung in Georgien | Telepolis*. Verfügbar unter: <https://www.heise.de/tp/features/Katerstimmung-in-Georgien-3420940.html> (Zugegriffen: 14. April 2019).

Bindenagel, James D.(2014): Putins Angst. In:Süddeutsche Zeitung, 3.9.2014, S.2 zit. nach Staack, M. (Hrsg.) (2017) *Der Ukraine-Konflikt, Russland und die europäische Sicherheitsordnung*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Böttger, K. (2015) *Die Europäische Union und Russland*. Jahrbuch d. Herausgegeben von W. Weidenfeld, W./Wessels. Baden-Baden: Nomos.

BTI (2016) *BTI 2016*. Verfügbar unter: <http://www.bti-project.org>. (Zugegriffen: 22. April 2019).

Bonet, P. (2018) Russland erinnert Georgien an den Krieg vor einem Jahrzehnt. Verfügbar unter: <https://inosm.i.ru/politic/20180808/242941406.html>. (Zugegriffen : 8.5.2019).

Bundesrat, der (2019) Gute Dienste der Schweiz:Verhandlungen über das Zollabkommen zwischen Georgien und Russland erfolgreich abgeschlossen.Verfügbar unter: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-73896.html>. (Zugegriffen:7.5.2019).

Buthia, Sam (2019) Unpacking Armenia's resilient economic growth. Verfügbar unter: <https://eurasianet.org/unpacking-armenias-resilient-economic-growth>(Zugegriffen: 16.11.2019).

Buzan, B., Waever, O., de Wilde, J. (1998) *Security: A New Framework for Analysis*. Boulder-London: Lynne Rienner Publishers.

Buzan, B., Waever, O., Wilde, J. (1998) *A New Framework for Analysis*. Herausgegeben von L. R. Publishers. London.

Buzan, B. (1999) *People, States and Fear. An Agenda for International Security Studies in the Post-Cold War Era*. 2nd edition. Boulder: Lynne Rienner.

Buzan, B. (2003) „Regional Security Complex Theory in the Post-Cold War World“, in *Theories of New Regionalism*. doi: 10.1057/9781403938794_8.

Buzan, B., Waever, O. (2003a) *Regions and Power: the structure of the international security*, *International Studies*. doi: 10.1057/palgrave.jird.1800026.

Buzan, B. und Waever, O. (2003) „Regions and Powers - The Stucture of International Security“, Cambridge University Press 2003.

Caucasuswatch (2018) *Aserbaidtschan stellte den Öl- und Gashandel mit dem Iran ein*. Verfügbar unter: <https://caucasuswatch.de/news/1132.html> (Zugegriffen: 5. Mai 2019).

Caucasuswatch (2019) *Aserbaidtschan drückte Russland seinen Protest aus*, *caucasuswatch*. Verfügbar unter: <http://caucasuswatch.de/news/1386.html> (Zugegriffen: 13. März 2019).

Caucasuswatch (2019) *Bergkarabach: Armenien verhärtet seine Positionen*. Verfügbar unter: caucasuswatch.de/news/1388.html(Zugegriffen: 5. Mai 2019).

Caucasuswatch (2019) *Militärübungen in Aserbaidtschan führen zu Spannungen mit Armenien*. Verfügbar unter: caucasuswatch.de/news/1681.html (Zugegriffen:16.6.2019).

Caucasuswatch (2019) *Putin unterzeichnet Dekret zur Modernisierung der abchasischen Armee*. Verfügbar unter: <https://caucasuswatch.de/ne>

Csitkovits, E. (2017) *Die Krise in der Ukraine - Auswirkungen auf die europäische Sicherheitspolitik in Staack, M. (Hrsg.) (2017) Der Ukraine-Konflikt, Russland und die europäische Sicherheitsordnung*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Danielyan, E. (2015) *Russia, Armenia Upgrade Joint Air Defense*. Verfügbar unter: <https://www.azatutyun.am/a/27445236.html> (Zugegriffen: 26. März 2019).

Derghoukassian, K. (2006) *Balance of Power, Democracy and Development: Armenia in the South Caucasian Regional Security Complex*. Verfügbar unter: http://pdc.ceu.hu/archive/00003503/01/balance_of_power.pdf (Zugegriffen: 25. August 2018).

Doroznye nowosti (2014) *Рокский тоннель на Транскавказской магистрали сегодня откроют после реконструкции*. Verfügbar unter: http://dorinfo.ru/star_detail.php?ELEMENT_ID=21699 (Zugegriffen: 26. November 2018).

Dzidziguri, S. (2016) *Der Streber darf einfach nicht rein in: Zeit online*. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-07/georgien-nato-mitgliedschaft-russland> (Zugegriffen: 13. November 2018).

Eder, F. (2008) *Sicherheitspolitik im Südkaukasus : zwischen balancing, Demokratisierung und zögerlicher Regimebildung*. Nomos.

European Commission (2018) *European Commission - PRESS RELEASES - Press release - EU Report: EU-Armenia relations reached new highs*. Verfügbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4033_en.htm (Zugegriffen: 10. Mai 2019).

Fluri, P./Cibutarò, V. Hrsg. (2008) *Defence Institution Building: Country Profiles and Needs Assessments for Armenia, Azerbaidjan, Georgia and Moldavia*. Geneva:DCAF.

Focht, E. (2016) *Договоренность о прекращении огня в Карабахе была достигнута в Москве :: Политика :: РБК, rbc.ru*. Verfügbar unter: <https://www.rbc.ru/politics/06/04/2016/5704cb8f9a79470eb2af58fb> (Zugegriffen: 16. Jänner 2019).

Franke, T. (2018) *Armenien im Umbruch - Der Spagat zwischen Russland und der EU, Deutschlandfunk*. Verfügbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/armenien-im-umbruch-der-spagat-zwischen-russland-und-der-eu.724.de.html?dram:article_id=423554 (Zugegriffen: 24. November 2018).

Freedom house (2019) *Freedom in the World 2019 | Georgia Country Report*. Verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2019/georgia> (Zugegriffen: 14. April 2019).

Freedom House (2016) *Georgia | Freedom House*. Verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2016/georgia> (Zugegriffen: 22. April 2019).

Galstyan, S. (2017) *„Russian Foreign Policy in the South Caucasus in the Context of Security Since the Collapse of the Soviet Union: Regional Conflicts and Russia’s Involvement in Them“*; Verfügbar unter: <http://othes.univie.ac.at/46831/1/48467.pdf> (Zugegriffen: 14. April 2019).

Gamsakhurdia (Hg.), *The Spiritual Mission of Georgia. A Lecture Delivered at the IDRIART Festival in Tbilisi, 2 May 1990*, (1991), 7-23.

Gärtner, H. (2019) *Reaktion auf US-Schritt: Russland setzt INF-Vertrag ebenfalls aus - news.ORF.at*. Verfügbar unter: <https://orf.at/stories/3110039/> (Zugegriffen: 22. Februar 2019).

Global Research (2010) *Azerbaijan's New military doctrine: Open Door to Establishment of US Military Bases - Global Research* Global Research - Centre for Research on Globalization, PressTV. Verfügbar unter: <https://www.globalresearch.ca/azerbaijan-s-new-military-doctrine-open-door-to-establishment-of-us-military-bases/19687> (Zugegriffen: 20. November 2018).

Globalfirepower (2015) 4/1/2015: Georgia.

Globalfirepower (2019) *2019 Georgia Military Strength*. Verfügbar unter: https://www.globalfirepower.com/country-military-strength-detail.asp?country_id=Georgia (Zugegriffen: 23. April 2019).

Goble, Paul (2010) *Newly-approved military doctrine reaffirms Baku's right to use force to liberate occupied territories - Biweekly*. Verfügbar unter: http://biweekly.ada.edu.az/vol_3_no_12/Newly_approved_military_doctrine_Goble.htm (Zugegriffen: 20. November 2018).

Gogitschewa, A. (2017) *День пограничника в Южной Осетии: рукопашный бой и современное оружие*. Verfügbar unter: https://sputnik-ossetia.ru/South_Ossetia/20170528/4222543.html (Zugegriffen: 26. November 2018).

Government of Georgia (2012) *National Security Concept of Georgia*. Verfügbar unter: [https://www.files.ethz.ch/isn/156940/Georgie_National_Security_Concept_2011_\(or_2012\).pdf](https://www.files.ethz.ch/isn/156940/Georgie_National_Security_Concept_2011_(or_2012).pdf) (Zugegriffen: 24. Februar 2019).

Grebe, J., Mutschler, M. M. (2015) *Globaler Militarisierungsindex*. Verfügbar unter: <https://docplayer.org/34980334-Globaler-militarisierungsindex-jan-grebe-max-m-mutschler-bicc.html> (Zugegriffen: 3. März 2019).

Halbach, U. (2018) *Militarisierungsprozesse im Südkaukasus - Aufrüstung und Kriegsrhetorik im Umfeld ungelöster Territorialkonflikte*. Verfügbar unter: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2018A44_hlb.pdf (Zugegriffen: 17. Jänner 2019).

Halbach, U. und Smolnik, F. (2014) „Russlands Stellung im Südkaukasus“, *SWP-Aktuell*, S. 1–8.

Hämmerle, W. (2019) *Das nukleare Gespenst geht um - Wiener Zeitung Online*. Verfügbar unter: https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/welt/weltpolitik/1017606_Das-nukleare-Gespenst-geht-um.html (Zugegriffen: 22. Februar 2019).

Hunter (1994) *The Transcaucasus in Transition*. Washington.

Hasanov, S. (2019) *Imperiales Erbe? Machtpolitische Ambitionen Russlands im Südkaukasus zwischen 1992-2014*. Springer Verlag, Wiesbaden.

Huseynov, Vasif; Rzayev, A. (ohne Datum) *Is China's Economic Expansion in the South Caucasus a Myth? | The Diplomat*, 2018. Verfügbar unter: <https://thediplomat.com/2018/11/is-chinas-economic-expansion-in-the-south-caucasus-a-myth/> (Zugegriffen: 14. März 2019).

IASSRTF (2019) *United Nations SSR Inter-Agency Task Force - International Security Sector Advisory Team (ISSAT)*. Verfügbar unter: <https://issat.dcaf.ch/Share/People-and-Organisations/Organisations/United-Nations-SSR-Inter-Agency-Task-Force> (Zugegriffen: 18. März 2019).

Karabakh.org (2010) *Newly-approved Military Doctrine Reaffirms Baku's Right to Use Force to Liberate Occupied Territories*. Verfügbar unter: <http://karabakh.org/articles/newly-approved-military-doctrine-reaffirms-baku's-right-to-use-force-to-liberate-occupied-territories/> (Zugegriffen: 29. April 2019).

Kempe, I. (2013) *Russland und die Staaten der östlichen Partnerschaft, die Ukraine, die Republik Moldawien, Belarus, Georgien, Armenien und Aserbaidschan*. Herausgegeben von W. Weidenfeld, Wolfgang/Wessels. Baden-Baden: Nomos.

Keohane, Robert O., Nye, J. S. (2001) *Power and interdependence*. 3.Auflage. New York: Longman.

Kleinhanss, S. (2008) *Die Aussenpolitik Georgiens : ein failing state zwischen internem Teilversagen und externen Chancen*. Lit.

Kucera, J. (2019a) *After peace negotiations, threats of war break out between Armenia and Azerbaijan | Eurasianet*. Verfügbar unter: https://eurasianet.org/after-peace-negotiations-threats-of-war-break-out-between-armenia-and-azerbaijan?utm_source=Eurasianet&utm_campaign=30a11c8997-EMAIL_CAMPAIGN_2019_03_29_08_56&utm_medium=email&utm_term=0_ae81697832-30a11c8997-229224681 (Zugegriffen: 4. April 2019).

Kucera, J. (2019b) *Azerbaijan sees new possibilities for dialogue with Armenia | Eurasianet*. Verfügbar unter: https://eurasianet.org/azerbaijan-sees-new-possibilities-for-dialogue-with-armenia?utm_source=Eurasianet&utm_campaign=f7d708bc1a-EMAIL_CAMPAIGN_2019_01_11_05_18&utm_medium=email&utm_term=0_ae81697832-f7d708bc1a-229224681 (Zugegriffen: 16. Jänner 2019).

Kuczynski, G. (2019) *Mare Nostrum Strategy: Russian Military Activity in the Black Sea | Warsaw Institute*. Verfügbar unter: <https://warsawinstitute.org/mare-nostrum-strategy-russian-military-activity-black-sea/> (Zugegriffen: 23. April 2019).

Kurier (2018) *Umfrage: Russland in Österreich beliebter als USA | kurier.at*. Verfügbar unter: <https://kurier.at/politik/ausland/umfrage-russland-in-oesterreich-beliebter-als-usa/400338118> (Zugegriffen: 4. April 2019).

Kurier (2019) *Russland will bei Bau von Waffensystem mit Türkei kooperieren* | *kurier.at*. Verfügbar unter: <https://kurier.at/politik/ausland/russland-will-bei-bau-von-waffensystem-mit-tuerkei-kooperieren/400464178> (Zugegriffen: 12. April 2019).

Kuster, M. (2011) „Der Georgienkrieg aus militärstrategischer Sicht“, *Military Power Revue der Schweizer Armee*, Nr. 1/2011.

Labarre, Frederic; Niculescu, G. E. (2017) *Harnessing regional stability in the South Caucasus : the role and prospects of defence institution building in the current strategic context - Universität Wien, National Defence Academy Vienna*. Verfügbar unter: https://usearch.uaccess.univie.ac.at/primo-explore/fulldisplay?docid=UWI_alma21359693320003332&context=L&vid=UWI&lang=de_DE&search_scope=UWI_UBBestand&adaptor=Local Search Engine&tab=default_tab&query=any,contains,Labarre Niculescu Harnessing Re (Zugegriffen: 15. März 2019).

Lambert, M. (2018) Experte: Über die Zukunft im Kaukasus wird China entscheiden. Verfügbar unter: <https://caucasuswatch.de/news/874.html> (Zugegriffen: 16. Mai 2019).

Lawrow, A. W. (2018) *Wojennoe stroitelstwo w Gruzii posle woiny 2008 goda in: Makienko, K. (2018) V ozhidanii buri : Juzhnyĭ Kavkaz.* (Moskwa 2018).

Lenta.ru (2016) *Россия выделила Армении кредит на покупку оружия: Госэкономика: Финансы: Lenta.ru*. Verfügbar unter: <https://lenta.ru/news/2016/02/18/armenweapons> (Zugegriffen: 15. Jänner 2019).

Lenta.ru (2019) *Путин упростил выдачу российских паспортов жителям Донбасса: Политика: Россия: Lenta.ru*. Verfügbar unter: https://lenta.ru/news/2019/04/24/prosto/?utm_campaign=breaking-news&utm_medium=browser-notification&utm_source=push-notification (Zugegriffen: 24. April 2019).

Ljamin, J. (2018) *Voennoje stroitelstvo v Azerbajdschane posle okontschanija Karabachskoi voiny*. Herausgegeben von K. Makienko. Moskau.

Lukin, M. (2007) *Все Российские базы – Власть – Коммерсантъ*. Verfügbar unter: <https://www.kommersant.ru/doc/766827> (Zugegriffen: 26. November 2018).

Lysyckina, I. (2017) *DEEP and DIB: Ukraine's Perspective*. Vienna: Federal Ministry of Defence and Sports.

Majer (2013) „Security Sector Reform in Countries of Visegrad and Southern Caucasus“. Verfügbar unter: http://cenaa.org/wp-content/uploads/2013/10/security-sector-reform_FINAL.pdf.

Makienko, K. (2018) *V ozhidanii buri : Juzhnyĭ Kavkaz.*, Moskau 2018.

Mangott, G. (2008) *Georgiens ethnische Säuberungen* « *Die Presse.com*. Verfügbar unter: <https://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/410362/Georgiens->

ethnische-Säuberungen (Zugegriffen: 17. April 2019).

Manutscharjan, A. (2006) Interview mit dem georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili, in: Y-Das Magazin der Bundeswehr 03/2006.

Manutscharjan, A. L. (2009a) *Der Berg-Karabach-Konflikt nach der Unabhängigkeit des Kosovo, Zentrum für Europäische Integrationsforschung (Bonn)*.

Manutscharjan, A. L. (2009b) *Die innenpolitische Entwicklung Georgiens von 1991 bis 1996 unter besonderer Berücksichtigung der Sezessionskonflikte*. Herausgegeben von E. Reiter. Wien: Böhlau.

Markedonov, S. (2017) *Russia and the West's South Caucasus Dilemma - Carnegie Moscow Center - Carnegie Endowment for International Peace*. Verfügbar unter: <https://carnegie.ru/commentary/74720> (Zugegriffen: 26. November 2018).

Markedonov, S. (2019) Gürtel und Straße und darüber hinaus: China dringt in den Südkaukasus vor - *Carnegie Moscow Center* Verfügbar unter: https://carnegie.ru/commentary/80268?utm_source=rssemail&utm_medium=email&mkt_tok=eyJpIjoiTm1JM01XSmtOall6TURrNCIsInQiOiJxSFItUXple-Ettbms4VkdOXc9uUWJvdVIPTTJ4TIB-pRnp4OFpXYXR3ZjVQMDNpb2ZGQUxTxc9nMVdJWXdvNEpsQ1wvcDIwTWlySStYcVN0XC81dJNndEx3NFVNRmhNbzdMMWI2UUdHR3dkV3pwSVNHR-kxcL0Q2aDh2T1wvZE9DbFIWkhiaiJ9 (Zugegriffen: 18.11.2019).

Mearsheimer, J. (2003) *The tragedy of Great Power politics*. Norton. New York-London.

Mearsheimer, J. (2014): Why the Ukraine Crisis is the West's Fault. The Liberal Delusions That Provoked Putin. In: *Foreign Affairs* 93 (5), S. 77-89 zit. nach Staack, M. (Hrsg.) (2017) *Der Ukraine-Konflikt, Russland und die europäische Sicherheitsordnung*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Medwewdew (2008) *Договор о дружбе, сотрудничестве и взаимной помощи между Российской Федерацией и Республикой Абхазия • Президент России*. Verfügbar unter: <http://www.kremlin.ru/supplement/200> (Zugegriffen: 26. November 2018).

Mihalka, M. (2001): Cooperative Security: From Theory to Practice, in: Cohen, Richard; Mihalka, M. (Hg.): *Cooperative Security: New Horizons for International Order*, The Marshall Center Papers, Nr. 3, S.33-68. Verfügbar unter: <http://www.dtic.mil/dtic/tr/fulltext/u2/a478928.pdf> (Zugegriffen: 18.5.2019).

Mihalka, M. (2005) Cooperative Security in the 21st century, in *PfP Consortium Quarterly Journal*, Jg. 4, Nr. 4, S.113-122.

Ministry of Defense of Georgia (2017) *National Security Concept of Georgia*. Verfügbar unter: <https://mod.gov.ge/uploads/2018/pdf/NSC-ENG.pdf> (Zugegriffen: 9. Jänner 2019).

Ministry of Foreign Affairs of Georgia (2006): Foreign Policy Strategy. Verfügbar unter: https://www.gfsis.org/media/download/GSAC/resources/115_1973_997704_Strategy_MFA2006-2009En.pdf (letzter Zugriff 4.1.2020).

Nation, C. (2017) U.S. Defence Institution Building Initiatives and the South Caucasus, in Labarre, Frederic; Niculescu, G. E. (2017) *Harnessing regional stability in the South Caucasus : the role and prospects of defence institution building in the current strategic context - Universität Wien, National Defence Academy Vienna*. Verfügbar unter: https://usearch.uaccess.univie.ac.at/primo-explore/fulldisplay?docid=UWI_alma21359693320003332&context=L&vid=UWI&lang=de_DE&search_scope=UWI_UBBestand&adaptor=Local Search Engine&tab=default_tab&query=any,contains,Labarre Niculescu Harnessing Re (Zugegriffen: 15. März 2019).

NATO (2016) Substantial NATO-Georgia Package (SNGP) Verfügbar unter: https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2016_02/160209-factsheet-sngp-en.pdf (letzter Zugriff: 9.1.2020).

NATO (2017) *NATO - News: Secretary General welcomes Armenian President to NATO Headquarters, 27-Feb.-2017*. Verfügbar unter: https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_141839.htm?selectedLocale=en (Zugegriffen: 24. April 2019).

NATO (2018) NATO Nation, C (2017) in - *Topic: Relations with Georgia*. Verfügbar unter: https://www.nato.int/cps/ra/natohq/topics_38988.htm (Zugegriffen: 23. Februar 2019).

NATO (2019) - *Topic: Relations with Georgia*. Verfügbar unter: https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_38988.htm (Zugegriffen: 23. April 2019).

Nesawissima gazeta (2017) *Russland und Armenien vereinigen ihre Armeen - Sputnik Deutschland*. Verfügbar unter: <https://de.sputniknews.com/zeitungen/20170317314936217-russland-und-armenien-vereinigen-ihre-armeen/> (Zugegriffen: 24. November 2018).

North Atlantic Treaty Alliance (2015) „NATO - Official text: Joint statement of the NATO

-Georgia Commission at the level of Defence Ministers“. Verfügbar unter: http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_117221.htm?selectedLocale=en.

Nye, J. S. (2014) *The Information Revolution and Soft Power*. Verfügbar unter: <https://dash.harvard.edu/bitstream/handle/1/11738398/nye-informationrevolution.pdf?sequence=1> (Zugegriffen: 15. April 2019).

Nye, J. (2004). *Soft Power: The means to success in world politics*. New York, NY: Public Affairs.

Offiziersgesellschaft, Ö. (2008) „Vertrag über kollektive Sicherheit“. Verfügbar unter: http://www.oeog.at/fact/kollektive_sicherheit.php.

Okhrimenko, A. (2017) *Eurasische Integration als Herausforderung und Chance*. Verfügbar unter: https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/2140/Dissertation_Okhrimenko.pdf?sequence=1 (Zugegriffen: 23. November 2018).

OSCE (2019) *Joint Statement by the Foreign Ministers of Armenia and Azerbaijan and the Co-Chairs of the OSCE Minsk Group | OSCE*. Verfügbar unter: <https://www.osce.org/minsk-group/415643> (Zugegriffen: 29. März 2019).

OVKS (2018) *Организация договора о коллективной безопасности*. Verfügbar unter: <http://www.odkb-csto.org/> (Zugegriffen: 24. November 2018).

Panel of Eminent Persons on European Security as a Common Project (2015): *Back to Diplomacy. Final Report and Recommendations of the Panel of Eminent Persons on European Security as a Common Project*, Vienna.

Perry, W. et al. (2016), *Defence Institution Building: An Assessment*, Santa Monica, CA: RAND, 2016 in: Labarre, Frederic; Niculescu, G. E. (2017) *Harnessing regional stability in the South Caucasus: the role and prospects of defence institution building in the current strategic context - Universität Wien, National Defence Academy Vienna*. Verfügbar unter: https://usearch.uaccess.univie.ac.at/primo-explore/fulldisplay?docid=UWI_alma21359693320003332&context=L&vid=UWI&lang=de_DE&search_scope=UWI_UBBestand&adaptor=Local Search

Poghosyan, B. (2017) *Defence Institution Building as a Tool for Supporting Balance between Russia and the West and Fostering Regional Stability - the case of Armenia*. Herausgegeben von G. E. Labarre, Frederic; Niculescu. Vienna.

Putin, V. (2007) *Speech and the Following Discussion at the Munich Conference on Security Policy • President of Russia*. Verfügbar unter: <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/24034> (Zugegriffen: 14. Februar 2019).

Rapatz, T. (2012) *Der Kaukasuskonflikt zwischen Georgien und der Russischen Föderation. Sicherheitspolitische Ableitungen und Auswirkungen auf den Schwarzmeerraum - Your Intranet*. Verfügbar unter: <https://www.oemz-online.at/pages/viewpage.action?pagelId=8421594> (Zugegriffen: 13. April 2019).

Rettmann, A. (2009) *EU-sponsored report says Georgia started 2008 war*. Verfügbar unter: <https://euobserver.com/foreign/28747> (Zugegriffen: 6. Mai 2019).

Richter, W. (2016a) *Neubelebung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa*, SWP Aktuell, Berlin.

Russia Beyond (2016) *Neue Nato-Partner Ukraine und Georgien: Moskau kann gelassen bleiben*. Verfügbar unter: https://de.rbth.com/politik/2016/04/26/neue-nato-partner-ukraine-und-georgien-moskau-kann-gelassen-bleiben_588145 Zugriff: 15.5.2019).

Rötzer, F. (2018) *Nato drängt auf Beitritt von Georgien zur Osterweiterung* | *Telepolis*. Verfügbar unter: <https://www.heise.de/tp/features/Nato-draengt-auf-Beitritt-von-Georgien-zur-Osterweiterung-4063817.html> (Zugegriffen: 22. Februar 2019).

RT (2016) *Neue Sicherheitsstrategie der Russischen Föderation* — *RT Deutsch*. Verfügbar unter: <https://deutsch.rt.com/international/36166-neue-sicherheitsstrategie-russischen-foderation/>
[http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001201512310038?index=0&rangeSize=1\(Original\)](http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001201512310038?index=0&rangeSize=1(Original)) (Zugegriffen: 23. April 2019).

Rupp, R. (2018) *Kriegsspiele im Kaukasus: „In Europa ist jetzt das Zeitalter der Unschuld vorbei“*; — *RT Deutsch*. Verfügbar unter: <https://deutsch.rt.com/meinung/74654-in-europa-ist-jetzt-zeitalter/> (Zugegriffen: 18. März 2019).

Sadri, H. A. (2012) „Iran and the Caucasus States in the 21st Century: A Study of Foreign Policy Goals and Means“, *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*. Taylor & Francis Group , 14(3), S. 383–396. doi: 10.1080/19448953.2012.720787.

Sarjveladze, M. (2017) „Südkaucasus im Kontext der EU-Russland-Krise“. Verfügbar unter: https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2017_28.pdf (Zugegriffen: 11. April 2019).

Schimmelfennig, F. (2015) „Internationale Politik“.

Schneider, E. (2015) Die neue russische Militärdoktrin. ISPSW Strategie Series: Focus on Defense and International Security, Issue No.320, Feb.2015. Verfügbar unter: https://www.files.ethz.ch/isn/187981/320_Schneider.pdf.(Zugegriffen: 10.2.2019).

Schörning, N. (2010) „Neorealismus“. Verfügbar unter: <https://www-utb-studi-e-book-de.uaccess.univie.ac.at/Viewer2.0/pdfviewer/index/viewer?isbn=9783838523156&access=9eac9379390a5d5145f14718f869580c&code=048d8bf95e89bb484973b1eed4097c84&q=&lang=de&key=&page=&label=A&prodId=98&hash=e717793704d01b1085c17842f15> (Zugegriffen: 22. November 2018).

Schulze, P. (2009) *Zieloptionen der russischen GUS-Politik*. Herausgegeben von E. Reiter. Wien: Böhlau.

Soft Power Report (2018) *The Soft Power 30*. Verfügbar unter: <https://softpower30.com/wp-content/uploads/2018/07/The-Soft-Power-30-Report-2018.pdf> (Zugegriffen: 5. Mai 2019).

SIPRI (2015): <https://www.sipri.org/yearbook/2015>(Zugegriffen 6.5.2019).

spiegel-online (1999) Neuer Krieg im Kaukasus? Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-10932962.html> (letzter Zugriff 6.5.2019).

Sputnik.de (2019) *Nato und Georgien absolvieren Manöver im Schwarzen Meer* -

Sputnik Deutschland. Verfügbar unter:
<https://de.sputniknews.com/politik/20190406324606098-nato-georgien-manoever-schwarzes-meer/> (Zugegriffen: 9. April 2019).

Staack, M. (Hrsg.) (2017) *Der Ukraine-Konflikt, Russland und die europäische Sicherheitsordnung*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Stöber, S. (2018) *Zehn Jahre nach Georgien-Krieg: Was vom Kriege blieb* | *tagesschau.de*, *tagesschau.de*. Verfügbar unter:
<https://www.tagesschau.de/ausland/georgien-krieg-usa-101.html> (Zugegriffen: 25. Februar 2019).

tagesschau.de: Militärdoktrin erleichtert Russland Auslandseinsätze. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/russland846.html> (Zugegriffen 20.5.2018).

Tanrisever, O. F. (2017) *Characteristics of Defence Institution Building in the South Caucasus and the Challenges of Regional Ethno-Territorial Conflicts*. Vienna: Federal Ministry of Defence and Sports.

Ten Brink, Tobias (2008) *Geopolitik: Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz*. Westfälisches Dampfboot 2008.

The Military Balance (2008), The International Institute for Strategic Studies. CRC Press.

The Moscow Times (2006) *Russia Sees Kosovo as the Answer* | *News* | *The Moscow Times*. Verfügbar unter:
<http://old.themoscowtimes.com/sitemap/free/2006/3/article/russia-sees-kosovo-as-the-answer/205957.html/> (Zugegriffen: 14. April 2019).

Toptschij, I.A. (2018) *Aprelskaja wojna 2016 goda in: Makienko (Hg) 2018: V ozhidanii buri : Juzhnyĭ Kavkaz.*, Moskau 2018.

Trenin, Dmitri (2019a) *It's Time to Rethink Russia's Foreign Policy Strategy - Carnegie Moscow Center - Carnegie Endowment for International Peace*. Verfügbar unter:
https://carnegie.ru/commentary/78990?utm_source=rssemail&utm_medium=email&mkt_tok=eyJpIjoiWVRBMVpqRXIPV0ZpWm1JMSIsInQiOiJJZWVcL0tUQWpHYkF6Mnd2eEhINU55TnFuMjZrVDBHUGtnMWVEadjU3MGoZYM1qZ3VZb3ErbENKdWR4YnR6YmdDaTZzWUg4WVBZTnY2RWluRlpyYcFwvblldSanF4TUFCWmszbVwvQ (Zugegriffen: 4. Mai 2019).

Trenin, Dmitri (2019a) *State of Play: Russia and the Fraying West - Carnegie Moscow Center - Carnegie Endowment for International Peace*. Verfügbar unter:
<https://carnegie.ru/2019/02/18/state-of-play-russia-and-fraying-west-pub-78386> (Zugegriffen: 28. Februar 2019).

Trenin, Dmitri (2019b) *Strategic Stability in the Changing World*. Verfügbar unter:
https://carnegieendowment.org/files/3-15_Trenin_StrategicStability.pdf (Zugegriffen: 4. Mai 2019).

Trenin, Dmitri (2019b) *Контурная карта российской геополитики: возможная*

стратегия Москвы в Большой Евразии - Московский Центр Карнеги - Фонд Карнеги за Международный Мир. Verfügbar unter: f (Zugegriffen: 19. Februar 2019).

Turimm.com (2019) *Отношения Грузии и России сегодня (в 2019 году).* Verfügbar unter: <http://turimm.com/novosti/otnosheniya-rossii-i-gruzii.html> (Zugegriffen: 19. März 2019).

Ukaz prezidenta RF (2015) *Система официального опубликования правовых актов в электронном виде.* Verfügbar unter: <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001201512310038?index=0&rangeSize=1> (Zugegriffen: 17. April 2019).

Ukrinform (2019) *Stoltenberg: Ausbau der NATO im Schwarzen Meer ist das Ergebnis russischer Aggression.* Verfügbar unter: <https://www.ukrinform.de/rubric-defense/2666568-stoltenberg-ausbau-der-nato-im-schwarzen-meer-ist-das-ergebnis-russischer-aggression.html> (Zugegriffen: 25. März 2019).

Umland, A. (2018) *Russland bleibt der stärkste Machtakteur im Kaukasus.* Verfügbar unter: <https://caucasuswatch.de/news/902.html>. (Zugegriffen am 2.5.2019).

Valic, T. (2015) *Back to Diplomacy Final Report and Recommendations of the Panel of Eminent Persons on European Security as a Common Project.* Verfügbar unter: <https://www.osce.org/networks/205846?download=true> (Zugegriffen: 8. Jänner 2019).

Vernez, G. u. a. (2011) „Military Power Revue“, (1).

Verteidigungsministerium Russlands (2014): *Kanoniere der russischen Militärbasis in Abchasien lernen mit Hilfe von UAVs Ziele zu treffen.* Verfügbar unter: C(Zuletzt zugegriffenen 20.6.2019).

Walt, S. (1985) „Alliance Formation and the Balance of Power“, *International Security* 9, Nr.4.

Walt, S. (1990) *The origins of alliances.* Cornell University Press.

Waltz, K. (1979) *Theory of International Politics.* Boston:McGraw-Hill.

Wendt, A. (1999) *Social Theory of International Politics.* Cambridge: University Press.

Zeit online (2009): *Russland hat provoziert, Georgien geschossen | ZEIT ONLINE.* Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2009-09/kaukasus-bericht-georgien> (Zugegriffen: 24. August 2018).

Zeit online (2019): *Polizeirazzia versetzt nördlichen Kosovo in Unruhe.* Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-05/kosovo-razzia-mitrovica-festnahmen-serbien> (letzter Zugriff 9.1.2020).

Zumach, A. (2009) „Zehn Jahre Kosovokrieg: Völkerrecht gebrochen“, *taz.de.*

11 Anhang

11.1 Zusammenfassung (deutsch)

Der Südkaukasus als geopolitischer Raum und Subkomplex im postsowjetischen Regional Security Complex (RSC) wird von Russland als ‚nahes Ausland‘ (near abroad) gesehen, in dem es auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als entscheidender Akteur politisch und militärisch wahrgenommen werden möchte. Zwei (eingefrorene) Konflikte beherrschen die Sicherheitspolitik der Region. Zum einen der Berg-Karabach Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan, zum anderen die Sezessionen von Südossetien und Abchasien von Georgien. Diese Arbeit soll den Wandel der russischen Sicherheitspolitik ab 2008 beginnend mit dem Russisch-georgischen Krieg und der Erosion internationaler Sicherheitssysteme untersuchen, sowie anhand von Analysen nationaler Sicherheitskonzepte und Militärdoktrinen mögliche zukünftige Strategien aufzeigen. Eine neorealistic Wendung russischer Sicherheitspolitik ab 2008 ist erkennbar, eine unmittelbare neue Kriegsgefahr für 2019 scheint nach Dokumentenanalyse sowie laufender Gespräche zwischen Armenien nach der ‚velvet revolution‘ und Aserbaidschan unter Führung der OSZE nicht zu bestehen.

Möglichkeiten von ‚Security Sector Reform‘ und ‚Defense Institution Building‘ im RSC Südkaukasus werden erörtert.

Auf das Wirken anderer Akteure wie NATO, EU, China, Iran und der Türkei im Südkaukasus wird nur kurz eingegangen.

Schlüsselbegriffe: Südkaukasus, regionale Konflikte, Sicherheitspolitik, RSC, russische Sicherheitspolitik, Berg-Karabach, Südossetien, Abchasien.

11.2 Abstract (english)

The South Caucasus as a geopolitical area in the postsovietic Regional Security Complex is seen by Russia as a ‘near abroad area’, where Russia wants to be

accepted after the collapse of the Soviet-Union as the dominant political and military power. Two so-called frozen conflicts are decisive for the security policy in the region. First the Nagorno-Karabakh conflict between Armenia and Azerbaijan and second the secessions of South-Ossetia and Abkhazia from Georgia. The aim of the present work is above all to examine the change of the Russian security policy since 2008, starting with the Russian-Georgian war and the erosion of international security systems and to anticipate future strategies by analyzing national security concepts and military doctrines.

We can identify a neorealist turn of Russian security policy from 2008 is evident. an immediate new threat of war for 2019 does not seem to exist after documentary analysis and ongoing talks between Armenia after the 'velvet revolution' and Azerbaijan under the leadership of the OSCE.

Possibilities of 'Security Sector Reform' and 'Defense Institution Building' in the RSC South Caucasus are discussed.

The work of other actors such as NATO, EU, China, Iran and Turkey in the South Caucasus will be briefly discussed.

Key Words: South Caucasus, regional conflicts, security policy, RSC, Nagorno-Karabakh, South Ossetia, Abchasia.

11.3 Curriculum vitae

Mag. Harald Mildner

Geburtsdatum: 23. 05. 1950

Geburtsort: Leoben

Staatsangehörigkeit: Österreich

Ausbildungen

1969-1971 Universität Graz

Slawistik, Romanistik

1971-1974 Universität Wien

Slawistik, Romanistik (Abschluss: Magister artium)

1972-1973 Moskauer Staatliche Universität (Lomonossow)

	Stipendium des BMfUK
1988	Summerschool University of California (Berkley)
1974-2010	AHS-Lehrer für Russisch und Französisch
1988-1992	Dienstfreistellung für militärischen Auslandseinsatz UNO
1988-89	UNFICYP (rank: Captain) in Zypern
1990-92	UNTSO Military Observer in: Libanon, Syrien, Israel (rank: Major)
2013-2019	Universität Wien Politikwissenschaft
Sprachen:	Deutsch (Muttersprache), Russisch (fließend), Französisch (fließend), Englisch (gut)